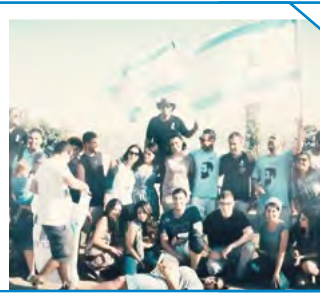




Die Erlöserkirche Jerusalem als BDS-Stützpunkt? Neuer Israel-Dämonisierer im Führungsstab
SEITE 16

Die Jugendgruppe „Im Tirtzu“ – aktiv und wirkungsvoll gegen BDS
Junge patriotische Juden bieten antiisraelischen „Touristen“ Paroli.
SEITE 17



Zwischen Treue und Verrat
Prominente in NS-Deutschland und ihre jüdischen Ehepartner
SEITE 28-29



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Das Jahr 2019 geht in seine zweite Runde. Nur noch ca. 12 Wochen trennen uns von dem Beginn des neuen jüdischen Jahres 5779 und dem Zyklus der weiteren unmittelbar folgenden hohen jüdischen Feiertage.

Dennoch will sich auch in diesem Jahr keine wirkliche Verschnaufpause von den täglich mehr Raum einnehmenden Auswirkungen des eklatanten Versagens unserer Politik einstellen. Klima-Hysterie, spalterisches Europa-Chaos und wachsende Verunmöglichung jüdischen Lebens auf den Straßen unserer Städte machen keine Sommerferien.

Das Aggressionspotential des offen auf die Vernichtung des jüdischen Staates und seiner Menschen sinnenden Schurkenstaates Iran hat trotz Unterstützung durch unseren Außenminister und die hiesigen und westeuropäischen Israel-Delegitimierer wegen des politisch mehr als berechtigten Ausstiegs der USA aus dem verantwortungslosen und gefährlichen Atomdeal der kaum verhohlenen Israel-Feinde Obama, Kerry und Steinmeier einen deutlichen Dämpfer erlitten. Die Einbindung Russlands in das kürzlich mit Ministerpräsident Netanjahu und den USA abgehaltene historische Treffen in Jerusalem stellt nicht nur eine de facto-Anerkennung der jüdischen Hauptstadt auch durch Russland dar, sondern ist auch ein richtiger Schritt in Sachen Mäßigung des Iran, von dem Signal gegen das sich ohnehin täglich politisch immer mehr entwertende Westeuropa ganz zu schweigen.

So soll es und so wird es dank der glücklichen und erfolgreichen politischen Konstellation Trump/ Netanjahu für Israel und das jüdische Volk auch in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 im Zeichen des Chai weitergehen.

Weniger Gutes gibt es leider aus diesem Land und aus Westeuropa zu vermelden. In Schweden lösen sich bereits die ersten jüdischen Gemeinden wegen der physischen Bedrohung und der Abwanderung jüdischer Menschen auf. In Frankreich ist der Islam-bedingte Exodus jüdischen Lebens bereits in vollem Gange.

In unserem Lande haben trotz aller hingehuchelten Alibi-Gedenkveranstaltungen für tote Juden, jüdisches Schicksal und der gewalttätige Judenhass der hier bedenken- und verantwortungslos von unserer Regierung in großer Zahl eingelassenen muslimischen Israel- und Judenfeinde die linksideologisierte, Israel-delegitimierende und Juden-averse Politik des hiesigen linken Mainstreams nicht zu ändern vermocht.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



4 198807 003709



07

Amerikanisch-russisches Treffen mit Netanjahu zum Thema Iran in der israelischen Hauptstadt Jerusalem



Von Gil Yaron

Auf den ersten Blick scheint es absurd: Der Weg von Washington DC nach Jerusalem ist knapp 1.500 Kilometer länger als ein Flug von dort nach Moskau. Doch Donald Trumps Sicherheitsberater John Bolton und sein russisches Pendant Nikolai Patruschew zogen es vor, sich in Jerusalem zu treffen. Die Erklärung für den enormen Umweg lieferte Bolton beim Auftakt des historischen Treffens selbst in einer Lobrede auf Israels Premierminister Benjamin Netanjahu: „Dank Ihrer engen Beziehungen zu (Russlands) Präsident Wladimir Putin und Präsident Trump besteht eine wesentlich größere Aussicht darauf, unsere jeweiligen Strategien zu koordinieren, um einen sicheren und dauerhaften Frieden in der gesamten Region zu erreichen.“ Zu besprechen gibt es einiges. An fast allen Fronten steht Moskau dabei den USA als Rivale gegenüber, in Syrien und dem Iran kollidieren die Interessen offen miteinander.

Das Gipfeltreffen im Jerusalemer „Orient-Hotel“ ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Jahrzehnte lang wurde Israel international wie ein Pariastaat behandelt, ein Zwergenstaat mit gerade einmal neun Millionen Einwohnern, der von Feindstaaten umgeben ist und um Anerkennung buhlt. Unter Netanjahus Führung aber wurde der einstige Außenseiter zu einem begehrten Partner und nun auch Ausrichter

diplomatischer Gipfeltreffen. Das hat einerseits mit dem schwindenden Einfluss der Amerikaner in der Region zu tun. Zwei nicht endenwollende Kriege in Afghanistan und dem Irak haben die USA militärisch wie politisch erschöpft. Trumps Vorgänger Barack Obama leitete den Rückzug aus der Region ein, Trump hat seinen Wählern das Ende der militärischen Abenteuer versprochen. Obamas halbherzige Unterstützung demokratischer Bewegungen im Arabischen Frühling schadete den USA gleich doppelt: Sie erschütterte das Verhältnis zu absoluten Autokratien wie Saudi-Arabien. Zugleich mündete die Revolution in Libyen in Chaos, und die Einmischung in Syrien endete in einer Niederlage der von den USA unterstützten, kurdisch geführten Rebellen.

Der Kreml füllt heute das Vakuum, das das Weiße Haus in der Region hinterließ. Der erfolgreiche Militäreinsatz in Syrien, der Präsident Baschar al-Assad an der Macht hielt und Amerikas Einfluss zurückdrängte, hat Moskau zur Schutzmacht Syriens und des Irans gemacht. Als Waffenlieferant Ägyptens und der Türkei wird Russland zu einem der wichtigsten Akteure in der Region.

Großer diplomatischer Erfolg für Netanjahu

Als Washingtons engster Verbündeter könnte man eigentlich annehmen, dass auch Israels Einfluss in der Region

schrumpft. Doch das wäre die Rechnung ohne den israelischen Ministerpräsidenten gemacht. „Das historische Treffen der drei nationalen Sicherheitsberater in Jerusalem ist eine Krönung von Netanjahus diplomatischen Bemühungen“, sagt Dr. Eran Lerman, Colonel a.D. und ehemaliges Mitglied des israelischen Nationalen Sicherheitsrats im Gespräch mit WELT. Netanjahu hat über die Zeit enge Beziehungen zu China, Indien, vielen Staaten in Afrika, Südamerika und im östlichen Mittelmeerraum aufgebaut. „Vor allem aber ist es ihm gelungen, einer der engsten Freunde Trumps zu bleiben und zugleich intime Beziehungen zu Russlands Präsident zu unterhalten“, so Lerman.

Dabei nutzt der Premier seine lange Erfahrung, außerdem setzt er die Fähigkeiten des israelischen Militärs strategisch ein. Netanjahu hatte den Iran-Deal stets abgelehnt, er ließ Israels Luftwaffe Hunderte Luftangriffe in Syrien fliegen, um den Aufbau iranischer Stützpunkte zu verhindern – wenn nötig auch in Nähe russischer Truppen. „Russland hat Respekt vor Israels militärischen Fähigkeiten und versteht, dass es Israels Interessen in Nahost berücksichtigen muss“, sagt Lerman. Zugleich betrachten arabische Staaten Israel heute als belastbaren Verbündeten in ihrem Kampf gegen den Iran.

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀ Fortsetzung von Seite 1

Amerikanisch-russisches Treffen mit Netanjahu zum Thema Iran in der israelischen Hauptstadt Jerusalem

Mit diesem Gipfel wird Israel nicht nur zum wichtigen Mitgestalter im Nahen Osten, sondern feiert zudem einen beispiellosen diplomatischen Erfolg.

Russlands und Irans Interessen kollidieren

Beim Treffen in Jerusalem ging es darum, die Interessen Amerikas, Israels und Russlands unter einen Hut zu bringen – vor allem in Syrien. Der Kreml gewährte Assads Truppen Luftunterstützung. Dabei war er aber auf Bodentruppen angewiesen, die der Iran in der Form schiitischer Milizen in Syriens Bürgerkrieg entsandte. Nach Assads Sieg divergieren nun die Interessen Moskaus und Teherans: Russland will in Syrien Stabilität und Aufschwung. Der Iran will das Land aber nutzen, um Israel zu bedrohen und Jordanien destabilisieren zu können. Netanjahu gelobt, genau das „um jeden Preis“ zu verhindern. Dafür braucht er die Hilfe Russlands.

Mit Luftangriffen allein kann er Putin aber nicht dazu bringen, den Iran aus Syrien zu verdrängen. Deshalb ruft Netanjahu die USA zu Hilfe. Die brauchen Israels

guten Draht nach Moskau, um einen Dialog über Syrien und vor allem Irans Atomprogramm zu führen. Wenn das gelingt, könnten alle davon profitieren: Die Amerikaner könnten Sanktionen gegen die Russen lockern oder gemeinsam mit Israel Russlands international geächteten syrischen Vasallen Assad wieder salonfähig machen. Moskau könnte den Amerikanern helfen, im Atomstreit Druck auf den Iran aufzubauen, aber Russland wird für seine Hilfe einen hohen Preis verlangen.

In der Auseinandersetzung zwischen Washington und Teheran um eine abgeschossene US-Drohne stellte sich Russland am Tag des Jerusalemer Treffens auf die Seite der Iraner: Die Drohne sei, anders als es die Trump-Regierung behauptet, über iranischem Gebiet geflogen und darum zu Recht von den iranischen Revolutionsgarden abgeschossen worden. Die USA behaupten hingegen, das unbemannte Flugobjekt habe sich über

internationalen Gewässern befunden und sei darum illegal von den Iranern abgeschossen worden.

Der israelische Militär Lerman wertet das als „Signal an die Iraner, dass Moskau immer noch auf ihrer Seite steht“. Schon vor dem Treffen in Jerusalem hatte der russische Sicherheitsberater Patruschew betont, der Iran sei „auf Einladung der legitimen Regierung in Syrien und engagiert sich aktiv im Kampf gegen den Terrorismus.“ Deshalb werde Russland „natürlich die Interessen des Iran berücksichtigen.“

Russland wird den Iran nicht sofort aus Syrien schmeißen

So erwartet niemand, dass sich nach dem Treffen in Jerusalem etwas „über Nacht ändern wird. Es ist unrealistisch zu hoffen, dass Putin den Iran aus Syrien rauschmeißt“, so Lerman. Vielmehr sei dies der Beginn eines Austauschs der drei Mächte, an dessen Ende „die schiitischen Milizen allmählich das Land verlassen und Russ-

land die Möglichkeiten des Iran, syrisches Territorium zu nutzen, einschränkt.“

Trotzdem sei es ein „schwerer Schlag für den Iran, dass die Russen die Amerikaner ausgerechnet jetzt in Jerusalem treffen“, glaubt der israelische Colonel. Der Gipfel in Jerusalem ist ein wichtiges Signal, nicht nur, weil er einer impliziten russischen Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt gleichkommt. Patruschew erklärte Israels Sicherheit offiziell zu einem „russischen Anliegen“. So gelang Netanjahu etwas, was allen seinen Vorgängern verwehrt blieb: von den beiden wichtigsten Akteuren der Region ein klares Bekenntnis zum jüdischen Staat zu erhalten. Damit nimmt Israel nun aktiv an der Gestaltung des Nahen Ostens teil, statt wie bisher häufig nur über die Vermittlung der Amerikaner.

Mit freundlicher Genehmigung von „Die Welt“, 26. Juni 2019

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Zu deutlich ist das Versagen der Kanzlerin und zu furchtbar ist, dass mit jedem weiteren Tag der Merkel-Kanzlerschaft der Schaden für unseren Rechtsstaat größer und die Islam-generierte, links-gestützte Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens unerträglicher wird.

Gegenwärtig wäre ein Ausscheiden der CSU aus dem Verbund der suizidalen Islameinlass-Politik der Kanzlerin ohnehin nur ein Zeichen für die schon posten-gierig in den Startlöchern sitzenden Grünen, sich als Frau Merkels Fünfte Kolonne für die Mehrheitsbeschaffung rot-rot-grüner Regierungen nach dem Muster der Israel-Hass-Koalition in Bremen.

Übrigens besonders beschämend und symptomatisch für die opportunistische Charakterlosigkeit der jetzigen Merkel-Jasager wird sein, dass schon sehr bald nach der Ablösung der abgewirtschafteten Kanzlerin die eigenen Parteigenossen die heutige, vermeintlich alternativlose Kanzlerin mit der „ich war kein Merkel-Mitläufer“-Lüge – ebenso wie heute die Sozialdemokraten den ehemaligen Kanzler Schröder – verleugnen und meiden werden.

Aber es gibt auch Erfreuliches.

Trotz Kübeln auf ihn von den Medien und den politischen Hassern täglichen geschütteten Bessermensch-Unrats hat der US-Präsident nach zweieinhalb Jahren im Weißen Haus Hervorragendes geleistet und ist ein Glücksfall nicht nur für die USA. Von dieser Performance können die Fehlbesetzungen unserer Politik nur träumen. Selbst eingeschworene Trump-Kritiker in Deutschland, wie z. B. der „Tagesthemen“-Moderator und ehemaliger ARD-Korrespondent in USA, Ingo Zamperoni, sind längst sicher, dass Trump im Jahre 2020 wiedergewählt wird.

Dass sich die Kluft zwischen Europa und den USA vertieft, liegt – auch wenn es uns unsere linken Islam-affinen Ideologen anders glauben machen wollen, vor allem an der entseelten, sich jedem gesunden Menschenverstand verschließenden Politik unseres seit langem falsch geführten linken Regierungsbündnisses.

Trump versöhnt Korea – Merkel spaltet Europa

Ohne die geringste Anerkennung oder auch nur Anfeindungspause durch unsere politi-

schen Vertreter hat Donald Trump durch das richtige Augenmaß beispielsweise die für unlösbar gehaltene Korea-Krise einer Entschärfung und Lösung viel näher gebracht, als alle seine Vorgänger in 65 Jahren.

Auch die von Frau Merkel und ihrer politischen Gefolgschaft zu großen Teilen verschuldete Spaltung Europas nach dem ebenfalls im Wesentlichen von Frau Merkel verursachten bevorstehenden Brexit schreit schnell fort.

Das kann nicht verwundern, wenn doch in Deutschland trotz seit langem bestehender und bekannter eindeutiger Belege über islamistische Aktivitäten weiter lauwarmer Kuschelkurs gegenüber islamischen Integrationsverweigerern gefahren wird, statt Verbote derartiger Islamverbände und Ausweisung von Jugend-verführenden Imamen durchzusetzen.

Völlig absurd wird der Merkel'sche Isolationsweg, wenn von hoher politischer Ebene und von der Kanzlerin vollkommen unwidersprochen gegen den amerikanischen Präsidenten gezündelt und immer wieder die Ausweisung des Botschafters unseres loyalsten transatlantischen Sicherheits-Garanten und verlässlichsten und wichtigsten Verbündeten USA verlangt wird, weil sein Präsident und der Botschafter nicht bereit sind die hier praktizierte aberwitzige Selbstentlebungspolitik gegenüber dem Islam mitzugehen.

Lange werden sich unsere Groko-Parteien und ihre Pseudo-Bessermensch-Epigonen allerdings an dem Appeasement-erkauften islamischen Stimmenzuwachs nicht erfreuen dürfen.

Mit der weiteren, von unserer vermeintlich strategisch so verschlagenen linken Sesselkleber-Politik opportunistisch geförderten Zunahme des islamischen Populationsanteils und dem Fortschreiten des durch den nicht-islamischen Bevölkerungsteil hierzulande und Westeuropa-weit nicht mehr zu gewinnenden demoskopischen Wettlaufs wird ein dramatischer Politikwechsel erfolgen.

Das mit Wahlrecht versehene muslimische Wählerpotential wird dann in nicht allzu ferner Zukunft wiederholt wechselwählen und seine Stimmen dieses Mal nach bewährtem türkischen Muster einer rechts-faschistoiden, rassistischen Islampartei zukommen lassen.

Leider dürfte dies nicht nur das Ende des kuscheligen heutigen Links-am-Wähler-vorbei-Regierens sein – es wird auch das Ende

unseres freiheitlich-demokratischen Wertesystems einleiten.

Nur eine düstere Vision eines paranoiden jüdischen Kommentators werden einige Kurzsichtige auch heute immer noch sagen, und werden zu unser aller Leidwesen vermutlich nicht Recht behalten.

Selbstmörderische Toleranz

Aber auch die Zweifler sollten sich eines klar machen: Eine nicht zur Gegenwehr bereite, opportunistisch entfesselte, gegenüber der sichtbaren Intoleranz dümmlich und suizidal tolerante Demokratie lässt – wie bereits anderenorts und auch hier in finsterner Zeit geschehen – ihre eigene demokratische Abwahl und die Wahl einer Diktatur zu. Für den umgekehrten Weg zurück sieht das schon anders und fast immer opferreich und blutig aus.

Dabei gibt es für alle, die es nur sehen wollen, täglich genug Symptome und Gründe genau das zu befürchten.

Die Sicherheit und der staatliche Schutz unserer Bürger stehen vor dem Kollaps. Von unseren öffentlichen Plätzen, Fußgängerzonen und Verkehrsmitteln ganz zu schweigen, müssen immer häufiger selbst Freizeiteinrichtungen sommerlicher Badefreuden in nicht wenigen Orten unseren Kindern verwehrt bleiben, weil dort Frauen und Mädchen zunehmend bedrängt und die helfenden Bademeister verprügelt werden, so dass immer mehr Schwimmbäder wegen der nahezu täglichen Gewalteruptionen nahezu ausnahmslos islamischer Horden geschlossen bleiben müssen.

Statt wehrhafte staatliche Abhilfe zu schaffen, werden diese ideologisch nicht ins Angriffsrastraster unserer Bessermenschen passenden „falschen Opfer“ Islam-generierter Rechtsstaat-Zersetzung Einzelfall-kleigeredet oder einfach negiert und zumeist von der Berichterstattung unserer Gesinnungsmedien ausgeblendet.

Lächerliche Kaum-Bestrafungen vor allem islamischer Gewalttäter kommen einer Opferverhöhnung gleich und erschüttern den Glauben der Bürger an unsere einstmals wundervolle westliche Nachkriegs-Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Auch das Recht auf Wahlen vermag diesen Glauben nicht wiederherzustellen. Verwenden doch die mit unter falschem Umwelt- und Klima-Etikett zur Wählergunst

gelangten Grünen ihre Stimmen, um durch die Hintertür die abgewählte Enteignungs-Partei des Kevin Kühnert und die Schießbefehl-Partei der Linken nach Bremer Vorbild entgegen dem erklärten Wählerwillen in Macht und Ämter zu setzen.

Über 500.000 Wähler wechseln von der SPD zur AfD

Auch die Hoffnung auf gesellschaftliche Kräfte wie etwa die Kirchen geht ins Leere. Der letzte EKD-Kirchentag bot neben der gerade noch gestoppten Einladung eingeleiteter BDS-Antisemiten eine derartige Inhaltslosigkeit, dass das als Tagesordnungspunkt angesetzte enthirnte Vulva-Zeichnen und Malen weiblicher Genitale geradezu als Highlight betrachtet werden musste.

Die Flucht der Wähler zu der neuen Opposition – über 1 Million CDU und eine halbe Million SPD-Wähler haben zur AfD gewechselt – vermag vor diesem Hintergrund niemanden zu verwundern.

Nun ist die neue Opposition mit ihren nicht zu übersehenden deutlich rechtslastigen Problemen ganz sicher weder auf uns Juden maßgeschneidert noch unser Wunschkind.

But this is what we got – mehr haben wir nicht. Und das ist beschämenderweise immer noch viel, viel mehr als uns die etablierten linkslastigen und Islam-affinen Judenhass-Dulder und Israel-Dämonisierer bieten.

Wir haben so lange nicht mehr, so lange sich jüdische Repräsentanten, die eigentlich gerade in diesem Lande kompromisslose und unbestechliche Vertreter jüdischer Interessen sein sollten, den Gabriels, Merkels und Steinmeiers, Schulzes und Maasens samt ihrer Heusgens und all den anderen politischen Islam-Appeasern, Terror-gegen-Israel-Verstehern und Judenmörder-Freunden aus den in ihrer Israel-Ablehnung und dem – trotz aller Gedenktags-Heuchelei – nicht zu übersehenden antijüdischen Vorbehalt geradezu Händchen-haltend in ihrer Israel-Dauer-Maßregelung vereinten Altparteien bis über jedes erträgliche Maß anbieten.

Trotz aller Übelkeit verursachenden Heuchelei unserer etablierten Politik haben wir so lange nicht mehr, so lange unsere Schusters, Knoblochs gemeinsam mit den Barenboims und Primors dieser in Schiefelage geratenen Gesellschaft den Islam-Judenhass-Importeuren Wahlhilfe leisten, statt

Fortsetzung auf Seite 18 ►►

Die Zensur gegen Konservative durch Internet-Monopolisten in den USA

Die gesamte amerikanische Gesellschaft hat die Ausbildung und den Erfolg von Zuckerberg und Co. möglich gemacht. Sie hat allen linken Schreihälsen zum Trotz ein Anrecht auf unzensurierte Meinungsdarstellung im World Wide Web.

Von Daniel Greenfield

„Aber es ist doch eine private Firma!“ – man kennt dieses abgedroschene Argument. Wenn man Kritik an Google, Facebook und Twitters Art anbringt, wie sie konservative Meinungsäußerung unterdrücken, dann werden selbst viele Konservative entgegen, dass sie sich auf dem freien Markt bewegen. Die großen „.com“-Monopole haben ja ihre eigenen Firmen gegründet, oder? Und man wolle ja Eingriffe der Regierung in Firmenangelegenheiten vermeiden.

In einem Fox-Business-Leitartikel schrieb Iain Murray, eine „.com“-Firma auf diese Weise aufzubrechen würde einer „Ablehnung aller konservativen Prinzipien“ gleichkommen. Sein Argument war „Twitter ist eine private Firma“ und „es gibt kein positives Recht für freie Meinungsäußerung auf Twitter oder irgendeinem anderen privaten Medium.“

„Dasselbe gilt für die Angriffe des Präsidenten auf Google und die Beschwerden über Zensur gegen Konservative“, schrieb Diane Katz vom „Heritage Institute“. „Diese privaten Firmen sind nicht dazu verpflichtet, sich an irgendeine parteiische Fairness-Doktrin zu halten.“

Das Argument, dass Google, Facebook und Twitter private Firmen seien, die auf ihren eigenen privaten Plattformen nach ihrem eigenen Gutdünken diskriminieren könnten und dass der erste Zusatzartikel zur Verfassung in diesem Falle nicht gelte, hört man überall.

Aber dabei werden zwei ganz grundlegende Tatsachen übersehen.

Die treibende Kraft hinter der Zensur von Konservativen ist nicht eine Handvoll von Tech-Managern. Es handelt sich stattdessen um gewählte Volksvertreter. Senator Kamala Harris gab in ihrer Rede vor kurzem ein Beispiel dafür, als sie erklärte, dass sie „soziale Medienplattformen dafür verantwortlichen machen“ werde, wenn sie „Hass“ oder „Fehlinformationen“ verbreiten würden.

„Fehlinformationen“ ist ein bekannter Euphemismus bei den US-Demokraten für Medien, die konservative Inhalte kolportieren. Ursprünglich als „fake news“ bekannt, wurde der Begriff von Präsident Trump umgedreht, als er damit die linksgerichteten Medien beschimpfte. Der jüngste Begriff der „unzuverlässigen“ Medien-Liste, geprägt von „Poynter“, bezeichnet lauter konservative Seiten. Listen wie diese existieren nicht nur in der Theorie. „Poynter“ organisiert ein internationales „fact-checking“-Netzwerk, das durch Facebook und andere dazu benutzt wird, konservative Inhalte durch „fact checks“ zu blockieren.

Haben „Fake News“ Hillary Clinton um die Präsidentschaft gebracht?

Losgetreten wurde dies alles durch Angaben von Hillary Clinton und ihren Verbündeten, dass „fake news“ sie um die Präsidentschaft gebracht hätten und eine große Gefahr für die amerikanische Demokratie darstellten. Dieser Aufruf wurde sofort von Demokraten im Haus und im Senat aufgenommen. Mächtige Clinton-Verbündete der Tech-Industrie sind sofort auf den Zug aufgesprungen, wie z.B. Eric Schmidt, der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Google.

„Com“-Firmen wie Facebook machen sich über Konservative her, als ausdrück-



Google-Niederlassung in Berlin

liche Reaktion des Drucks von gewählten Regierungsmitgliedern. Wollen sie sich also wirklich anmaßen zu sagen, dass Senats-Demokraten das Recht haben, private Firmen dazu zu bringen, Konservative zu zensieren?

Was ist dann der Unterschied zu einem totalitären Land?

Man könnte darüber diskutieren, ob es für einen Hausbesitzer rechtmäßig ist, sie hinauszuerwerfen, weil es ihm nicht gefällt, dass sie Republikaner sind. Aber ist dies rechtmäßig, wenn er es auf Anweisung von Senatorin Kamala Harris tut?

Machtmissbrauch dieser Art zu fördern ist die Entheiligung des freien Marktes.

Die zweite Tatsache ist, dass das Internet nicht das Werk einer Handvoll ambitionierter Unternehmer war, die es aus dem Nichts aufgebaut haben nur mit ihrem Talent, ihrem Gehirn und ihren schnellen Fingern.

Der Erfolg der privaten Internet-Giganten wurde mit Steuergeldern gefördert

Das Internet war die Arbeit von DARPA. Das steht für „Defense Advanced Research Projects Agency“. DARPA ist Teil des Verteidigungsministeriums. DARPA hat die Entwicklung von Kerntechnologien gefördert, die das Internet überhaupt erst ermöglichten. Die Ursprünge des Internets gehen auf DARPA's „Arpanet“ zurück.

Die Geschichte ist aber noch nicht zu Ende, als das Internet Teil jedes Haushaltes wurde.

Woher kam Google? Das ursprüngliche Dokument „Die Anatomie einer großflächigen hypertextuellen Web-Suchmaschine“ von Sergey Brin und Larry Page, den Mitgründern von Google, genoss Förderung durch die National Science Foundation, DARPA und sogar die NASA. Die Computer-Wissenschaftsabteilung der Harvard University, wo Marc Zuckerberg mit den Spielzeugen zu spielen gelernt hat, die ihn zu einem Milliardär machten, wurde auch durch DARPA finanziert. Von der finanziellen Unterstützung durch DOD und den Landeswissenschaftsinstituten ganz zu schweigen.

Der Steuerzahler investierte eine hohe Summe Geld in einen öffentlichen Markt-

platz, wo Ideen, politische Diskussion und wirtschaftliche Aktivität vonstattengeht. Der Marktplatz gehört nicht Google, Amazon oder Facebook. Und wo diese Monopole den Marktplatz in den Würgegriff nehmen, da drücken sie Konservative hinaus und untergraben ihre Rechte und Freiheiten.

Es sollte eine hohe Barriere für alle Firmen geben, die sich in den freien Marktplatz der Ideen einmischen wollen, in dem das Recht der freien Korrespondenz gepflegt wird.

Kritiker der Regulierung von „.com“-Monopolen haben gute Argumente auf ihrer Seite.

Google oder Facebook als ein öffentliches Werkzeug zu regulieren ist gefährlich. Und ihr Argument ist, Regierungen die Macht zu geben, Inhalte dieser Plattformen zu regulieren, könnte nach hinten losgehen.

Welche Lösung auch immer gefunden wird, sie sollte nicht darin bestehen, die Regierungsmacht zu vergrößern.

Darauf gibt es zwei Antworten.

Erstens: Firmen, die sich im Auftrag der Regierung in Meinungsdiskussionen einmischen, benehmen sich wie Regierungsbeauftragte. Wenn es eine Reihe von Meinungsdiskriminierungen dieser Art auf den Plattformen gibt, die von einem Monopol kontrolliert werden, dann müsste eine Zivilrechtsuntersuchung stattfinden, um festzustellen, welche Rolle Regierungsbeauftragte in der Unterdrückung einer bestimmten Meinung hatten.

Wenn die „.com“-Monopolen zu einer solchen Größe heranwachsen, dass der Ausschluss von einer Plattform praktisch der Neutralisierung aller politischen Aktivität einer Person gleichkommt, dann handelt es sich bei ihnen um öffentliche Räume.

Zweitens, Rechte können von jeder angemessenen großen Organisation oder Institution bedroht sein, nicht nur der Regierung. Traditionell waren Regierungen die mächtigsten Organisationen, aber die natürlichen Rechte, auf denen unser Land gegründet wurde, gelten auch gegenüber jeder anderen Organisation. Regierungen,

wie es in der Unabhängigkeitserklärung bestätigt wird, existieren, um die Rechte der Bürger zu schützen.

Schutz gegen die Kommunisten, IS und – gegen die eigene Regierung

Die Regierung sichert diese Rechte, zunächst und zuallererst, gegen sich selbst. Aber es dient auch als Schutz gegen fremde Mächte – einer Bedrohung, die bereits in der Unabhängigkeitserklärung vorkommt –, und gegen Organisationen im Inneren, krimineller oder politischer Natur, ob es sich nun um die Kommunistische Partei oder den IS handelt, die danach trachten, Amerikanern ihre Rechte zu entziehen.

Ein Land, in dem freie Meinungsäußerung de facto nicht existiert – auch wenn sie als formelles Recht weiter bestünde – wäre nicht mehr Amerika. Eine Regierung, die so etwas zulassen würde, hätte kein Recht zu existieren. Nur eine Regierung, deren Bürger die Rechte von freien Menschen genießen, kann seine eigene Existenz rechtfertigen.

Wenn eine private Firma die Kontrolle aller Straßen an sich reißen würde, um diese dann am Wahltag für alle Konservativen zu schließen, wären die Wahlen ein Hohn und die daraus entstehende Regierung eine unrechtmäßige Tyrannei.

Das ist die Krise, der sich die Konservativen im Internet stellen müssen.

Oligarchie statt freiem Markt

Der Schutz der freien Meinungsäußerung kommt nicht einer Absage an konservative Prinzipien gleich, sondern er beschützt sie. Es gibt keine konservativen Prinzipien ohne freie Meinungsäußerung. Eine Nation des freien Marktes ohne freie Meinungsäußerung ist kein konservatives Land. Es ist eine Oligarchie. Das ist der Stand der Dinge im Internet.

Konservative sollten sich davor hüten, sich blindlings den linken Versuchen anzuschließen, regulierende Kontrollen von Firmen wie Facebook zu fördern. Das Resultat wäre eine immer tiefere und umfassendere Zensur als sie bisher schon existierte. Aber sie sollte sich auch nicht der Illusion hingeben, dass der freie Markt jedes Problem automatisch lösen wird.

Wie sich das Internet von seinem Ursprung in der Universität zu einer Reihe handlicher Geräte, die durch zwei Firmen kontrolliert werden, entwickelte, so wurde es stetig weniger offen. Selbst wenn Google sein Monopol verlieren würde, dann wären in Silicon Valley trotzdem die politisierten Arbeiter versammelt, die sich mit den Medien zusammenschließen, um jede neue wachsende Firma auf Parteilinie zu bringen.

Und wenn das fehlschlagen sollte, dann gibt es immer noch die härteren Gesetze, die aus Europa importiert werden.

Wir haben bereits wirksame Werkzeuge, die man einsetzen kann – Gesetze des Kartell- und Wettbewerbsrechts. Es wird ein herausfordernder Prozess, aber durch alle Schwierigkeiten hindurch müssen wir uns daran erinnern, dass wir Meinungsfreiheit im Internet haben.

Unsere Steuergelder, die über Generationen investiert wurden, haben dieses System erbaut. Es gehört nicht der Linken. Es gehört auch nicht der Rechten. Es gehört uns allen.

Die Regierung Sisi – ein Stabilitätsfaktor im Nahen Osten

Der ägyptische Präsident wird als pro-israelische Leitfigur auch in der islamischen Welt gehört, aber von der Mursi-freundlichen westeuropäischen Politik massiv angegriffen und dämonisiert.

Von Alexander Maistrwoj

Abdel Fattah As-Sisi ist der Todfeind der Hamas, denn die Hamas ist der „palästinensische“ Arm der ihm verhassten Muslimbrüder. Seinerzeit leistete die Hamas völlig offene Hilfe für das Mursi-Regime, was As-Sisis ablehnende Haltung nur verstärkte; darüber hinaus wird die Hamas beschuldigt, 16 ägyptische Militärangehörige getötet und mehrere aktive Mitglieder der Muslimbrüder im Zuge der Ausschreitungen von 2011 aus den Gefängnissen befreit zu haben.

Der Präsident, der der Gaza-Führung die Unterstützung islamistischer Kräfte auf der Sinai-Halbinsel vorwirft, zerstörte entschlossen die Tunnel an der Grenze und blockierte den Grenzübergang in Rafiah. Diese Strategie Hamas betreffend entspricht der Gesinnung der gesamten Militärführung des Landes. Der ehemalige Leiter des ägyptischen Militärnachrichtendienstes, Generalmajor Tamer al-Shahaw, behauptet, hinter den Muslimbrüdern stehe das iranische Regime, welches danach strebe in Ägypten „parallele Streitkräfte“ zu bilden. Seiner Meinung nach waren während Mursis Herrschaft die Islamischen Revolutionären Garden (IRGC) in Ägypten sehr aktiv, mit dem Ziel eine Zersetzung der ägyptischen Armee herbeizuführen.

Die Muslimbrüder sowie die Hamas „erwidern“ As-Sisis Gefühle:

Sisi ruft zur Reform des Islams auf, lässt die Freitagsgebete kontrollieren, auf seinen Erlass hin werden die Inhalte von Schulbüchern geändert – das gesamte Märtyrertum, religiöse Hetze und sogar die Huldigung der islamischen Heerführer – Maghreb-Eroberer Uqba ibn Nafi und Salah-ad-Din – wurden entfernt. As-Sisi unterstützt die Kopten und tut es offen, sogar demonstrativ; er wurde der erste ägyptische Präsident, der eine christliche Messe besuchte (Januar 2015); dabei wünschte er der christlichen Gemeinde eine blühende Zukunft.

Die Wunder am Nil

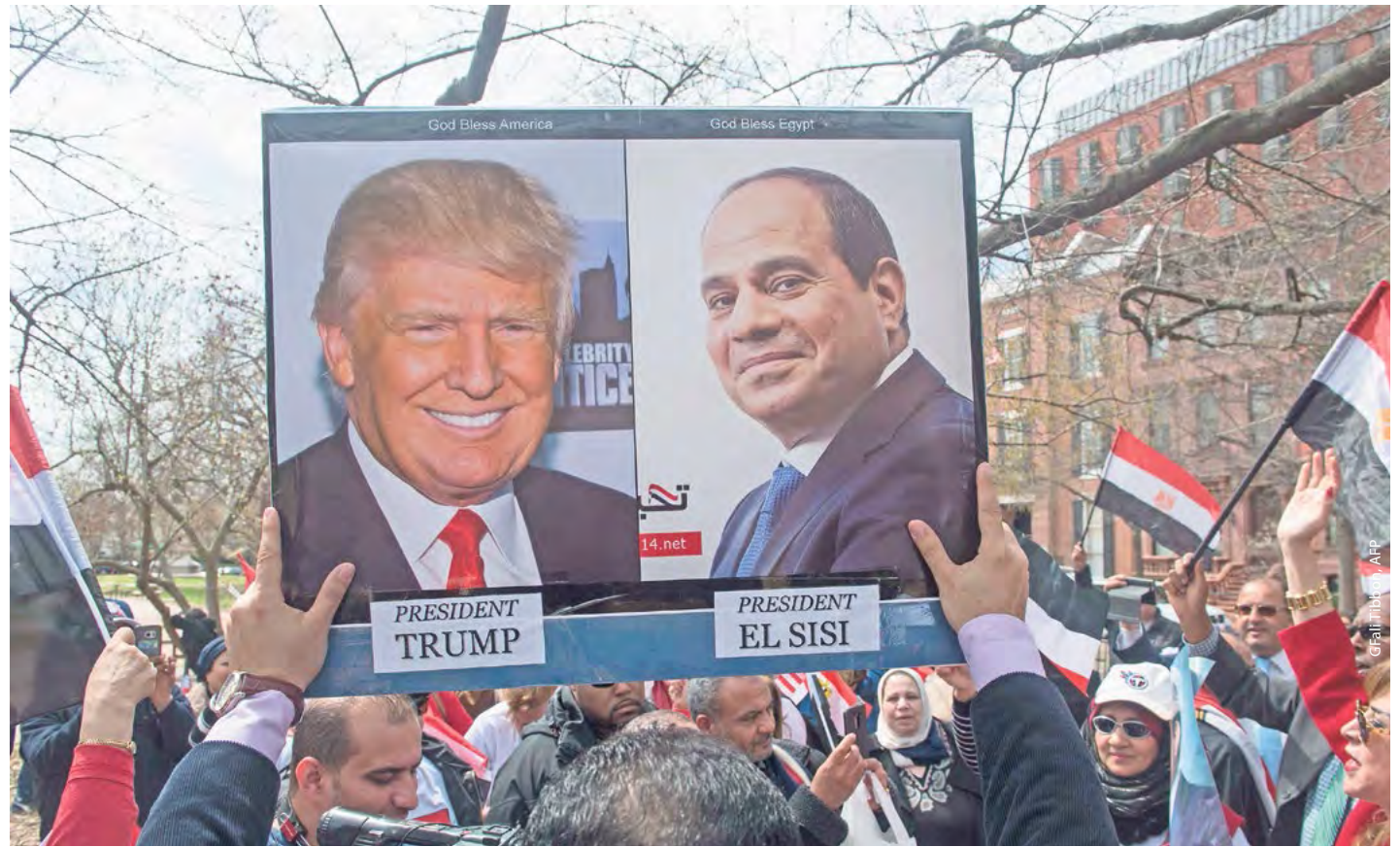
Vor dem Hintergrund eines „kalten Friedens“ zwischen Israel und Ägypten erleben die bilateralen Beziehungen momentan einen wahren Frühling. As-Sisi gibt offen zu, im steten Kontakt mit Benjamin Netanjahu zu sein und die britische Wochenzeitung „The Economist“ nennt den ägyptischen Präsidenten „der ungewöhnliche proisraelische ägyptische Staatsführer“.

„Die Wunder am Nil“ begannen unmittelbar nach der Machtergreifung As-Sisis. Als die Gaza-Operation 2014 ihren Anfang nahm, „entdeckten“ arabische Medien, welche jahrelang die antisemitischen Karikaturen nach „Stürmer“-Art veröffentlichten, plötzlich ihre Sympathie für das „zionistische Gebilde“. „Sei gedankt, Netanjahu; möge Allah uns mehr von Deiner Sorte herabsenden – dann wird die Hamas vernichtet“, äußerte sich der Kommentator der größten Zeitung des Landes „Al-Ahram“, Azza Sami.

Den Gazanern geht es oft besser als den Ägyptern

Die Zeitung „Al-Bashair“ kritisierte die Entscheidung des ägyptischen Verteidigungsministers, 500 Tonnen humanitärer Hilfe nach Gaza zu schicken: „Gaza-Einwohner haben viel bessere Lebensbedingungen als

Ägypter. Die ägyptischen Armen haben unter ihrer Armut stark zu leiden und benö-



Präsident Trump unterstützt seinen ägyptischen Kollegen Sisi, während sein Vorgänger Obama die Muslimbrüder vorzog.

tigen diese Hilfe viel dringender. Soll doch Katar den Gazanern helfen.“

Der Politologe Khaled Abu Toameh äußerte sich dahingehend, dass Gazas Einwohner ihre schwierige Lage selbst zu verantworten hätten. Der ehemalige General Hamdi Bakhit ging sogar noch weiter und meinte, Israel solle Gaza wieder besetzen: „Es wäre allemal besser, als die Macht der Hamas“. Man dürfe nicht vergessen, dass die Hamas eine Abzweigung der terroristischen Gruppierung der Muslimbrüder sei, erinnerte Fernsehkommentatorin Amani Al-Hayat.

Damit nicht genug:

Im April 2015 rief der Fernsehmoderator Tawfik Okasha im Fernsehsender „Al Farahin“ Netanjahu auf, „auf Allah zu vertrauen“ und den iranischen Atomreaktor zu zerbomben: „Iran ist vor dir. Buschehr ist vor dir. Vertraue auf Allah und zerstöre den Reaktor. Wir stehen hinter dir. Wenn

konnte man in den Medien eine Meldung verfolgen, welche besagte, Saudi-Arabien sei gemeinsam mit Israel bemüht, den Druck Washingtons auf Kairo zu mildern: Ein noch vor kurzem surreales Sujet...

Im Juni 2015 beendete Ägypten den Bau eines 20 Meter tiefen und 10 Meter breiten, mit Meerwasser gefüllten Grabens an der Gaza-Grenze; alle Bauten in der Sperrzone inklusive Wohnhäuser wurden abgerissen. Binnen eineinhalb Jahren zerstörte ägyptisches Militär nahezu 1.500 terroristische Tunnels, welche von Gaza aus nach Ägypten führten (sie wurden geflutet; die Frage, was Israel daran hindert das gleiche Know-how zu benutzen, bleibt offen).

Im Januar dieses Jahres, gefragt von Scott Pelkey, dem Journalisten der Sendung „CBS Evening News“, ob die gegenwärtige Zusammenarbeit mit Israel als die engste der israelisch-ägyptischen Geschichte bezeichnet werden könne, erwiderte As-Sisi:

„Vertraue auf Allah und zerstöre den iranischen Reaktor!“

du den Kraftstoff für deine Flugzeuge brauchst, schicken wir ihn dir“, so Okasha, und nannte Netanjahu, welcher erst kürzlich von ihm beschimpft wurde, „einen Freund Ägyptens“. Im Mai gleichen Jahres beschloss das Oberste ägyptische Gericht, dass Israel nicht weiter als „terroristischer Staat“ bezeichnet werden darf, wie es mehrere NGOs verlangten.

Im November 2015 unterstützte Kairo bei den Vereinten Nationen das Gesuch Israels, Mitglied des Büros der Vereinten Nationen für Weltraumfragen, kurz UN-OOSA, zu werden. Zur Erinnerung: Erst zwei Jahre zuvor bezeichnete Mursi, welcher der Unterstützung Obamas und der EU sicher war, Israelis als „Nachfahren von Affen und Schweinen“ und schlug allen islamischen Ländern vor, sich gegen die „zionistischen Verbrecher, die das palästinensische Blut saugen“, zu vereinigen.

Allerdings muss man sagen, dass As-Sisi Israel nicht minder brauchte als Israel ihn. In der Zeit des As-Sisi-Obama Konflikts

„In der Tat; wir pflegen unsere Kontakte mit Israelis in einem breiten Spektrum von Bereichen.“

Von Zeit zu Zeit werden die Hamas-Führer nach Kairo bestellt und erhalten eine Rüge bezüglich ihrer anti-israelischen Provokationen. Dabei wird es seitens Ägyptens so arrangiert, dass die Welt über diese „Abmahnungen“ Kenntnis erlangt. Nach dem diesjährigen Beschluss Gusch Dans (Vorort von Tel Aviv, - Anm. d. Übers.) im Winter 2019 konnte man vielen Medien entnehmen, dass Ägypten seinen Unmut mehr als deutlich äußerte. Der Hamas-Spitze wurde mitgeteilt, dass, sollte die IDF sich für eine Militäroperation entscheiden, Ägypten sie nicht daran hindern werde, auch dann nicht, wenn es um die Besetzung Gaza gehen würde.

Parallel zur gewohnten Rhetorik über den Friedensprozess und den „palästinensischen“ Staat lässt As-Sisi keine Gelegenheit aus, Abu Masen öffentlich zu demütigen. 2015 verlangte er von ihm, die Klage vor

dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag über eine strafrechtliche Verfolgung israelischer Spitzenpolitiker fallen zu lassen.

Eine Zeit lang ignorierte As-Sisi das „palästinensische“ Oberhaupt völlig; erst im November 2018 kam er dazu, sich mit Abu Masen in Scharm el-Scheich zu treffen, um ihm einen Vortrag über die dominierende Rolle Ägyptens bei der Befriedung der „palästinensischen“ Fraktionen zu halten. In den „palästinensischen“ Zeitungen ist zu lesen, dass seitens As-Sisi und des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman auf Ramallah ein „präzedenzloser Druck“ ausgeübt wird, mit dem Ziel, Abu Masen zu zwingen, Trumps Friedensplan anzuerkennen.

Darüber sollte man sich nicht wundern. Noch im November 2014 schlug As-Sisi vor, auf der Sinai-Halbinsel einen „palästinensischen“ Staat mit der Fläche von 1.600 Quadratkilometern zu errichten, was fast fünfmal die Fläche des Gazastreifens ist. Dafür hätten die „Palästinenser“ ihre Forderungen an Israel einstellen sollen, nämlich, dass Israel zu den Grenzen von 1967 zurückkehrt.

Zu gleicher Zeit gab As-Sisi der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ ein Interview, in dem er seine Bereitschaft, das ägyptische Militär in den zukünftigen „palästinensischen“ Staat zuschicken, um dort bei der Entstehung von Machtstrukturen zu helfen, deutlich zum Ausdruck brachte. Im Januar 2015 schrieb die libanesische Tageszeitung „Al-Akhbar“, dass As-Sisi Abbas vorschlug, die neue „Hauptstadt“ in den arabischen Vierteln und Vororten Jerusalems auszurufen. Eigentlich war das ein Teil des Plans von Kronprinz Mohammed, später in der „New York Times“ erschienen; dort stand ein konkreter Vorschlag, als Hauptstadt das arabische Dorf Abu-Dis auszuwählen.

Rettung Ägyptens durch Saudi-Arabien, VAE und Kuwait

Das alles bedeutet jedoch nicht, dass Israel nichts zu befürchten hätte. Wenn man von Ägypten spricht, sollten zwei Aspekte berücksichtigt werden: Die Instabilität innerhalb des Landes und seine gigantische,

mit der modernsten Technik ausgerüstete Armee. Nach der „Tahrir-Platz-Revolution“ stand Ägypten am Abgrund. Die Wirtschaft wurde im Wesentlichen zerstört, das Sozialwesen ruiniert, die Währungsreserven erschöpft. Dank der sofortigen Hilfe Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwaits ist es As-Sisi gelungen, die Lage zu stabilisieren.

2014 erhielt das versinkende Ägypten von diesen drei Ländern 20 Milliarden US-Dollar; die Unterstützung dauert an, da As-Sisi als eine Macht angesehen wird, welche imstande wäre, einerseits den Iran und andererseits die Islamisten zu stoppen. Als Dank schickte Ägypten ein Expeditionskorps nach Jemen, zur Verstärkung des Kampfes gegen die pro-iranischen aufständischen Huthi-Truppen und „schenkte“ den Saudis die Insel Sanafir und Tiran im Golf von Akaba.

Gegenwärtig befindet sich die wirtschaftliche Lage Ägyptens auf einem besseren Stand als 2013/14, ist dennoch bei weitem nicht gut. Um die Staatsausgaben zu kürzen und die Energieprobleme zu lösen, stoppte die Regierung die Treibstoffsubventionen, die bis dato ein Viertel der staatlichen Mittelzuweisungen ausmachten. Das Ergebnis war zwiespältig: Einerseits wurde die Wirtschaft dadurch stabilisiert; bereits 2015 erhöhte Moody's die Prognose Ägyptens im Bezug auf Kreditrating von „negativ“ auf „stabil“ und die Ratingagentur Fitch – von „B-“ auf „B“ (beide zwar als „hochspekulativ“ zu verstehen, dennoch mit einer leichten Verbesserung, - Anm. d. Übers.). 2016 begann das Land mit einer umfassenden wirtschaftlichen Reform, unterstützt durch den Internationalen Währungsfond und erhielt 12 Milliarden US-Dollar als Darlehen.

Auf der anderen Seite folgten die Preiserhöhungen auf Güter des Grund-

bedarfs, was wiederum zum Unmut in der Bevölkerung führte. Hinzu kam, dass am Anfang des Jahres 2016 das ägyptische Pfund einen Währungsverfall erlitten hat; das erschwerte die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung erheblich.

Ägypten baut eine neue Hauptstadt

Indem As-Sisi sein Volk den Gürtel enger schnallen ließ, realisiert er grandiose Projekte: Den Bau einer neuen Hauptstadt (Kosten: 45 Mrd. US-Dollar), die Dubai übertreffen soll, und eines neuen Suezkanal. Dabei muss man sich vor Augen führen: Das, was sich die Vereinigten Arabischen Emirate mit der Bevölkerungszahl von drei Millionen und immensen Ölreserven erlauben können, ist für ein armes Land mit hoher Korruption und einer Bevölkerung, die zu 35–40 % lediglich zwei Dollar am Tag zur Verfügung hat, kaum realisierbar; solche Ambitionen können den derzeitigen „Pharao“ teuer zu stehen kommen. Dabei gibt es momentan nur eine Alternative zur Regierung As-Sisis – und das wären die Muslimbrüder.

Die ägyptische Armee ist groß und hat moderne amerikanische Waffen

Es gibt noch einen Aspekt: Das gewaltige militärische Arsenal Ägyptens. Bereits 2006 wies der ehemalige Leiter der Kommission der Knesset für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung Yuval Stainiz darauf hin, dass die ägyptischen Streitkräfte qualitativ wie quantitativ den israelischen in nichts nachstehen. Aktuell verfügt die ägyptische Armee über eine wesentlich größere Anzahl von Panzern, Luftabwehrbatterien, Artilleriewaffen, Kriegsschiffen als die Zahal, dabei handelt es sich um moderne amerikanische Waffen und keine veralteten sowjetischen Modelle. Es stellt sich

die Frage, gegen wen ein solches Arsenal eingesetzt werden kann?

Konflikt Ägypten – Sudan

Für gewöhnlich sagt man in Israel, Ägypten habe keine Feinde außer dem jüdischen Staat. Das entspricht allerdings nicht den Tatsachen. Traditionell hat Ägypten ein angespanntes Verhältnis zu seinen Nachbarn Libyen und Sudan. Der Konflikt Kairo mit Khartum besteht seit 1899. Den Zankapfel stellt das sogenannte Hala'ib-Dreieck dar – ein umstrittenes Gebiet mit einer Fläche von über 20.000 Quadratkilometern. 1993–1994 artete der Konflikt in eine bewaffnete Auseinandersetzung aus; 1995 nahm Ägypten den größten Teil des besagten Territoriums ein. Der Sudan wirft Ägypten eine Unterstützung der Oppositionellen vor, Ägypten beschuldigt Sudan, ägyptischen Islamisten Zuflucht zu gewähren. 1990 beschuldigte der damalige ägyptische Präsident Hosni Mubarak Khartum, den Assuan-Staudamm angreifen zu wollen. Sollte so etwas geschehen, hätte es in der Tat fatale Folgen für Ägypten, denn das Nildelta dient als Lebensraum für 90 % der ägyptischen Bevölkerung.

2018 verschärfte sich die Lage erneut, daraufhin zog der Sudan seinen Botschafter aus Kairo ab. Khartum genießt dabei die Unterstützung des türkischen Präsidenten Erdogan, As-Sisis Widersacher. Als Antwort wurden ägyptische Militärangehörige auf einen Stützpunkt der Vereinigten Arabischen Emirate in Eritrea, an der Grenze zum Sudan, geschickt. Damit galt der Konflikt als erledigt, aber der Sturz Umar al-Baschirs im April 2019 und die Machtergreifung des Militärs im Sudan kann unvorhersehbare Folgen haben.

Konflikt Ägypten – Libyen

Die bilateralen Beziehungen zwischen Ägypten und Libyen erlebten während

der Herrschaft Muammar al-Gaddafis eine schwere Krise, 1977 kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Derzeit stellt Libyen keine Gefahr dar, seine Zukunft ist dennoch ungewiss. Sollten hier Islamisten die Oberhand gewinnen, könnte es zur Entstehung eines „Kalifats“ führen, was Ägypten zum Eingreifen zwingen würde.

Konflikt Ägypten – Äthiopien

Zu erwähnen wäre darüber hinaus ein schwerwiegender Faktor in den ägyptisch-äthiopischen Beziehungen, nämlich der von Addis Abeba geführte Bau eines Wasserkraftwerks am Nil.

Dieses Projekt ist äußerst vorteilhaft für Äthiopien und enorm gefährlich für seine nördlichen Nachbarn, denn die Inbetriebnahme dieses Wasserkraftwerks würde Ägypten seines Wassers berauben. Es wird nach Lösungen des Problems gesucht, die Verhandlungen stocken aber zur Zeit. In der Vergangenheit drohten ägyptische Staatsführer sogar, das Kraftwerk zu bombardieren. Es ist davon auszugehen, dass solche Pläne bereits erarbeitet wurden, auch wenn diese Drohung seit langem nicht mehr artikuliert wird.

„Im Nahen Osten gibt es für einen Schwachen keinen Platz“, sagte seinerzeit Netanjahu. Es besteht kein Zweifel, dass auch As-Sisi diese Überlebensformel kennt.

Derzeit ist anzunehmen, dass der ägyptische Präsident keinen Krieg mit Israel anstrebt. Eine andere Frage stellt sich aber: Wie stabil ist seine Macht? Man kann nicht sicher sein, dass in diesem Land nicht erneut die Islamisten an die Macht kommen, und das wäre ein Alptraum für den jüdischen Staat.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Cambridge: Antisemitische Witze aus Malaysia

Mahathir bin Mohamad, der judenfeindliche Ministerpräsident des südostasiatischen Staates, ist ein gerngesehener Unterhalter in feinen britischen Akademiker-Zirkeln.

Von Anastasia Iosseliani

Der berühmt-berüchtigte antisemitische Premierminister Malaysias, Mahathir Mohamad, ist anscheinend ein gern gesehener Gast im Vereinigten Königreich. Denn nachdem Mahathir Mohamad erst kürzlich im Debattierklub von Oxford gastierte, eine Rede in der altehrwürdigen Denkfabrik «Chatham House» gehalten hat und sich mit dem Milliardär Sir James Dyson getroffen hat, suchte er nun Cambridge heim. Auch dort durfte er wieder in einer altehrwürdigen Institution, dem Debattierklub von Cambridge, dem ältesten Debattierklub der Welt, sein antisemitisches Gift verbreiten und seine früheren Aussagen wiederholen, wonach wir Juden «hakennasig» und «geldgierig» seien. Dieses Mal fügte er noch ein besonderes Bonmot hinzu, wonach er jüdische Freunde hätte, die nicht «so» seien.

Seine antisemitische Hetze wurde vom Publikum dieser prestigeträchtigen Einrichtung mit Gelächter bedacht. Das Publikum lachte mit, und eben nicht über den antisemitischen Premierminister eines Schwellenlandes, der, wie es scheint, nur nach Europa kommt, um uns Juden zu beschimpfen und das in einem Alter, in dem andere Menschen sich zurücklehnen würden, um ihr Lebenswerk zu genießen und eventuell sich an ihren Enkelkindern zu erfreuen.

Wenn jemand für die Misere Malaysias verantwortlich ist, dann der Mann, der seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts in die politischen Geschicke des Landes involviert ist und nicht die nahezu inexistenten jüdischen Gemeinden Malaysias. Tief in seinem Inneren weiß Mahathir Mohamad das und trotzdem treibt ihn das irrationale, antisemitische Ressentiment an, das ihn immer wieder dazu zwingt uns Juden für alles Elend der Welt im Allgemeinen und der Ummah im Besonderen verantwortlich zu machen.

Mit all den verfügbaren Informationen fragen sich zivilisierte Menschen bestimmt, warum der antisemitische Regierungschef des Schwellenlandes Malaysia überhaupt in solche prestigeträchtigen Institutionen wie in die Debattierklubs von Oxford und Cambridge eingeladen wird? Nun, als jüdische Zeitungen und jüdische Studenten beim Debattierklub von Cambridge nachgefragt haben, warum dieser auch den berühmt-berüchtigten Antisemiten Mahathir Mohamad seine Thesen verbreiten ließ, beriefen sich die Verantwortlichen auf die Redefreiheit.

Das Abstoßendste an der ganzen Geschichte ist, dass das Publikum über die antisemitischen Aussagen von Mahathir Mohamad herzlich gelacht hat. Seinen Antisemitismus findet man auf der Insel offenbar so amüsant, dass man diesen Mann immer wieder einlädt.



Malaysias Regierungschef Mahathir bin Mohamad und der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Mike Pence

Das Verhalten der Verantwortlichen in Oxford und Cambridge lässt sich nur mit dem sogenannten «Rassismus der niedrigen Erwartungen» erklären, d.h. das Publikum in Cambridge und Oxford erwartet von einem Malaysier nicht die gleichen zivilisatorischen Standards wie von einem Europäer. In Kombination mit den antisemitischen Ressentiments, die tief in Europa verwurzelt sind, entsteht daraus ein gefährlicher, antisemitischer Cocktail.

Wenn wir Juden diese Tatsachen kritisieren, heißt es von Seiten der Veranstalter, es gehe ihnen um die Redefreiheit. Als ob man die Redefreiheit nur

verteidigen könne, indem man konstant einem notorischen Antisemiten ein Podium gibt.

Es ist generell eine zeitgenössische Unsitte jedem Subjekt, das gesellschaftlichen Rückschritt befürwortet, eine Plattform für seine Aussonderungen zu geben, denn es macht sehr wohl einen Unterschied, ob Mahathir Mohamad eine Obstkiste im Hyde Park als Plattform für seine Agitation nutzen kann, oder die Möglichkeit bekommt in altehrwürdigen Universitätsstädten zu wirken.

Zu denken gibt mir auch: Jemanden wie Mahathir Mohamad lädt man offensichtlich gerne ein,

obwohl er antisemitischen Unsinn verbreitet. Haben es prestigeträchtige, englische Institutionen in vergleichbarer Zahl auch Islamkritiker eingeladen und diese sprechen lassen? Ich glaube kaum. Ich erinnere mich, wie der britisch-iranische Frauenrechtlerin und Säkularistin, Maryam Namazie, verboten wurde an der Warwick-Universität einen Vortrag zu halten, weil Stundenden der Ex-Muslima «Islamophobie» vorgeworfen haben.

Dies zeigt, dass das Gerede von der angeblichen Verteidigung der Meinungsfreiheit an britischen Universitäten weitgehend leeres Gerede ist.

Verzichten die „Fridays for Future“-Anhänger wirklich auf die Annehmlichkeiten der Ferien-Fliegerei?

Die „Klima-Schüler“ leben ebenso wenig nach ihren eigenen ökologischen Maximen wie der Vielflieger F.W. Steinmeier, der sogar zur Klima-Demo per Flugzeug aus Berlin anreist und auch bei anderen Inlandsreisen wie viele seiner Kollegen nicht aufs Fliegen verzichtet.

Von Roger Letsch

Was genau beklatschte Präsident Steinmeier eigentlich, als er in Berlin in den Flieger stieg, nach Neumünster jettete, nur um dort die Freitagsschulschwänzer unter schwedischer Flagge zu besuchen? Und was genau findet die Kanzlerin gut, wenn sie die Jugendlichen für ihr Engagement lobt? Ganz einfach: die Jugendlichen protestieren ja nicht gegen die aktuelle Politik, sie feuern sie wie Cheerleader vom Spielfeldrand an! Demonstrationen gegen die Politik unserer Regierung treffen nicht auf derart viel Wohlwollen. Das fast einhellige Politikerlob für „Fridays for Future“ steht in starkem Kontrast zu den spöttischen Bemerkungen der Kritiker, deren praktische Vernunft vor den Folgen des Schulschwänzens warnt und die negativen Effekte höher gewichtet als den praktischen Nutzen der Demonstrationen.

Die anerzogene deutsche Sensibilität in Bezug auf den Umweltschutz – einer der wenigen begrüßenswerten Folgen grüner Politik längst vergangener Zeiten – erkennt die Brüche im Handeln der Klimaretter von heute sehr klar. Denn unterstellen wir für einen Moment, dass Klimaschutz als ins Gigantomantische übersteigter Umweltschutz tatsächlich machbar wäre, dann sind doch letztlich fast alle in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen aus der Werkzeugkiste der alten, grünen Umweltschützer entlehnt: Konsumverzicht, Industrieumbau, Verbote, Grenzwerte, Strafen. Konsumverzicht jedoch ist, wie der Name schon verrät, eine individuelle Entscheidung, die keiner staatlichen Regularien bedarf. Zur Diät bei Flugreisen, Klamotten, Kommunikationstechnik und anderen liebgewonnenen und selbstverständlichen Kommoditäten mit großer CO₂-Affinität ist jedoch offenbar niemand bereit – auch die freitags demonstrierenden Schüler nicht.

Ist es da ein Wunder, dass die Kritiker genüsslich die Worte der selbsternannten Klimaretter neben deren Taten legen, und hohnlachend darauf verweisen, dass Grüne Weltretter wie Katharina Schulze um die Welt jetten, dass es nur so kracht oder die Freitagsdemos der Schüler eine breite Müllspur in den Städten hinterlassen, die lieben Kleinen von den Eltern mit dem Auto zur Klimarettung chauffiert werden und anschließend die McDonalds-Filialen der Innenstädte leerfuttern? Zur Erinnerung: die Idee, die Heizung am „Warmer-Pulli-Tag“ herunterzuregulieren, um das Klima zu retten, wurde in den Schulen initiiert, nicht in den eigenen behaglichen heimischen Zimmern der Jugendlichen. Dort brennt munter das Licht und wartet die PlayStation im Standby auf den „Fridays for Future“-Heimkehrer. Diese Inkonsistenz ist jedoch nur ein oberflächliches Zeichen dafür, dass hier gerade etwas gewaltig aus dem Ruder läuft. Entscheidender ist, an wen sich die Handlungsaufforderung von „Fridays for Future“ tatsächlich richtet. Diese Bewegung ist nämlich nur die Simulation einer Grassroots-Bewegung, vielmehr fordert sie ein gnadenloses Top-Down-Durchgreifen der Macht.

Handlungsaufforderung an die Politik, nicht an den Bürger

Die Flagellanten, die im Hochmittelalter durch deutsche Städte zogen, um das vorgeliebte sündige Volk zu Reue, Buße und



Greta Thunberg trifft den Papst.

Umkehr zu gemahnen, schlugen sich noch selbst. Nur Reflektion und innere Einkehr überließen sie dem Publikum. Die moralische Peitsche der Klimakids richtet sich nur mittelbar gegen sich selbst, der Adressat ist die Politik. Die soll „endlich handeln“, Verbote erlassen, CO₂-Emissionen verbieten, die Industrie umbauen und den Verkehr gleich mit. Es handelt sich also zu 100 %

und ihre Apparate.

In einer freiheitlichen, von Individualismus und unveräußerlichen Bürgerrechten geprägten Gesellschaft ist dies nicht zu erreichen. Der „totale Systemwechsel“, hinter dessen Plakaten die Jugend folgerichtig marschiert, ist nichts anderes als die „Überwindung des Kapitalismus“ und der Wechsel zum Sozialismus. Verbunden mit der

Politik der Klimarettung tatsächlich führen möchte: in Etatismus und Sozialismus und eine Zeit, in der sogar Todesstrafen für ideologische Abweichler (hier für „Klimaleugner“) wieder denkbar sind. Aus Angst, keine Zukunft zu haben, rennt die Jugend also sehenden Auges in Bevormundung und staatliche Knechtschaft. Wir sollten dankbar dafür sein, dass uns die Jugend noch rechtzeitig die Werkzeuge sehen lässt, mit denen sie ihre Zukunft vom Staat gestalten lassen möchte. Denn zum Glück gibt es genügend Menschen, die die Wirkung von Hammer und Sichel noch am eigenen Leib zu spüren bekommen haben.

Wie dem Leser bekannt sein dürfte, gehöre ich zu jenen, die den Klimawandel für eine Naturkonstante halten, mit der die Menschheit fertig werden kann, wie sie dies seit tausenden Jahren schon tut, als sie noch Geister und Götter für derlei Unbill verantwortlich machte und zähneknirschend aber stoisches ertrug, was die Natur unbestellt lieferte. Wenn ich jedoch wählen müsste zwischen dem sozialistischen Umbau der Welt und einer 3°C-Erwärmung der Erde, deren Folgen eine innovationsfreudige und leistungsfähige Marktwirtschaft und frei denkende und handelnde Menschen in den Griff bekommen müssen, setze ich meine Hoffnungen nicht auf den immer wieder gescheiterten Sozialismus, auch wenn er im Gewand der Klimarettung daherkommt. Die Klimaalarmisten hätten ohne den Kapitalismus weder die Technologie noch die Mittel oder die Begriffe, mit denen sie heute an der Abschaffung der Marktwirtschaft und der Rettung des Klimas arbeiten.

PS: „Follow the Money“ ist natürlich auch bei „Fridays for future“ ein wichtiger Hinweis. Dazu kommt meine Aufforderung, bei deutschen Politikern auch der Schleimspur zu folgen, die diese bei ihrer Lobhudelei hinterlassen. Das Schlimmste nämlich, was dem Anliegen der Klimakids geschehen konnte, war es, sich argumentativ von Anton „Ähm-Ähm“ Hofreiter verteidigen lassen zu müssen. Dieses Hofreiter-Interview mit dem DLF am 15. März 2019 sollten Sie sich unbedingt anhören, herunterladen und gut aufbewahren.

Die Kinder sind also gewissermaßen die Cheerleader und Herolde jener Politiker, die seit Jahren von Klimagipfel zu Klimagipfel tingeln und dort nichts erreichen, weil nichts zu erreichen ist.

um die Be- und Verstärkung genau jener Agenda, die seit Jahren auf der politischen Tagesordnung steht. Die Kinder sind also gewissermaßen die Cheerleader und Herolde jener Politiker, die seit Jahren von Klimagipfel zu Klimagipfel tingeln und dort nichts erreichen, weil nichts zu erreichen ist. Das Phänomen, dass Demonstrationen, statt Regierungskritik zu üben, im Grunde ihre Anhänglichkeit an die Agenda der Obrigkeit bekunden und die Regierung in ihrem Handeln noch bestärken und anfeuern, kennt man sonst vor allem aus Despotien.

Kommunistischer Systemwechsel als Endziel

Im Gegensatz zur Politik, die uns seit Jahren das Märchen vom ökologischen Wandel in ein emissionsfreies Utopia bei gleichzeitiger Bewahrung des westlichen Wohlstandes erzählt, zählen die Jugendlichen eins und eins zusammen und sind längst konsequent auf dem Marsch in den totalen Systemwechsel. Sie haben erkannt – und das ist womöglich das größte Verdienst der Freitagsmärsche – dass ihre Ziele sich nur umsetzen lassen, wenn der regulierende Staat Zugriff auch noch in die letzten und privatesten Winkel des Lebens seiner Bürger erlangt – und die Politik würde nur zu gern liefern, bedeutet jede Regulierung, jede Initiative und jedes neue Ministerium doch einen Machtzuwachs, neue Steuern und neue Ämter-Pfründe für die Parteien

geforderten Decarbonisierung wäre aber sicher nicht ein venezolanischer oder sowjetischer Weg denkbar, denn die können oder konnten sich überhaupt nur aufgrund des Verkaufs böser fossiler Energie über Wasser halten. Die logische Konsequenz gliche am Ende wohl eher dem Kambodscha Pol Pots, also einer steinzeitlich-agrarischen Gesellschaft der absoluten Gleichheit mit kleinem aber blutigem CO₂-Fußabdruck.

Das gesellschaftliche Experiment des Sozialismus steht im Kleinen natürlich jedem frei und wenn sich, sagen wir fünfzig Schüler einer Berliner Realschule dazu entschließen sollten, eine Kommune von selbstversorgenden Biobauern katharsischem Konsumverzicht zu gründen und dieses Modell Furore machen sollte, ist nichts dagegen zu sagen. Ebenso wie gegen dessen sehr wahrscheinliches Scheitern, welches dann nur die paar Handvoll seiner Anhänger beträfe. Doch die Schüler fordern den Abriss der Marktwirtschaft unmittelbar von der Politik, also von oben und am besten gleich für die ganze Welt. Von Freiwilligkeit ist da keine Rede mehr und die Spur der Verwüstung in der Gesellschaft im Falle des sehr wahrscheinlichen Scheiterns wäre allumfassend.

Etatismus: der Staat soll es machen, er weiß es besser

Gretas Klimakinderkreuzzug ist offenbar dorthin abgelenkt, wohin uns die Poli-

Islamische Integrationsverweigerung: Lieber Gegen-Bürger als Mit-Bürger

Nachdem schon der Begriff „Zentralrat“ von den Juden durch die Muslime plagiiert wurde, fordert Aiman Mazyek nun auch noch einen eigenen Bundesbeauftragten – zum Schutz der Bevölkerungsgruppe, aus deren Mitte die meisten Terrorangriffe gegen unsere Gesellschaft und gegen jüdisches Leben verübt werden.

Von Thilo Schneider

Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, fordert einen eigenen „Bundesbeauftragten gegen Muslimfeindlichkeit“. Unterstützt wird er hierbei – wie könnte es anders sein – von Katja Kipping von der Linkspartei. Sie begründet ihre Unterstützung damit, dass „der Islam auch in Deutschland zu Hause sei, weswegen es einen Beauftragten gegen Muslimfeindlichkeit geben sollte“. Weiter „wäre es ein Ausdruck unserer freiheitlichen Grundordnung, dass nicht nur alle hier lebenden Menschen ihren Glauben praktizieren können, sondern dass wir Gläubige auch vor Hass und Diffamierung schützen.“

Dazu sekundiert Filiz Polat, der bei der Bundestagsfraktion der Grünen „zuständig für den Islam ist“, die Forderung des Zentralrats sei „mehr als nachvollziehbar“, weil „antimuslimischer Rassismus“ „trotz zunehmender Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland insgesamt noch eine unzureichende Wahrnehmung“ erfahre. Es bedürfe seiner Ansicht nach „einer gesamtgesellschaftlichen Debatte und einer Solidarisierung gegen Islamfeindlichkeit“.

Neben der didaktischen Schwierigkeit, dass es keinen „anti-islamischen Rassismus“ geben kann, da es keine „islamische Rasse“ und auch keinen singulären „islamischen Staat“ gibt, vertritt der „Zentralrat der Muslime“ gerade einmal höchstens 20.000 Muslime der insgesamt 4,5 Millionen Muslime in Deutschland und damit nicht einmal 1 %. Dafür brüllt er aber am lautesten. Angeschlossen an den „Zentralrat der Muslime“ ist unter anderem die DITIB, die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“, die wiederum der dauerhaften Leitung, Kontrolle und Aufsicht des „staatlichen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten der Türkei“ unterliegt. Dieses obskure „Präsidium“ ist direkt dem türkischen Präsidenten Erdogan unterstellt.

Zum Vergleich: Der Zentralrat der Juden vertritt mit 100.000 Mitgliedern über die Gemeinden und Landesverbände etwa 95 % aller in Deutschland lebenden Juden.

Wie halten Sie's mit der Scharia, Herr Mazyek?

Nun ist es ja erlaubt, dass in der Bundesrepublik jede noch so kleine Organisation irgendwelche Forderungen stellen darf und auch soll. Nur hat allein der FC Bayern München über 200.000 Mitglieder und damit mehr als zehnmals so viel Mitglieder wie der „Zentralrat der Muslime“, tritt aber weit seltener und weniger aggressiv auf – vom ADAC und dem Tierschutzbund einmal ganz zu schweigen. Es wäre allerdings schön und auch zu erwarten, wenn sich eine derartige Organisation fest auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befinden würde. Die Scharia, von der sich der Zentralrat der Muslime bisher lieber nicht eindeutig, sondern mit viel Verschwebelungen halbblau distanziert hat, gehört hierzu definitiv nicht.



Aiman Mazyek, Vorsitzender des „Zentralrats der Muslime“.

Worum geht es Mazyek tatsächlich? Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es Übergriffe auf Moscheen gibt oder Muslime Opfer von Angriffen werden – ob diese stets islamfeindlich konnotiert sind, sei dahingestellt. Aber selbst hierfür gibt es ja einen Bundesbeauftragten, zuständig wären hier entweder die „Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration“, Anette Widmann-Mauz (CDU), wahlweise auch der „Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten“ und vielleicht sogar der „Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit“, der, nebenbei bemerkt, diesbezüglich mit Sicherheit mit Israel weniger Arbeit als beispielsweise mit dem Iran oder auch der Türkei hat.

Nein, Mazyek geht es um etwas Anderes: Ein adäquat dem „Antisemitismusbeauftragten“ geschaffenes Amt des „Anti-Islamfeindlichkeitsbeauftragten“ wäre ein weiterer Schritt, den „zu Deutschland gehörenden“ Islam auf die gleiche Stufe wie das Judentum in Deutschland stellen – ohne jedoch weder dessen Geschichte, noch dessen kulturelle Verflochtenheit, noch dessen opfervolle Rolle zu haben.

Mazyek folgt damit dem Duktus, dass die die Muslime eine ebenso verfolgte religiöse Minderheit wie die Juden seien und die dringend des Schutzes des Staats bedürfen. Allerdings reden wir hier auch von Menschen, die am „Al-Quds-Tag“ „Jude Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ und „Kindermörder Israel“ skandieren, und ihren religiös und kulturell bedingten Antisemitismus als „Kritik an der Politik Israels“ verbrämen.

Er benennt nicht, dass die muslimische Minderheit in Deutschland und weltweit nicht selten bei der Verfolgung oder Diffamierung anderer religiöser Gruppen auf der

Täter- statt auf der Opferseite steht. Er lässt ungenannt, dass viele Muslime durch ihre Bekleidung von Kopftuch bis Burka ihre offensichtliche Integrationsverweigerung bekunden und noch nie jemand zum Ablegen des Kopftuches aus Angst aufgefordert werden musste.

Mazyek übergeht in seiner Forderung auch geflissentlich den Unterschied zwischen Judentum und Islam in Deutschland. Es gibt seitens der Juden keine Terroranschläge auf Nichtjuden in Europa. Zudem gibt es wohl keine Glaubensgemeinschaft, die sich schneller in eine Gesellschaft integrieren lässt als das Judentum. Natürlich auch mit mancher Marotte und manchen Segregationsbestrebungen. Aber nie in der Ausprägung einer resoluten Parallelgesellschaft. Nie mit dem Wunsch behaftet, die Nichtjuden mögen sich jüdischen Lebensgewohnheiten anpassen oder „kulturelle Rücksichten nehmen“. Juden waren von sich aus immer Mit-Bürger. Nie Gegen-Bürger.

Wenn eine Minderheit eine andere Minderheit bedrängt

Im Gegenteil zur Kippa ist es in Deutschland kein Sicherheitsrisiko, Kopftuch zu tragen. Im Gegenteil ist es in manchen Stadtteilen und Städten für junge Frauen heute riskanter, keines zu tragen. Das alles sieht aber Aiman Mazyek nicht – oder er will es nicht sehen. Und es passt ihm nicht, wenn Juden nicht nur vor dem rechtsradikalen, sondern auch vor dem islamischen Antisemitismus warnen.

Nun mag es ja eine „zunehmende Islam- und Muslimfeindlichkeit“ in der Bevölkerung geben. Diese mag sich auch in Übergriffen auf Moscheen und Muslime äußern. Und, um es ganz klar zu sagen: Gewalt ist niemals ein Mittel der politischen oder auch nur religiösen

Auseinandersetzung. Aber exakt hierfür gibt es bereits zwei „Bundesbeauftragte“, nämlich einen Justiz- und einen Innenminister. Und vor Ort die Staatsanwaltschaft.

Ein weiterer Unterschied zwischen Muslimen und Juden in Deutschland – neben der Tatsache, dass es keine jüdischen Demonstrationen zur Auslöschung „Palästinas“ gibt – ist der: Speziell in Deutschland ist es den Leuten relativ egal, ob ihr Nachbar oder Arbeitskollege ein Muslim ist. Solange der sich anständig benimmt, seine Arbeit macht und seinen Kollegen und Mitwohnern nicht übermäßig durch seine Religionsausübung die Nerven raubt. Benimmt er sich allerdings fordernd, rücksichtslos und unsensibel, dann sieht er sich, wie jeder Rabauke, Ablehnung ausgesetzt.

Das ist aber kein Antiislamismus, sondern Antiidiotismus. Das ist bei Juden etwas anders: Ein Jude in Deutschland sieht sich heute neben den in rechten und linken Randgruppen üblichen antisemitischen Anfeindungen auch einer gewissen scheuen Neugierde und – tatsächlich – Scham und einer Art „schlechtem Gewissen“ seitens Nichtjuden ausgesetzt. Wenn er sich als Jude outet. Der Umgang zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland ist heute immer noch von Ressentiments, dem Holocaust und einer damit einhergehenden gewissen exotischen Sichtweise geprägt. Juden sind, anders als Muslime, niemals „egal“; man mag sie – oder eben nicht. Aus keinem bestimmten Grund – nur, weil es eben Juden sind.

Und exakt deswegen gibt es einen Antisemitismusbeauftragten und keinen „Anti-Islamfeindlichkeitsbeauftragten“.

Die Spaltung der Gesellschaft durch die Grünen

Wie eine Partei die Uhren ins vor-aufklärerische Zeitalter zurückstellt, in dem Himmelsdeutungen, Aberglaube und düstere Weltuntergangs-Fantasien mehr zählen als Fakten.

Von Dushan Wegner

Die Grünen sind stärkste Partei in der ARD-Sonntagsfrage. Machen wir uns nichts vor: Es ist das Zeichen eines Auseinanderbrechens, einer tektonischen Plattenverschiebung in der Gesellschaft.

Pangea (wörtlich: „das ganze Land“) war der letzte Superkontinent dieses Planeten – er existierte im Zeitraum von etwa 300 bis 150 Millionen Jahren vor heute – die Zahlen variieren, je nach Wissenschaftler. Pangea teilte sich auf und die Erdplatten wanderten auf der Erdoberfläche los, bis sie da waren, wo wir sie heute kennen und – so noch erlaubt – lieben.

Damals, als das erste Pangea auseinanderbrach, konnte es für Tierarten entscheidend sein, so mutmaßt mein einfacher Verstand, auf welcher Erdplatte sie sich gerade aufhielten, als es auseinanderging. (Ich denke hier an den Mauerbau durch Berlin, als die Bürger plötzlich feststellten, dass sie ab sofort in Freiheit oder im Sozialismus lebten.)

Wenn man, damals, als Pangea sich trennte, eine Maus war, wollte man nicht dort hängenbleiben, wo es besonders kalt war, denn das Fell von Mäusen ist zu dünn für die Antarktis. Viele Mäuse hatten das Pech, dort zu leben, wo auch Katzen wohnten, und wo sie bis heute gemeinsam wohnen. Manche Mäuse traf das Schicksal, dort zu leben, wo auch die Elefanten wohnen, und diese Mäuse mussten immerzu aufpassen, nicht zertrampelt zu werden.

Trump weigerte sich

Laut aktueller „Sonntagsfrage“ der Grünen-PR-Abteilung (ich meine: tagesschau.de, 6. Juni 2019) steht die Nie-wieder-Deutschland-Partei aktuell bei 26 Prozent bundesweit, also vor der CDU/CSU (25 Prozent). Die SPD rutscht übrigens auf 12 Prozent, und damit 1 Prozentpunkt hinter die AfD.

Laut einer anderen aktuellen Umfrage – welchen Wert man ihr auch beimisst – präferiert immerhin ein Viertel der Deutschen angeblich eine Grün-Rot-Rot-Koalition, Staatsfunk-Liebling und Grünen-Chef Robert Habeck soll laut Umfragen vor der CDU-Kandidatin „AKK“ stehen, die (auch in meiner Einschätzung) eigentlich als nächste Default-Kanzlerin gilt/galt.

Grundsätzliche Verschiebungen politischer Machtverhältnisse sind immer, und ganz besonders in der Demokratie, zugleich auch Anzeichen von Veränderungen in der Gesellschaft selbst. Bereits das Reden von einer grünen Kanzlerschaft ist bereits eine tektonische Plattenverschiebung – genauer: es ist das Zerbrechen eines Kontinents-in-Gedanken und der Beginn des Auseinanderdriftens.

Ein Symbol für das Auseinanderdriften von Anti-Aufklärung auf der einen Seite, und Pragmatik-in-eigener-Sache auf der anderen Seite, erlebten wir dieser Tage beim Aufeinandertreffen von Angela Merkel und Donald Trump in Portsmouth (Großbritannien).

Einige der Staatschefs der am „D-Day“ beteiligten Nationen waren zum



Die grüne Kanzler-Hoffnung Robert Habeck

75. Jahrestag zusammengekommen – Putin war diesmal nicht eingeladen, anders als übrigens 2014, zum 70. Jahrestag. Am Rande sollte es eine Foto-Gelegenheit mit Merkel und Trump geben; Merkel trat verwirrt und unsicher auf, wie eine Supermarkt-Filialeiterin, die zum ersten Mal den Vorstandschef trifft – was für eine Peinlichkeit für Deutschland! – Trump aber ließ sie kältestmöglich abblitzen, er erlaubte sich sogar einen Witz auf ihre Kosten bezüglich der Gläser, in den Merkel naiv einstieg – und er weigerte sich, ihr vor Kameras die Hand zu geben.

Merkels Stichelei

Alles hat Kontext. Vor wenigen Tagen noch hatte Merkel in Harvard in einer eher peinlich floskelhaften (und von dortigen Eliten vielbeklatschten) Rede ihre Version der jüngeren Geschichte vorgestellt.

Auf eine Regierungsanfrage der AfD ist nun herausgekommen, dass Merckels Chemnitzlüge sich tatsächlich auf die gelogenen Medienberichte und ein zurechtgeschnipseltes Antifa-Video stützte, sprich: dass die Bundesregierung keineswegs über tiefere Informationen verfügte, dass also Maaßen die Wahrheit sagte, und dass Merkel also die „gefühlte Wahrheit“ von teils links-extremen Social-Media-Accounts übernahm.

Als Reaktion auf die Wahlerfolge der Grünen will Merkel, wieder mal, den Kurs ihrer Regierung wechseln; ab sofort solle es „kein Pillepalle mehr“ bei

Klimapolitik geben – einerseits behauptet sie also im Umkehrschluss, bislang „Pillepalle“ betrieben zu haben, andererseits bekräftigt sie damit, dass die einzige Konstante ihrer Politik das Fehlen einer solchen ist.

Gefühlte Fakten vs. Realpolitik

Wir erleben eine neue Verschiebung unserer Erdplatten, ein Auseinanderdriften westlicher Denkweisen. Merkel und die Grünen stehen für den Teil, der „Fakten fühlt“ und dessen Ethik nie weiter als bis zum unreflektierten Bauchgefühl reicht, wie viel Leid, wie viel Ungerechtigkeit und Tote es auch später fordern mag. Trump steht – bei all seiner Fehlbarkeit – für den realistischen, demokratischen West-Politiker, der seine Prioritäten geordnet hat, beginnend mit seinem Land, dessen Sicherheit, der Wirtschaft und dem Wohl der eigenen Bürger.

Unser Pangea teilt sich, und damit ist unser Debattenkonsens gemeint, wonach wahr ist, was die Realität abbildet, und ethisch gut zu sein erfordert, was die Prüfung über das spontane Bauchgefühl hinaus besteht.

Debatte ist abstrakt, ich weiß, und „abstrakt“ klingt, als wäre es nicht eigentlich, als wäre es unecht, doch so zu denken wäre ein folgenreicher Irrtum – auch der Kontostand ist abstrakt, die Liebe und die Ethik sowieso, und alle drei üben ganz erheblichen Einfluss auf unser Leben aus, sprich: sie sind abstrakt, aber real und relevant.

In Deutschland wurden am Donners-

tag mehrere Wohnungen durchsucht, weil die Betreffenden etwas vermutlich Verbotenes im Internet gepostet hatten. Unter der Überschrift „Vierter bundesweiter Aktionstag gegen Hasspostings“ schreibt das Bundeskriminalamt:

„Obwohl das Verfassen von Hasskommentaren kein Kavaliersdelikt ist, kommt es im Internet, insbesondere in den sozialen Netzwerken, häufig zu hasserfüllten und damit auch strafbaren Beiträgen.“

(Internet-Präsenz des Bundeskriminalamtes am 6. Juni 2019)

Der schwammige Begriff „Hass“

Man muss kein Jurist sein, um sich hier am Kopf zu kratzen, doch auch Juristen haben Fragen angemeldet: „hasserfüllten und damit auch strafbaren“? – Nach welchem Gesetz ist es strafbar, zu sagen, „ich hasse Faschismus“, „ich hasse Lügen“, oder „ich hasse Spinat“? Ist etwas strafbar, indem es hasserfüllt ist? Mit solchen PR-Formulierungen, die sich Orwell kaum perfider hätte ausdenken können, werden unter Umständen einige Bürger eingeschüchtert, ihre Kritik an Missständen zu äußern, also ein wichtiges Grundrecht auszuüben.

Auf Nachfrage, was genau denn den „Hass“, also eine Emotion, strafbar mache, erklärt das Bundeskriminalamt via Twitter:

„Wenn Hass so ausgelebt wird, dass er einen Straftatbestand erfüllt, ist er strafbar.“

(@bka.de, 6. Juni 2019)

Einigen fällt hier wahrscheinlich

Büchners Woyzeck ein, worin ebenso klug und weise wie vom Bundeskriminalamt konstatiert wird:

„Moral ist, wenn man moralisch ist.“
(aus: Woyzeck, von: Büchner)

Ähnliches gilt für das Verspeisen von Kuchen. Ähnliches gilt für alles: Das Strafbare ist strafbar, doch warum wendet eine Behörde, welche wohlgerne die Mittel hat, Menschen einzuschüchtern, den keinesfalls juristisch eindeutig definierten Propaganda-Begriff „Hass“ an? – Zieht das Bundeskriminalamt nicht in Betracht, wie solche Unschärfe die demokratische Debatte und damit die Demokratie selbst beschädigen könnte? – Von der gefühlten Wahrheit zum gefühlten Recht ist es ein kleiner Schritt. Wieder gilt: Es ist ein Skandal, dass es kein Skandal ist.

Wie diskutiert man mit Behörden, deren Worte in der Bedeutung changieren, die sich in Tautologien und Umleitungen flüchten? Wie argumentiert man mit Parteien, für die jede Kritik „rechts“ und „Hass“ und damit „Nicht-Meinung“ ist? Wie überzeugt man Beamte, die es besser wissen müssen, die es wahrscheinlich besser wissen, aber denen es egal ist?

Wir erleben eine tektonische Plattenverschiebung in politischer Kultur, in der Debatte und in der Gesellschaft, doch nicht nur in Deutschland.

Der Westen macht in seiner Debattenkultur Rück- statt Fortschritte

Der „aufgeklärte Westen“ unterschied sich von anderen Kulturkreisen durch Grundwerte wie die Suche nach Wahrheit, und die Verhandlung ethischer Werte in Debatte und Argumentation – und im Zweifelsfall die Aufrechterhaltung des „agree to disagree“. Der Westen-im-Geiste bricht auseinander. Es ist längst nicht mehr Konsens, dass man als Westen überleben will, es ist längst nicht mehr Konsens, dass das menschliche Leben oder auch nur seine Würde der höchste Wert ist – Linke machen immer häufiger keinen Hehl daraus, dass sie Abweichlern grundgesetzliche Grundrechte absprechen. Spätestens seit sogenannte „Umweltaktivisten“ die Aufhebung demokratischer Prinzipien aufgrund von Klimapanik fordern, ist auch die Demokratie selbst wohl nicht mehr Konsens.

Wir waren einst verknüpft durch gemeinsame Werte wie die Kraft des besseren Arguments und simple Logik – all das wird aufgehoben.

Den Elefantenfüßen ausweichen

Jener Teil der Welt, der die gesamte Welt wissenschaftlich und auch wirtschaftlich stark gemacht hat, bricht und driftet auseinander, wie einst die Erdplatten von Pangea.

Ich weiß kaum noch, wie man mit Menschen sprechen soll, die reagieren statt zu denken, die Lob von Autoritäten suchen statt Erkenntnis, welche Moral auf nichts als dem Bauchgefühl im Moment des Aussprechens basieren, welche abweichende Meinung als nicht logisch möglich betrachten (das ist, was „Hass ist keine Meinung“ de facto bedeutet), welche sich in totalitären Denkart gefallen („es gibt nur eine legitime Einstellung“), welche sich und den letzten Anstand opfern, wenn sie dafür nur Teil der Masse sein dürfen („wir sind mehr“). Wie rede ich mit einem, der bereit ist, mein und manchmal auch sein eigenes Kind zu opfern, wenn er dafür nur von den Autoritäten „gut“ und „moralisch“ genannt wird? Das Gemüt des Westen zerbricht in

verschiedene Kontinente, und die Kontinente driften auseinander, und jene Meinungskonzerne, welche die Macht die Trennung voran – wenn China, Russland, Iran, oder wer auch immer sonst ein Interesse an einem inneren Zerschneiden Deutschlands und dann Europas hätten, sie könnten sich kaum eine effektivere Kombination erträumen als ARD, ZDF, Merkel und zum Schlussakt noch die Grünen.

Die Kontinente Gefühl und Argument

Unser Pangea bricht auseinander. Ich

würde alles tun und viel geben, wenn ich nur einen Weg sehen würde, die Kontinente Gefühl und Argument zusammenzuhalten, doch wie soll das gehen? Akteure mit viel Geld und wenig Gewissen treiben via NGOs, Medienbetrieben und ihren Fühlern bis in die Schulen hinein die Hyper-Emotionalisierung und Rückabwicklung der Aufklärung voran – Fühlen-statt-Denken ist einfach und verführerisch – der Realität ins Gesicht zu sehen ist anstrengend, erschreckend und, wenn man unvorsichtig ist, auch gefährlich.

Pangea bricht auseinander, und dieses unser Pangea ist abstrakt; es be-

steht aus Gedanken, aus Werten und aus Regeln für die Debatte. Wir könnten versuchen, die Nur-Fühlenden dafür zu gewinnen, ihre Gefühle an Vernunft, Logik und Fakten zu prüfen, wir könnten versuchen, Pangea zusammenzuhalten, doch lassen Sie uns zugleich sicherstellen, zur eigenen Sicherheit, dass wir uns auf der Erdplatte befinden, auf der wir uns wohl fühlen werden, wenn es doch auseinanderbricht.

Die Maus kann nicht zusammenfügen, was die Elefanten zertrampeln; die Maus hat alle Pfoten voll zu tun, den Elefantenfüßen auszuweichen.



GREGORY'S

JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

TeL030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

„Palästinenser“ hui – Kurden pfui

Kanzlerin Merkel ist gegen einen eigenen Staat für das historisch gewachsene Volk der Kurden, setzt sich aber für die Hergabe jüdischen Landes an das erfundene Volk der „Palästinenser“ ein.

Von Jaklin Chatschadorian

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich vor wenigen Tagen gegen einen separaten Kurdenstaat auf dem Gebiet des Iraks ausgesprochen. Bei einem Besuch in der Harz-Stadt Goslar betonte sie die territoriale Einheit des Iraks und ihre Sorge um den Frieden in der Region; insoweit sei ein Kurdenstaat nicht dienlich.

Die territoriale Einheit des Iraks mag selbstverständlich ein schützenswertes Gut, gar ein deutsches Interesse sein und über die Frage, wie sich ein selbständiger kurdischer Staat auf den Frieden in der Region auswirkt, mag man sich gerne streiten. Mit Blick auf die Leistungen der Kurden im Kampf gegen den islamischen Terrorismus und die Unterdrückung der Kurden durch die islamischen Nachbarvölker ist eine eigene Ruhezone, ein souveräner Nationalstaat legitim – vorausgesetzt, die Interessen der letzten Christen des Irak, der Aramäer/Assyrer als indigene Bevölkerung der Region werden nicht übergangen.

Der zu erwartende Ärger der – mit Deutschland zu eng befreundeten und Kurden regelmäßig unterdrückenden – Staaten Türkei und Iran wiederum kann grundsätzlich gegen ein international anerkanntes Kurdistan sprechen. Dieser Einwand jedoch überzeugt spätestens mit Blick auf die Realität des failed state Irak nicht. Der gesamte Nahe Osten dürfte inzwischen vergessen haben, was es bedeutet, in Sicherheit und Frieden zu leben. Die Erfolge islamistischer Schergen zeigen, dass die bislang Verantwortlichen in der Region weder gewillt noch in der Lage sind, einen langfristigen Frieden zu gewährleisten.

Die Rechtsradikalen freut's

Die Ablehnung Merkels mag zwar weder Trump noch Putin interessiert haben, erfreute dafür aber umso mehr türkische Rechtsradikale. Nationalisten und Nationalislamisten, die sonst kein gutes Haar an der Kanzlerin lassen, weil diese sich nicht in ausreichendem Maße der türkisch-islamischen Selbstüberhöhung unterwirft, konnten sich ihren Applaus in den sozialen Medien nicht verkneifen.

Was wäre eigentlich, wenn Angela Merkel sich von der Idee eines Kurdistans begeistert gezeigt hätte? Wäre eine weitere Welle des türkischen Hasses über Deutschland hereingebrochen? Wie hätte der türkische Präsident reagiert? Hätte man eine neue Flüchtlingswelle fürchten müssen oder eher eine laute Rede über die sogenannte „Islamophobie“ in Deutschland, die einmal mehr dem Terrorismus Hilfe leiste?

Mir persönlich fehlt in der Debatte um das Verhältnis zwischen Kurden und Türken stets der Hinweis, dass Kurden in großen Teilen auch der muslimischen Gemeinschaft zuzuordnen sind. Vielleicht wird dieser Punkt – auch von der Kanzlerin – stets vermieden, weil der gemeine Nationalist mit dieser Frage aus der Bahn geworfen wird.

Nicht zuletzt fehlt der deutschen Bundeskanzlerin in der Frage nach Nationalstaaten grundsätzlich die Weitsicht. Ein kurdischer Staat, der unseren Vorstellungen von Demokratie entsprechen kann, wäre im Idealfall ein Zufluchtsort für viele Menschen, die sich nach Frieden sehnen und damit ein Weg der – namentlich von Merkel befürworteten – „Fluchtursachenbekämpfung“. So ist denkbar, einer



Eine junge Kurdin

solchen, neuen Kraft, Schutz und Hilfe beiseite zu stellen, etwa mit Ägypten oder Griechenland, vielleicht sogar mit Russland – je nach Angebot.

Die Begründung der Kanzlerin bei der Ablehnung der Idee eines neuen Staates

gibt es die Bezeichnung „Palästinenser“ erst seit ihrer Erwähnung in der PLO-Charta 1964.

Es ist beachtenswert, dass diese künstlich geschaffene Gruppe innerislamisch gefeierter Eroberer der Region im Dienste

Koran, nichts mit dem Islam zu tun hätte. Die antisemitische Kurzsichtigkeit geht gar soweit, dass ständig die Verhandlung, der Dialog und das Nachgeben gegenüber terroristischen Vereinigungen eingefordert wird und Israel trotz aller Zugeständnisse als unversöhnlich gilt. Hier erweist sich ein weiteres Mal die von Deutschland zur Staatsräson erklärte deutsch-israelische Freundschaft als Leerformel. Ehrlicher wäre es, die deutsch-islamistische Freundschaft, die sich im Besonderen in dem ständigen Plädoyer für „Palästina“ widerspiegelt, als oberste Maxime staatlichen Handelns einzugestehen.

Schließlich hat nicht einmal die „palästinensische“ Seite (einzelne Araber seien hier ausgenommen) eine dauerhafte Zweistaatenlösung im Sinn. Ihr geht es um die Vernichtung der Allah missfallenden Gesamtheit der Juden. Dieser religiös konnotierte Hass reicht bis in die Anfänge des Frühislam und ist selbstverständlich älter als der Staat Israel. Schaut man sich die Auslöschung des Judentums im Nahen Osten außerhalb Israels an, schaut man auf die bedrohliche Situation kippa-tragender Juden in Deutschland und Frankreich oder auf die Vernichtungsankündigungen aus Teheran bzw. auf die „Al-Quds“-Demonstrationen in Berlin, muss festgestellt werden, dass die Dämonisierung der Juden und in der Folge auch die ihres Staates seitdem nicht an Bedeutung verloren hat.

Man stelle sich vor, Israel würde „Palästina“ gegenüber nachgeben, der Siedlungsbau würde beendet oder gar rückabgewickelt und die, aus Sicht der Kanzlerin dem Frieden dienliche, Zweistaatenlösung würde in Kraft treten. Wie lange gäbe es noch den jüdischen Staat Israel? Wie würde es den jüdischen Israelis gehen? Wer würde diese Menschen vor Vertreibung und Terrorismus schützen, ihre Existenz garantieren? Deutschland?

„ Mit Blick auf die Leistungen der Kurden im Kampf gegen den islamischen Terrorismus ist eine eigene Ruhezone, ein souveräner Nationalstaat, legitim. “

ist besonders bemerkenswert. Sie betont die territoriale Einheit. Ein Rechtsgut, das mit Blick auf Israel weder ihr noch sonst einem Friedensaktivisten je eingefallen sein dürfte. Die Bundesregierung und auch die EU sind nicht einmal in der Lage, sich für die territoriale Einheit der israelischen Hauptstadt Jerusalem auszusprechen.

Eroberer und gleichzeitig Ureinwohner? - Es gibt keine „Palästinenser“!

Dabei würde sich eine Zweistaatenlösung viel eher dem Irak als Israel anbieten. Die Kurden sind eines der indigenen Völker der Region, während es das Volk der „Palästinenser“ so nicht gibt. Letztere sind nachweislich nicht Nachfahren der Kanaaniter. Vielmehr begannen die Anhänger Mohammeds, kurz nach dessen Tod, verstärkt mit der kriegerischen Islamisierung der Levante. Sie eroberten 636 n. Chr. den Gazastreifen im Sieg über die Byzantiner. Ein Jahr später war Jerusalem, erstmals unter arabisch-muslimischer Belagerung. Der Eroberer Umar ibn al-Chattab, kam gebürtig aus Mekka und war Angehöriger des arabischen Stammes der Quraisch. Seine Vorfahren hatten nichts mit den Bewohnern von Kanaan zu tun. Im Grunde

des Islam sein will und gleichzeitig, nach außen, die indigene Bevölkerung dieser, mit Anspruch auf „Rückkehr“ des „ihr gestohlenen“ Landes. Dieser Widerspruch ist der islamischen Denkweise nicht fremd, sondern Ausdruck des Selbstverständnisses. Einmal islamisiertes Land ist dauerhaft angeeignetes Land. So erklärt sich auch die Anspruchshaltung gegenüber Spanien und Portugal: Mit Blick auf Al-Andalus geht es dem Islam um „Rück“-Eroberung islamischen Herrschaftsgebietes, ungeachtet der Tatsache, dass die iberische Halbinsel durch Invasion und Vernichtung des westgotischen Reiches überhaupt erst und unfreiwillig zum Islam kam.

Der „palästinensische“ Staat wird judenfrei sein

Die von Deutschland und der EU für Israel präferierte Zweistaatenlösung ist ein künstliches Konstrukt, der ihren Fürsprechern einen Deckmantel über ihren eigenen Antisemitismus gibt. Geflissentlich wird übersehen, dass die Installation eines „palästinensischen“ Staates auch die Installation eines judenreinen Staates bedeutet. Demonstrativ führt man mit der Kritik am Siedlungsbau eine israelische Aggressivität vor, ganz so als ob der arabische Hass auf Juden nichts mit dem

Der Islam ist rechts

Der Glaube Mohammeds erfüllt die meisten Kriterien einer aggressiven und gewalttätigen „rechten“ Gesinnung – bleibt jedoch dank unserer linken Islam-Anbiederer vom „Kampf gegen rechts“ ausgenommen.

Von Chaim Noll

Wer heute in Deutschland als modern, fortschrittlich, weltoffen gelten will, widmet sich dem „Kampf gegen rechts“. Er wird täglich als allgemeine Parole ausgerufen, damit wir nicht vergessen, den inneren Feind auszuspähen und zu bekämpfen. „Der Verfassungsschutzbericht zeigt klar, wo die größte Gefahr für unsere Demokratie ist“, ließ dieser Tage die Genossin Dreyer, Parteivorsitzende der SPD, verbreiten: „Der Feind steht rechts“.

Bei solchen Feststellungen darf es nicht bleiben, sie müssen in Aktivitäten übergehen, in Anklagen, Ausgrenzungen, juristische Maßnahmen. Aus Steuergeldern alimentierte Einrichtungen wie die „Amadeu-Antonio-Stiftung“ in Berlin und ähnliche Erziehungsvereine nehmen ihre Existenzberechtigung aus dem „Kampf gegen rechts“. Die „demokratischen Kräfte“ haben sich zu einer neuen „Nationalen Front“ zusammengeschlossen, um „rechte Gesinnungen“ zu bekämpfen. Doch was ist damit gemeint? Was ist „rechts“? Wie wird dieser Begriff eigentlich definiert?

Die Internet-Enzyklopädie Wikipedia (und ähnlich die verbreiteten gedruckten Lexika) erklärt:

„Als politische Rechte wird ein Teil des politischen Spektrums bezeichnet. Die Rechte geht von einer Verschiedenheit der Menschen aus und befürwortet oder akzeptiert daher eine gesellschaftliche Hierarchie. Ungleichheit wird deshalb von der politischen Rechten als unausweichlich, natürlich, normal und wünschenswert betrachtet. Hier ist zu unterscheiden zwischen der klassischen Rechten, welche die Ungleichheit durch Erbfolge und Familientradition gerechtfertigt sieht, und der liberalen Rechten, welche Ungleichheit nur dann für gerechtfertigt hält, wenn sie das Resultat eines fairen Wettbewerbs ohne Vorteilsweitergabe an Nachfahren ist.“



Zwei Schwule werden 2005 im Iran zu ihrer Hinrichtung geführt.

Frauen gelten nicht als juristische Person

Unschwer ist zu erkennen, dass die aufgeführten Charakteristika der „klassischen Rechten“ haargenau auf die Grundlagen-Texte des Islam zutreffen. Auf das, was auch für viele Muslime in Deutschland als Basis ihrer Weltanschauung verbindlich ist: Koran, Hadithe und Scharia. Diese Schriften betonen, dass Menschen durch Gottes Willen, also von Natur, ungleichwertig sind, daher das gesellschaftliche Leben auf einer vorherbestimmten Hierarchie beruht: Im Koran gibt es Menschen erster Klasse, die gläubigen muslimischen Männer, und niedere, entsprechend rechtlosere Klassen wie Frauen, dhimmi und „Ungläubige“.

Aussagen über deren Rechtlosigkeit gehen soweit, dass sie getötet werden dürfen – wegen der bloßen „Versuchung“, die

sie für die Menschen erster Klasse, die „Gläubigen“ bedeuten (Sure 2, Vers 191). Frauen gelten nicht als juristische Person, bei Ungehorsam sollen sie gezüchtigt werden (Sure 4, Vers 34). Fremdenfeindlichkeit ist eine der Grundlagen des Koran, der Hadithe und der islamischen Gesetzestexte. Gegenüber „Ungläubigen“ gilt keinerlei Toleranz. Sie sollen geschlagen oder getötet, wenigstens unterworfen und verklavt, im günstigsten Fall zu Schutzgeldzahlungen gezwungen werden. Der Islam ist per definitionem eine klassisch rechte Ideologie.

Ich spare mir weitere Beispiele für das zutiefst reaktionäre Menschenbild und Gesellschaftsmodell des Koran, seine Frauenverachtung, seinen Fremdenhass, seine ausgeklügelten Formen von Unterdrückung und Ausbeutung, seine Verherrlichung des Krieges und jeder

anderen Form von Gewalt. Ich habe, wie viele andere Kenner dieses Schrifttums, in den letzten zehn Jahren ausführlich darüber publiziert. Doch mit wenig Wirkung. Denn seltsamerweise wird diese rechte Ideologie von den selbst akklamierten „Kämpfern gegen rechts“ großzügig toleriert.

Verständnis für ein reaktionäres Weltbild

Und nicht nur das: Sie rufen unermüdlich dazu auf, für das reaktionäre Welt- und Menschenbild des Islam Verständnis zu entwickeln, es in die westliche Gesellschaft zu „integrieren“. Sie schicken deutsche, französische, holländische Schulklassen in Moscheen und Koranschulen, damit sie möglichst früh mit dieser inhumanen Gesinnung in Berührung kommen.

Eine staatlich gut finanzierte Propaganda-Industrie bemüht sich darum, die menschenfeindlichen, misogynen, xenophoben und judenhasserischen Aussagen der islamischen Grundlagenschriften zu beschönigen, zu vertuschen und zu leugnen. Und uns einzureden, der Islam wäre etwas anderes als eine im klassischen Sinne rechtsradikale Gesinnung.

Deshalb wird der „Kampf gegen rechts“ in Deutschland scheitern. Er basiert auf einer Lüge. Man kann nicht die eine „Rechte“ bekämpfen und die andere lieben. Man kann nicht erfolgreich gegen Neonazis vorgehen und zugleich muslimische Extremisten und Kriminelle dulden. Im Gegenteil: Lässt man die arabischen Clans in den Städten regieren, züchtet man Neonazis. Daher meine Voraussage: Solange in Deutschland die staatsoffizielle Heuchelei gegenüber dem Islam anhält, solange wird auch die Neonazi-Szene weiter wachsen. Und damit die Gewalt von beiden Seiten. Der „Kampf gegen rechts“ bleibt billige Propaganda, ein Instrument zur Einschüchterung der eigenen Bevölkerung.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit. Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Nur massive Kritik verhindert im letzten Moment die Einladung von BDS-Aktivisten zum Evangelischen Kirchentag

Auf dem Ticket der Linkspartei-Stiftung sollten ursprünglich zwei besonders antisemitische BDS-Referenten auf dem etablierten christlichen Kongress reden.

Von Stefan Frank
(Redaktion Audiatur)

Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEK), der kürzlich in Dortmund stattfand, sollten am Freitag, 21. Juni, zwei „umstrittene Referenten“ auftreten: Ulrich Duchrow und Farid Esack, eingeladen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linkspartei.

Am Donnerstagnachmittag gab die Leitung des DEK bekannt, dass die Veranstaltung nicht stattfindet. In einem Tweet erläutert sie:

„Wir haben als Kirchentag eine klare Haltung und haben deshalb die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgefordert, die umstrittenen Referenten auszuladen oder die Veranstaltung abzusagen. Die Stiftung hat die für Freitag geplante Veranstaltung abgesagt.“

Das ist eine gute Nachricht – und sicherlich dem Blog „Ruhrbarone“ mitzuv verdanken. Dieser hatte am Dienstag gemeldet:

„Auf dem evangelischen Kirchentag ... werden gleich zwei prominente Aktivisten der antisemitischen BDS-Kampagne auftreten, deren Ziel die Vernichtung Israels ist. Im Rahmen einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Stiftung der Linkspartei, treten der evangelische Theologe Ulrich Duchrow und Farid Esack, der ‚Guru der Boykottbewegung‘ auf.“

Vom Twitter-Account des DEK wurden die „Ruhrbarone“ daraufhin der Lüge bezichtigt – die besagte Veranstaltung gebe es gar nicht. Am Donnerstagsmorgen schob der DEK einen Tweet nach – der aber inzwischen gelöscht wurde. Er lautete:

„Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist auf dem ‚Markt der Möglichkeiten‘ als Aussteller zugelassen. Als solcher führt die Stiftung einen Workshop mit dem Titel ‚Imperien des Mammons oder Wege der Gerechtigkeit‘ durch. In unserem Kirchentagsprogramm ist das als ‚ein Angebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung‘ gekennzeichnet. Die genannten Aktivisten sind nicht Teil des vom Kirchentag selbst organisierten Programms. Wir verstehen aber, dass es diesen Eindruck erweckt, da die Veranstaltung – ohne weitere Namensnennung – im Programm auftaucht.“

Die Leitung des DEK schien zu diesem Zeitpunkt noch zu meinen, es so allen recht machen zu können: Die Veranstaltung mit Duchrow und Esack sollte auf dem Gelände des Kirchentags stattfinden, aber dieser wollte dafür nicht verantwortlich sein. Der „Markt der Möglichkeiten“, eine Art moralische Quarantänestation.

Wer sind Ulrich Duchrow und Farid Esack, die auf dem „Workshop“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung („Zugang nur mit Eintrittskarte zum Evang. Kirchentag“, heisst es in einem Flugblatt der Rosa-Luxemburg-Stiftung) über „Imperien des Mammons oder Wege der Gerechtigkeit“ reden sollten, jetzt aber doch nicht dürfen?

Farid Esack: „Israel schlimmer als Apartheid“

Farid Esack machte 2017 in Deutschland Schlagzeilen, als er im Islamischen Zentrum Hamburg (IZH), das als ver-



Farid Esack, der Vorsitzende von BDS Südafrika begrüsst am 6. Februar 2015 „Genossin“ Leila Chaled an einem Fund Raising Dinner. Frau Chaled ist ein führendes Mitglied der Terrororganisation Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und war eine der ersten weiblichen Flugzeugentführer der Geschichte.

längerter Arm des iranischen Regimes gilt, sagte: „Die Idee eines islamischen Staates in Deutschland muss vertreten werden dürfen.“ Das macht ihn offenbar zum idealen Redner auf dem Evangelischen Kirchentag. Einen Spitzenplatz unter denen, die Israel verleumden, hat sich Esack dadurch erarbeitet, dass er Israel nicht bloß mit der Apartheids-Lüge diffamiert – nein, sagt Esack: Israel sei schlimmer. In einem auf YouTube gesprochenen „offenen Brief an das palästinensische Volk“ vergleicht Esack den Staat Israel mit dem Nationalsozialismus:

„Für diejenigen von uns, die unter der südafrikanischen Apartheid gelebt und für die Befreiung von ihr und allem, was sie repräsentiert gekämpft haben, spiegelt Palästina in vielerlei Hinsicht das unvollendete Unternehmen unseres eigenen Kampfes wider. ... Warum ist unser Gedächtnis so kurz? Haben unsere jüdischen Brüder und Schwestern vergessen, wie sie selbst gedemütigt wurden?“

Das südafrikanische Apartheidsregime sei viel humaner gewesen als Israel, findet Esack:

„In mehr als einer Hinsicht sehen wir hier in [Israel] etwas, das viel brutaler, erbarmungsloser und unmenschlicher ist als was wir je unter der Apartheid erlebt haben. ... Weiße Südafrikaner haben natürlich versucht, Schwarze zu kontrollieren. Jedoch haben sie nie versucht, die schiere Existenz schwarzer Menschen zu negieren oder sie sich ganz wegzuwünschen, wie wir es hier [in Israel] sehen. Es gab [in Südafrika] keine militärische Besetzung ohne jegliche Rechte für die Besetzten. Uns blieben die barbarischen und diversen Formen kollektiver Bestrafung erspart, in Form von Hauszerstörungen, Verschleppung, der Zerstörung von Obstgärten, die Verwandten von Leuten gehören, die verdächtigt werden, Freiheitskämpfer zu sein. ... Die Apartheidsgerichte in Südafrika ha-

ben nie Folter legitimiert. Weißen Südafrikanern wurde nie eine Freikarte gegeben, schwarze Südafrikaner zu demütigen, wie sie die Siedler hier offenbar haben. ... In Südafrika waren die Weißen eine stabile Gemeinschaft, und mussten sich nach Jahrhunderten einfach mit den Schwarzen arrangieren. ... Die zionistische Idee von Israel als einem Platz, wo sich alle Juden versammeln ... ist zutiefst problematisch. Es gibt keinen Zwang, sich dem Nachbarn zuzuwenden, die Idee scheint zu sein, die alten Nachbarn loszuwerden, ethnische Säuberung, und die ganze Zeit über neue [Juden] ins Land zu bringen.“

Esack lässt keinen Zweifel daran, dass er die bloße Idee ablehnt, dass die Juden einen eigenen Staat haben sollen.

Duchrow: „Israel ist die Speerspitze des imperialistischen Systems“

Ulrich Duchrow wiederum hat sich zur Teilnahme an dem „Mammon“-Workshop qualifiziert, indem er ein Buch geschrieben hat, das weithin Anerkennung fand als „zutiefst israelfeindliches Machwerk“. Der Verfasser konnte dieses Machwerk (im Unterschied zu zwei anderen, aus denen wir zitieren werden) leider nicht lesen, weil der Verleger Wilhelm Hopf – der das Buch offenbar erst nach Erscheinen gelesen hatte – von dem Inhalt so schockiert war, dass er die Auslieferung gestoppt hat. Was der Deutschlandfunk über Hopfs Reaktion berichtete, sagt allerdings mehr als genug über das Buch:

„Verleger Wilhelm Hopf stört sich vor allem an Passagen aus dem Buch, in dem der BDS-Boycott Israels unterstützt wird und die Hamas als eine ‚seriöse politische Kraft mit großer sozialer Tiefe‘ bezeichnet wird.“

Alle folgenden Zitate Duchrows entstammen seinem Aufsatz „Unterdrückung über Ausbeutung hinaus.“

Das Beispiel Israel/Palästina in theologischer Perspektive“ (der in dem von der Evangelischen Verlagsanstalt mit Förderung der Diakonie Hessen herausgegebenen Sammelband „Armut und Ausgrenzung überwinden“ publiziert wurde) sowie einem Vortrag, den Duchrow am 3. April 2019 in der Evangelisch-Reformierten Kirche Bremen gehalten hat. Duchrow macht Israels Existenz für alle Übel verantwortlich: Für ihn nahm das Unglück bereits mit der Einwanderung von Juden nach Palästina im 19. Jahrhundert seinen Anfang, diese hätten von Anfang an nichts als Raub im Sinn gehabt:

„Die Kolonisten kamen nicht, um Gastfreundschaft und friedliches Zusammenleben zu erbitten. Vielmehr kamen sie mit einer terroristischen Untergrundarmee und auf den Flügeln kolonialistischer Mächte, um die Bewohner aus dem Land zu treiben und sich später mit der einzig verbliebenen Supermacht zu verbinden, um auch weiterhin der schwächeren Gruppe das Land zu stehlen.“

In Duchrows Texten finden sich viele Bilder des klassischen Antisemitismus – etwa Juden als Kriegs- und Krisenprofiteure, Unterdrücker und Ausbeuter:

„Die Wirtschaft Israels braucht keinen Frieden. Das Land kann mehr Gewinne machen, wenn es Güter und Dienstleistungen verkauft, die Menschen unterdrücken und überwachen. Und diese Sicherheitstechnologie wird desto mehr benötigt, je mehr sich der Katastrophenkapitalismus in der Welt ausbreitet, der Massen von Menschen verarmt, den sozialen Zusammenhalt zerstört, und es auf diese Weise notwendig macht, dass sich reiche Individuen, Länder und Gesellschaftsstrukturen bewaffnen und sich durch Waffen, Wälle, Zäune und elektronische Überwachung schützen wie die Festung Europa oder die USA an der Grenze zu Mexiko. So ist Israel die Speerspitze der gegenwärtigen

Phase des globalen imperialistischen kapitalistischen Systems.“

Oder auch hier:

„Innerhalb dieser Logik braucht [Israel] die Palästinenserinnen und Palästinenser nicht. Im Gegenteil. Sie sind überflüssig. Sie müssen nur eingemauert und fortgeekelt oder vertrieben werden, während die Kolonisierung ihres Landes fortschreitet. Das Land einzuzäunen und zu stehlen, wenn möglich es gänzlich ethnisch zu säubern, um das Land ohne Menschen zu haben, ist die rationalste Strategie eines zionistischen Israel, das die Palästinenser in einem Dauerkrieg bekämpft... Seit der Nakba will man die Menschen einfach loswerden, das Land von ihnen ‚reinigen‘, sie tyrannisieren und schikanieren, damit sie von sich aus das Land verlassen.“

Obwohl die PLO schon 2001 zugegeben hat, dass die „zweite Intifada“ genannte Mordwelle von langer Hand geplant war, wiederholt Duchrow die Propagandabehauptung, Ariel Sharon habe sie „durch seine Provokation auf dem Tempelberg hervorgerufen“. Mit der „Intifada“ „kehrte die ursprüngliche zionistische Logik zurück, das Land von den Palästinensern zu reinigen – durch Zwangsumsiedlungen, Krieg und Mord.“ „Intifada“ bedeutet die Ermordung von Juden. Duchrow macht daraus das genaue Gegenteil. Dass über tausend Israelis getötet wurden, macht er ihnen auch noch zum Vorwurf. Wie Esack hält auch Duchrow den Staat Israel für viel schlimmer als Südafrika während der Apartheid:

„Südafrika war ausbeuterisch und unterdrückerisch. Das reicht nicht für die Beschreibung Israels. Dessen Intention ist es, die Menschen minderen Rechts komplett loszuwerden und die Übrigbleibenden zu Ghettosieren wie in Gaza.“

Duchrow zitiert zustimmend eine Schrift, in der von einem „schleichenden Genozid“ die Rede ist. Es ist wohl unnötig zu sagen, dass er für seine Thesen keinerlei Belege anführt (es sei denn, man wollte Fußnoten, die auf Meinungsäußerungen Gleichgesinnter verweisen, als solche werten). Duchrow wiederholt die Anschuldigungen einfach wieder und wieder, in der Hoffnung, dass möglichst viel seines Gifts beim Leser hängenbleibt. Noch ein Beispiel:

„Das heißt aber, dass das zionistische Israel nicht ein moralisch verwerflicher Einzelfall ist, sondern in der Tradition der Eroberungen in den Gebieten Amerikas, Südafrikas, Neuseelands und Australiens steht. Damit folgt es der tiefsten Logik der Moderne und wird als Teil des westlichen Imperiums zu einem weiteren Extremfall.“

Duchrow rechtfertigt Selbstmordbomber:

„Selbstmordbomber kopieren die Logik des Westens, um diesem zu widerstehen – wie etwa in Afghanistan, Irak und Israel.“

Die allermeisten Opfer von Selbstmordbomben in Ländern wie Afghanistan, dem Irak oder auch Pakistan sind Muslime, die deshalb ermordet werden, weil andere Muslime der Ansicht sind, sie seien nicht die wahren Muslime. Duchrow verherrlicht diese Massaker als „Widerstand“ – gegen einen Westen, der damit zumeist überhaupt nichts zu tun hat.

„Jüdische Herrschaftsgruppe“

Duchrow verbreitet die antisemitische Verleumdung, wonach Juden aus der Thora die Rechtfertigung für angeblich von ihnen verübte Verbrechen zögen. Auf fast einer ganzen Buchseite zitiert er aus dem 5. Buch Mose Gottes Weisung an die Israeliten, wie sie mit den

Götzendienern im Land Kanaan umzugehen hätten. Duchrow folgert:

„Dieser Text und seine Parallelen scheinen tatsächlich die ethnischen Säuberungen des heutigen Staates Israel seit der Nakba zu rechtfertigen. Wie soll man also denen antworten, die diese Art Texte als Rechtfertigung benutzen für Landraub, Schikanieren oder Töten von Menschen, also für die Methoden, mit denen der Staat Israel so viel palästinensisches Land wie möglich in seinen Besitz zu bringen versucht?“

Gäbe es solche Juden wirklich – und wären sie obendrein noch so einflussreich, dass sie die Politik der Regierung bestimmen –, dann würde Duchrow sie namentlich nennen und zitieren. Doch Duchrow lebt offenbar in einer fiktiven Welt. Die Israelis, die Verbrechen verüben und sie mit der Thora rechtfertigen, existieren nicht, Duchrow hat sie sich einfach ausgedacht – oder besser gesagt, er bildet sie sich ein. Das Argument, ihre Religion gebe den Juden einen Freibrief zu Verbrechen, geht zurück auf den antisemitischen Theologen August Rohling (1839-1931), der den von den Nationalsozialisten häufig gebrauchten Schmähbegriff „Talmudjude“ prägte. In seinem Buch „Der Talmudjude“ schrieb Rohling, dass „der Jude von Religions wegen befugt ist, alle Nichtjuden auf jede Weise auszubeuten, sie physisch und moralisch zu vernichten“. Duchrow scheint radikaler als Rohling: Zionisten glaubten bloß, dass die Bibel ihnen das Recht gäbe, Verbrechen zu verüben, das sei aber gar nicht wahr, sie würden die Bibel auf böswillige Art verdrehen, so Duchrow:

„Eine Regierung heute, die ihren Landraub, die Unterdrückung und Ermordung von Palästinenserinnen mit Gottes Landverheißung rechtfertigt, stellt die biblischen Erzählungen und Rechtsformen auf den Kopf. ... Somit liegt offen zutage, dass das zionistische Israel das genaue Gegenteil von dem tut, was die Propheten und die Tora fordern: Gerechtigkeit“

Duchrow begnügt sich nicht damit, den Juden den Bruch irdischer Gesetze vorzuwerfen: Auf der Grundlage seiner Bibelauslegung glaubt Duchrow mit Sicherheit sagen zu können, dass Israel „den Bund [mit Gott; S.F.] gebrochen“ habe und „dafür zur Rechenschaft gezogen“ werden müsse. Abzulehnen sei „die verbreitete Meinung, der Staat Israel könne als Fortsetzung des biblischen Israel verstanden werden, während er doch in Realität die Seite des Imperiums gewählt hat – im Alten Israel Ägypten, Babylonien und Rom.“

Duchrow will den „zionistischen Narrativ“ zerstören. Das beste Mittel dazu sei die BDS-Kampagne: „Boykott ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein erzieherisches Mittel.“ Das „symbolische Kapital“, zur jüdischen Herrschaftsgruppe zu gehören“, müsse geschmälert werden.

Morde bloß Gegengewalt

Unter dem Vorwand, die Morde an israelischen Zivilisten (Duchrow nennt sie lediglich „Gewalt“, die eigentlich sogar „Gegengewalt“ sei) nicht rechtfertigen zu wollen, tut er eben dies – er rechtfertigt sie:

„Selbstverständlich muss man mit den Menschen in Israel fühlen, die Angst vor Gewalt haben. Aber man muss doch nach den Ursachen dieser Gegengewalt fragen, ohne diese zu rechtfertigen. Wer von uns kann es erlauben, was es bedeutet, vor 70 Jahren Großteile des eigenen Landes geraubt zu bekommen, viele Flüchtlinge in der Familie zu haben und über 50 Jahre unter gewaltsamer Besatzung zu leiden. Wer unter diesen Umständen die Gewalt Israels mit der Gegengewalt der Palästi-

nenser entschuldigt, macht die Opfer zu Tätern.“

Man muss einen Augenblick innehalten, um Duchrows krude Gedanken nachzuvollziehen. Diejenigen, die Bomben in einer Diskothek zünden, eine von Familien mit vielen Kindern besuchte Pizzeria in die Luft sprengen, eine Familie im Schlaf massakrieren oder mit einem Scharfschützengewehr ein im Kinderwagen liegendes zehn Monate altes Baby töten, die sind dann – was noch mal? Kaltblütige, sadistische Mörder? Nein, sie seien die wahren Opfer, sagt Duchrow, die man nicht „zu Tätern“ machen dürfe! Denn solche Morde sind für Duchrow bloß Gegengewalt:

„In der Tat haben sich über die Jahrzehnte Palästinenser gegen die völkerrechtswidrige Besatzung auch mit Gegengewalt gewehrt. Aber dabei handelt es sich heute meist um verzweifelte Steinwürfe von Jugendlichen, Messerstiche und einige Raketen gegen israelische Unterdrückung und Provokationen, dies vergleichbar mit Davids Steinschleuder gegen den Goliath der hochgerüsteten israelischen Armee.“

Das Abschlachten von Juden mithilfe langer Messer macht Duchrow zu „Messerstichen“. Über 15.000 auf israelische Zivilisten geschossene Raketen (eintausend allein im letzten Jahr) sind für ihn bloß „einige Raketen“, und eigentlich ist die Ermordung von Juden mit „Davids Steinschleuder“ vergleichbar, also mit etwas, das Sympathie verdient: „Völker, denen das Selbstbestimmungsrecht mit Gewalt genommen wird“, hätten „ein völkerrechtlich garantiertes Recht zum Widerstand“, so Duchrow. Die Mörder hätten demnach ein verbrieftes Recht, wenn nicht vielleicht sogar einen moralischen Auftrag.

Leugnung der Vertreibung von Juden aus arabischen Ländern

Duchrow geht es anscheinend darum, ein Schwarz-Weiß-Bild zu malen, in dem Juden bloß als böse „Kolonisten“ und „Landräuber“ auftauchen, Araber hingegen allein als unschuldige Opfer. Dem steht etwas entgegen, nämlich historische Fakten:

- Die Pogrome gegen Juden, die es im britischen Mandatsgebiet Palästina ab 1920 gab.
- Die Pogrome in arabischen Ländern vor und nach 1945.
- Die Aufstachelung zur Judenverfolgung, die der Großmufti von Jerusalem und Hitlerfreund Amin El-Husseini ab den 1920er Jahren betrieb.
- Die Vertreibung von 850.000 Juden aus arabischen Ländern nach 1945.
- Die Ablehnung jeglichen Kompromisses durch die arabischen Führer.

Ein Beispiel dafür, wie Duchrow die Geschichte umschreibt, ist die „Arabische Befreiungsarmee“, deren Gründung die arabischen Regierungen am 12. Dezember 1947 bei ihrem Treffen in Kairo beschlossen hatten. Dabei handelte es sich zum großen Teil um syrische Söldner, die für das Vichy-Regime gekämpft hatten, dazu einige frühere SS-Soldaten aus Europa und spanische Falangisten. Bis zum Frühjahr 1948 wuchs sie auf 7.000 Kämpfer an. Ihr Emblem: ein arabischer Krummdolch (Handschar), der einen Davidstern ersticht. Duchrow umschreibt sie so:

„Fakt ist, dass ursprünglich nur 7.000 schlecht ausgebildete und bewaffnete Palästinenser zur Selbstverteidigung bereit standen.“

Wie verfährt Duchrow mit der „jüdischen Nakba“, der Vertreibung von ca. 850.000 Juden aus arabischen Ländern? Indem er sie schlicht leugnet, so wie die türkische Regierung den Völkermord an den Armeniern leugnet. Mit der Aus-

nahme Ägyptens hätten die Juden die arabischen Länder allesamt freiwillig verlassen. Duchrow schreibt:

„Es wird nun manchmal behauptet, die Misrachi-Juden [Juden aus der arabischen Welt; S.F.] seien ebenfalls aus den arabischen Ländern vertrieben worden. Die Realität sah anders aus, wie man in einem Offenen Brief israelischer WissenschaftlerInnen an die Heinrich Böll-Stiftung, die diese Falschmeldung verbreitet hatte, nachlesen kann.“

Dieser „Offene Brief“ ist von unbekanntem Leuten unterschrieben, die angeben „Musiker“, „Student“, „Künstlerin“ oder „Filmregisseur“ zu sein. Als Fundort dieser Quelle führt Duchrow in einer Fußnote einen Blog mit dem Titel „Schmok. Schnöseliger, gesinnungsloser, rabulistischer Schreiberling“ an. (Wer es nicht glauben mag: Es ist die Fussnote 9 in diesem Dokument).

Duchrow leugnet also die Vertreibung und Ermordung von Juden in der arabischen Welt, und der einzige Beleg für seine Behauptung ist, dass er das auf einem obskuren Blog im Internet gelesen hat. Das sagt einiges über seine wissenschaftliche Seriosität und viel über seine Motivation: Juden dürfen keine Opfer sein oder höchstens Opfer ihrer eigenen bösen Taten („Gerechtigkeit [ist] die Vorbedingung für langfristige Sicherheit der Israelis“, schreibt Duchrow an einer Stelle).

Hisbollah-Sympathisantin der Linkspartei dabei?

Zu den Autoren des Buches, in welchem Duchrows Aufsatz „Unterdrückung über Ausbeutung hinaus“ erschien, gehören der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, und die ehemalige Ratsvorsitzende Margot Käbmann. Auf Anfrage ließ Bedford-Strohm seinerzeit mitteilen: „Von dem Text von Herrn Duchrow distanzieren sich die EKD inhaltlich ausdrücklich.“ Für den Rat der EKD sei „Antisemitismus Gotteslästerung“. Man fragt sich, warum bei einer so klaren Lage die Veranstaltung mit Duchrow erst 24 Stunden vorher abgesagt wurde, immerhin war sie sicherlich seit Monaten geplant.

Die öffentliche Aufklärung darüber, welche problematische Personen in Dortmund auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag auftreten sollten – wie in diesem Fall von den „Ruhrbaronen“ – scheint gewirkt zu haben. Das ist gut. Noch besser wäre freilich gewesen, die Rosa-Luxemburg-Stiftung gar nicht erst auf das Veranstaltungsgelände zu lassen. Die religionspolitische Sprecherin der Linken – die in Dortmund dabei ist – ist Christine Buchholz. Sie nahm laut einem Bericht der Wochenzeitung „Junge Welt“ 2006 an einem Anti-Israel-Aufmarsch in Berlin teil, bei dem skandiert wurde: „Wir sind alle Hisbollah!“, „Hisbollah bis zum Sieg!“ und „Kein Platz für Israel!“ und sagte selbst in einem Redebeitrag: „Die Dämonisierung der Hisbollah ist Teil der ideologischen Kriegsführung. Die Linke sollte dabei nicht mitmachen.“

In einem Interview bezeichnete sie die Terrororganisation Hisbollah als „antikoloniale Befreiungsbewegung“. Im Krieg gegen Israel gebe es zwei Seiten, erklärte Buchholz; auf der einen Seite stünden Israel und die USA. „Auf der anderen Seite stehen in diesem Konflikt die Hisbollah, die Friedensbewegung in Israel und die internationale Antikriegsbewegung. Das ist die Seite, auf der auch ich stehe.“ Wer Leute wie Christine Buchholz einlädt, muss damit rechnen, dass sie ein Tor öffnen für weitere Dämonen.

Das Jüdische Museum Berlin auf Abwegen

Nahezu ohne jede Kritik seitens unserer Medien erhält der Iran eine politische Aufwertung durch absichtsvolle Leihgaben von wertvollen jüdischen Kulturgütern ungeklärter Herkunft an das kaum noch den Namen «jüdisch» verdienende Museum.

Von Anastasia Iosseliani

Das Jüdische Museum zu Berlin, als bundesunmittelbare Stiftung eine eigenständige juristische Person des öffentlichen Rechts und Bestandteil der mittelbaren Staatsverwaltung des Bundes, hat wieder einmal den Vogel abgeschossen: Dieses Mal, indem man durch die Blume Werbung für BDS macht, und den dazugehörigen Beschluss des Deutschen Bundestags auf dem Twitter-Account des Jüdischen Museums kritisierte und dann zurückkrebste, indem man behauptete lediglich auf einen Diskussionsbeitrag hinweisen zu wollen.

Dies ist nicht das erste Mal, dass sich das Jüdische Museum Berlin solch einen Ausrutscher leistet. Erst kürzlich, nämlich am 8. März 2019, empfing der Direktor des Museums, Peter Schäfer, einen der Repräsentanten des Henkerregimes, Seyed Ali Moujani, zum Tee. Zum Dank hatte Moujani die Unverschämtheit Israel, den Juden unter den Staaten, mit dem Kalifat des Islamischen Staates gleichzusetzen und somit, unter anderem, den Terrorismus und Völkermord an den Jesiden durch den IS zu relativieren: Die «Gleichsetzung von Antisemitismus mit dem Antizionismus» sei ein Problem, das «unter die Lupe genommen werden» müsse. Moujani forderte, die «Grenze zwischen dem Zionismus und dem Judentum» zu bewahren wie «die Grenze zwischen dem IS und dem Islam».

Übrigens haben die Verantwortlichen des Jüdischen Museums Berlin dieser Ungeheuerlichkeit nicht widersprochen, weder an Ort und Stelle, noch im Nach-



Seyed Ali Moujani war zu Gast bei Dr. Peter Schäfer.

hinein.

Dies kümmerte die Verantwortlichen im Jüdischen Museum Berlin deshalb überhaupt nicht, weil eine Ausstellung

mit Judaica aus dem Iran zu organisieren gilt. Da 90 % der Juden nach der Revolution von 1979 aus dem Iran geflohen sind, primär nach Israel und in die USA, schrumpfte die einst stolze Gemeinde von 100.000 auf knapp 10.000 Mitglieder. Übrigens sehe ich den Relativismus kritisch, wonach der Iran nach Israel immer noch die zweitgrößte jüdische Gemeinde im Mittleren Osten hat, denn die Juden, die immer noch im Iran leben, Geiseln des Regimes sind.

Jüdische Raubkunst?

Demzufolge wäre es interessant zu wissen, woher Moujani und seine Freunde, die nun einmal selber keine Juden, sondern schiitische Muslime sind, diese Judaica überhaupt haben. Zumal gerade deutsche Museen sich jetzt darum bemühen sollten, keine Raubkunst auszustellen. Es wäre doch eine Tragödie sondergleichen, wenn man nach der Ausstellungseröffnung eine solche Schlagzeile lesen müsste: «Jüdisches Museum in Berlin stellt Raubkunst aus dem Iran aus».

Wäre ich Verantwortliche im Jüdischen Museum Berlin, würde ich genau jetzt sicherstellen, dass die Ausstellungsstücke wirklich «koscher» sind. Eine eidesstattliche Erklärung des Regimes und seiner Repräsentanten in Berlin ist meines Erachtens nicht ausreichend, da gerade dieses Regime dafür verantwortlich ist, dass die Mehrheit der iranischen Juden nach der un-

säglichen Revolution von 1979 das Land überhaupt verlassen haben. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn das Jüdische Museum Berlin eigene Nachforschungen, unabhängig von Teheran, anstellen würde, um sich zu vergewissern, dass es sich bei den Judaica aus dem Iran nicht um Kunst- und Kultusgegenstände handelt, die vom Regime aus den Haushalten der geflüchteten Juden beschlagnahmt wurden. Seine Unverschämtheit und Arroganz gegenüber uns Juden hat der Repräsentant des Regimes, Moujani, ja schon eindrücklich bewiesen, in dem er Israel mit dem IS gleichgesetzt hat.

Weitere Ausrutscher dieser Art sollte das Jüdische Museum Berlin in Zukunft vermeiden, um nicht seinen Ruf als seriöse Institution, die die Essenz des Judentums in Deutschland abbildet, zu riskieren. Jetzt wäre die Zeit gekommen dafür zu sorgen, dass ein solches Bewusstsein entsteht und dass man sich bei Antisemiten grundsätzlich nicht anbietet.

Es gibt schon genug Ungemach für uns Juden weltweit, da brauchen wir nicht noch ein Jüdisches Museum in Deutschland, das uns nicht korrekt abbildet, sondern Antisemiten und BDS- und Regimevertreter des Henkerregimes zu Teheran hofiert, während die Sicherheitslage sich für uns Juden Tag für Tag verschlechtert. Davon zeugt die Tatsache, dass alleine in Deutschland im letzten Jahr, statistisch 19,6 % mehr antisemitische Straftaten begangen wurden als im Jahr 2017, und dass Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der deutschen Regierung, nun so ehrlich ist zu sagen, dass das Tragen der Kippa an gewissen Orten gefährlich sein könnte. Er spricht damit aus, was wir Juden mehrheitlich schon seit Jahren wissen und uns dementsprechend verhalten.

Auch deshalb würde ich es mir wünschen, wenn das Jüdische Museum Berlin mit einem anderen Bewusstsein agieren würde.



JOHN MACDOUGALL - AFP

ERIC FEFERBERG - AFP

Netanjahus Sohn enttarnt Heiko Maas

Bundesaußenminister Maas beklagt neuerdings plakativ die Ausgrenzung Israels bei der UNO – Jair Netanjahu prangert öffentlich an, dass der Minister und seine Regierung anti-israelische Organisationen bezahlen.

Von Laila Mirzo

Der Sohn des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, Jair Netanjahu, hat Heiko Maas in einem Tweet vorgeworfen, sich in innerisraelische Angelegenheiten einzumischen. Gleichzeitig forderte er den deutschen Außenminister dazu auf, den Geldfluss aus Deutschland an israel-feindliche Organisationen zu stoppen.

„Es wäre schön, wenn Sie mal aufhören würden, sich in unsere internen Angelegenheiten einzumischen und hunderte linksradikale Nichtregierungsorganisationen in Israel zu finanzieren, die unsere Zerstörung wollen“, twitterte Jair Netanjahu. Einen Ratschlag hatte er aber auch an den Bundesaußenminister: „Benutzt die hunderte Millionen von Euros, um Krankenhäuser, Schulen und Kirchen in Deutschland zu fördern“.

Mit dieser Kritik hatte Heiko Maas wohl nicht gerechnet, als er zum 70. Jahrestag des Beitritts Israels zu den Vereinten Nationen eine „einseitige Behandlung und Ausgrenzung“ in den UN-Gremien ansprach. Der jüdische Staat werde dort „in unangemessener Form angeprangert, einseitig behandelt und ausgegrenzt“, kritisierte der Bundesaußenminister. Dieser Zustand sei „schmerzhaft und unbefriedigend“, beklagte Maas. Als der SPD-Minister dann noch bekräftigte, die Sicherheit Israels dürfe „nirgends und durch niemanden“ in Frage gestellt werden, fragte sich wohl nicht nur Jair Netanjahu, wie diese Aussage zu der Realpolitik Deutschlands und vor allem zum Kurs der SPD passe.

Treffen Sigmar Gabriels mit „Breaking the Silence“

Denn die deutsch-sozialdemokratische Attitüde sorgt in Israel immer wieder für Unmut und Unverständnis. So hatte der israelische Premierminister im Jahr 2017 ein Treffen mit dem damaligen deutschen Außenminister Sigmar Gabriel abgesagt, da dieser zuvor die israelfeindliche Organisation „Breaking the Silence“ besucht hatte. Die größtenteils aus dem Ausland finanzierte NGO lanciert regelmäßig Difamierungskampagnen gegen das israelische Militär und seinen Soldaten.

Vermeintliche „Menschenrechtsverletzungen“ durch die IDF sollen weltweit Stimmung gegen den jüdischen Staat machen. Dabei wird natürlich nur fragmentell dokumentiert und die legitime Selbstverteidigung der Soldaten als einseitige Aggression dargestellt. Gerade SPD-Politiker visieren trittsicher diplomatische Fettnäpfchen an, wenn es um den Umgang mit Israel geht. So verwundert es nicht, dass es wiederum Sigmar Gabriel war, der sich unbeirrt in der ersten Reihe aufstellte, als es darum ging, das von Donald Trump kritisierte und aufgekündigte Atomabkommen mit dem Iran zu verteidigen. Und wir reden hier wohl gemerkt vom selben Iran, dessen erklärtes Staatsziel es ist Israel zu vernichten. Dem selben Iran, der seine Produktion an angereichertem Uran unlängst vervierfacht hat, und damit das Atomabkommen zur Makulatur gemacht hat.

Wer in der SPD empörte sich über Steinmeiers Grüße an den Iran?

Der Kuschelkurs der SPD mit dem erklärten Feind Israels geht sogar so weit, dass sich keiner in den eigenen Reihen großar-



Benjamin und Jair Netanjahu

tig darüber empört, wenn ein Bundespräsident Steinmeier dem Mullah-Regime zum 40. Jahrestag der islamischen Revolution gratuliert. Ich brauche wohl nicht

UN-Vollversammlungen größtenteils mit. Allein 2018 stimmte Deutschland bei 21 Resolutionen 16 Mal gegen Israel. Für wen hat damals Heiko Maas wohl

finanzielle Unterstützung und die Vergabe von kommunalen Räumen zu verweigern. Der Antrag der AfD, die BDS-Bewegung zu verbieten, wurde jedoch nicht angenommen.

Die EU schenkt Organisationen der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ Geld, dass diese verwendet, um Renten für Terroristen und deren Hinterbliebene zu bezahlen. Laut einem Bericht des israelischen Ministeriums für Strategische Angelegenheiten zahlt die Europäische Union und damit auch Deutschland Jahr für Jahr Millionen an israelfeindliche Organisationen und Institutionen. Immer wieder hat Benjamin Netanjahu die Bundesrepublik aufgefordert, ihre finanzielle Unterstützung umstrittener Gruppierungen in den „palästinensischen“ Gebieten und in Israel zu überdenken. Im Oktober 2018 übergab der israelische Premier diesbezüglich sogar einen Brief an Kanzlerin Angelika Merkel.

Zwar hat der Bundestag am 17. Mai den Antrag auf den Finanzierungsstopp angenommen, aber über die EU fließt deutsches Steuergeld weiterhin in die Hetz-Zentralen der Israelfeinde. Solange nicht auch das indirekte „finanzielle Engagement“ Deutschlands aufhört, solange bleibt Deutschland unglaubwürdig! Deutschland ist Großmeister im Inszenieren von Gedenktagen. Politiker eifern darum, wer die überzeugendste Betroffenheitsmine aufsetzen kann und wer der größte Israel-Freund ist. Solange deutsche Politiker wie ein Frank-Walter Steinmeier das Grab des dekorierten Judenmörders Jassir Arafats besucht, dort ebenfalls einen Kranz niederlegt und sich verneigt, bleibt die „deutsche Staatsräson“ ein reines Lippenbekenntnis!

Wie ein roter Faden zieht sich Islam- und Iran-Appesement durch die sozialdemokratische Parteilinie.

daran zu erinnern, dass Frank-Walter Steinmeier vor seiner Amtswürde als Bundespräsident ebenfalls SPD-Außenminister war. Wie ein roter Faden zieht sich Islam- und Iran-Appesement durch die sozialdemokratische Parteilinie. Es verwundert also nicht, dass die deutschen Außenminister der letzten Jahre äußerst willkommene Gäste in Teheran waren. 2012 hat sich Sigmar Gabriel geradezu in die Mullah-Herzen katapultiert, als er nach einer Israel-Reise auf seiner Facebook-Seite postete: „Ich war gerade in Hebron. Das ist für die Palästinenser ein rechtsfreier Raum. Das ist ein Apartheid-Regime, für das es keinerlei Rechtfertigung gibt.“

Die unglaubliche deutsche Staatsräson

Mit solchen diplomatischen Entgleisungen macht sich Deutschland jedenfalls unglaubwürdig, wenn es dann wieder an Holocaust-Gedenktagen andächtig tönt, dass die Sicherheit Israels „deutsche Staatsräson“ sei. Man kann sich angesichts des Abstimmungsverhaltens der deutschen Bundesregierung bei den Vereinten Nationen nur schwer des Eindrucks erwehren, Deutschland kümmerge sich nur um ihre „toten Juden“. Denn die GroKo trägt die Resolutionen der

die Stimme erhoben?

Die Vereinten Nationen zum Spielball der muslimischen Petro-Mächte heruntergekommen

Die Vereinten Nationen, einst Hoffnungsträger einer grenzüberschreitenden Friedensbewegung, sind zum Spielball der muslimischen Petro-Mächte mutiert. Da man offiziell ja nicht das Judentum per se, sondern die Politik Israels kritisiere, glauben sie ungehemmt antiisraelische und antizionistische Sprüche klopfen zu können. Die pro-„palästinensischen“ Gruppierungen fungieren dabei als „Vorfeldorganisationen“. Dazu gehört auch die antisemitische BDS-Bewegung, welche den Staat Israel delegitimiert und diffamiert. Ihre Forderungen, israelische Waren und Dienstleistungen zu boykottieren, steht der Nazi-Parole „Kauft nicht bei Juden!“ in nichts nach.

Der deutsche Bundestag hat dieses Frühjahr einen Antrag angenommen, welcher u.a. beinhaltet, Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, keine Gelder aus der öffentlichen Hand zukommen zu lassen. Damit beschloss das Parlament, der BDS-Bewegung und Gruppierungen mit ähnlichen Zielen die

Die Erlöserkirche Jerusalem als BDS-Stützpunkt?

Mit der Berufung von Rainer Stuhlmann als Interimsprobst gehört nach Pfarrerin Gabriele Zander nun schon ein zweiter Israel-Dämonisierer zum Führungsstab der protestantischen Hauptkirche des Heiligen Landes.

Von Ulrich W. Sahn

Die evangelisch-lutherische Erlöserkirche in der Altstadt Jerusalems, gleich neben der Grabeskirche, ist mit ihrem hohen spitzen Turm nicht nur ein Wahrzeichen von Israels Hauptstadt. Viele Jahre lang war sie auch ein Zentrum der Ökumene und internationaler Kontakte, wobei neben Deutschen auch Angehörige aller christlichen Kirchen in Jerusalem, Juden und Moslems zu den Treffen im mittelalterlichen Kreuzgang kamen. Doch diese Begegnungen sind seit vielen Jahren eingebrochen, da man von protestantisch-deutscher Seite eine politische Agenda vertritt, in der andere Konfessionen keinen Platz finden. Mit Rainer Stuhlmann als Interimsprobst wird diese problematische Tradition fortgesetzt.

Seit 7 Jahren ist nun Wolfgang Schmidt das Kirchenoberhaupt, bei den deutschen Protestanten „Propst“ genannt und nicht

in einer Gottesdienst-Arbeitshilfe „70 Jahre Staat Israel“ aus Anlass einer gemeinsamen Reise des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Nordrhein und der EKIR (evangelische Kirche im Rheinland). Darin behauptete Stuhlmann, dass es in der evangelischen Kirche einen „Martyrerkalender“ gebe, in den das Dorf Biram aufgenommen werden sollte. 1948 hatte Israel während des Krieges die Bewohner dieses grenznahen Dorfes bei Libanon vertrieben und nur die Kirche stehen lassen. Stuhlmann behauptete auch, dass es schon „palästinensische Christen“ gab, als Jesus von Nazareth gerade mal im Alter von 18 noch nicht mit seinen öffentlichen Auftritten begonnen hatte. Auch die anderen Darstellungen Stuhlmanns waren klassische Fälle „palästinensischer“ Propaganda mit dem Ziel, Israel und das Judentum zu delegitimie-



Rainer Stuhlmann

„Bischof“, wie bei allen anderen Kirchen. Im September 2019 wird Schmidt Jerusalem verlassen, da seine Heimatkirche im badischen Karlsruhe ihn in das Amt des Oberkirchenrats für „Bildung und Erziehung in Schule und Gemeinde“ berufen hat. Für die EKD in Hannover, die den Propst in Jerusalem ernannt, scheint dieser Weggang überraschend gekommen zu sein. Denn sie hat jetzt erst mit der „Bewerbungsphase“ begonnen. Ein neuer Propst werde nicht vor Sommer 2020 nach Jerusalem kommen. Das schrieb Schmidt im Gemeindebrief der Erlöserkirche.

Bis dahin will die EKD zur „Vakanz-Überbrückung“ den rheinischen Pfarrer Rainer Stuhlmann schicken. Stuhlmann war viele Jahre Studienleiter in Nes Amim im Norden Israels. Dort machte er sich einen Namen mit einer holzschnittartigen Agenda, die der differenzierten Wirklichkeit nicht gerecht wird. Für Stuhlmann sind die Fronten im Nahostkonflikt klar. Hier die Besatzer, die jüdischen Israelis – dort die Besetzten, die palästinensischen Araber. Er differenziert dabei nicht zwischen „Palästinensern“ in Jericho und Gaza und arabischen Bürgern Israels. Für ihn sind einfach alle Araber vor Ort „Palästinenser“.

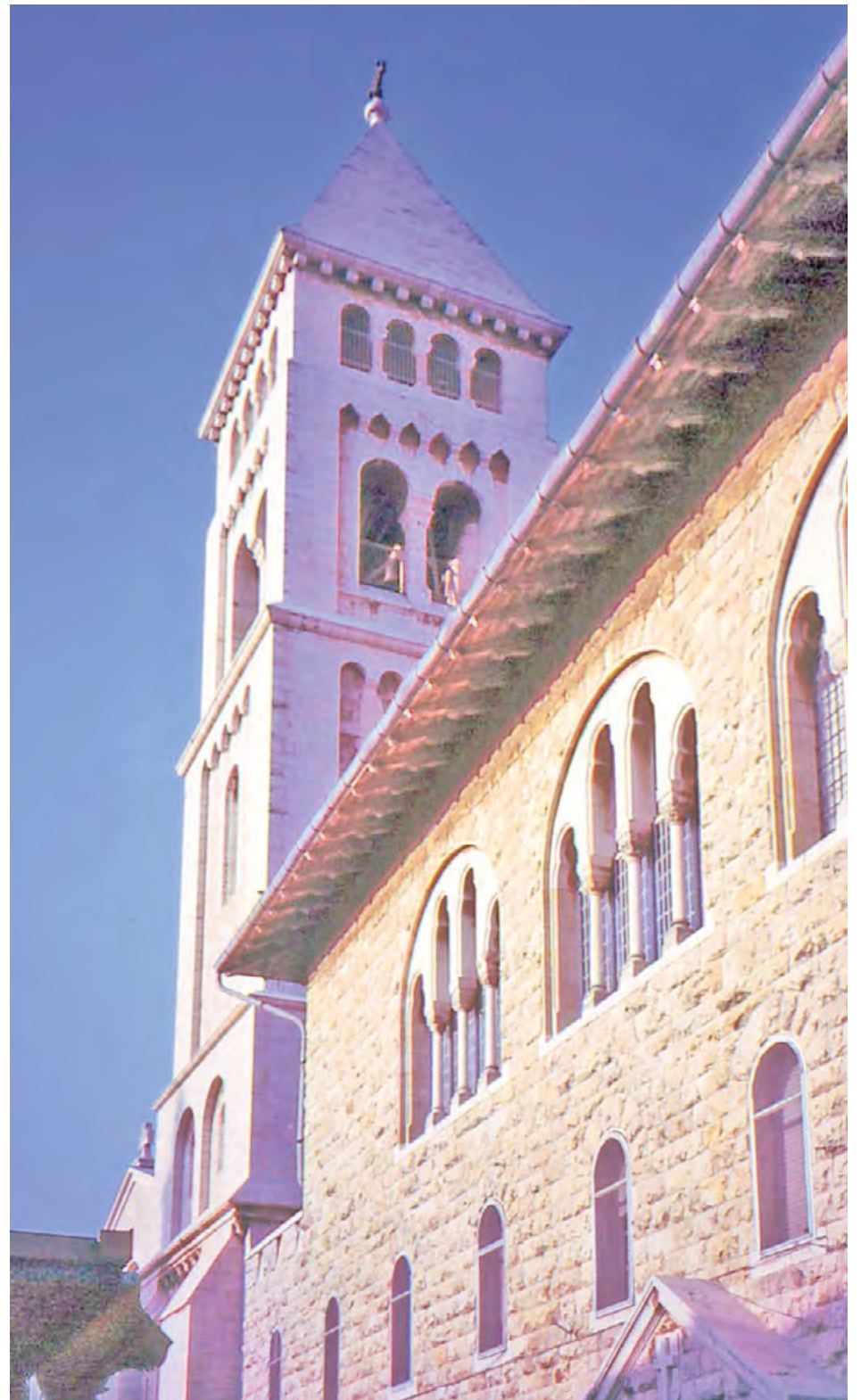
Wegen Stuhlmann geplante evangelisch-jüdische Reise

Im vergangenen Mai geriet er in die Schlagzeilen mit einem einseitigen Text

ren. Ein Grußwort dazu hatte Manfred Rekowski verfasst, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Als die jüdische Gemeinde in Düsseldorf von diesem Artikel erfahren hatte, sagte sie spontan die gemeinsame geplante Reise ab, zumal der Präses nicht bereit war, sich von den Inhalten des Stuhlmann-Artikels zu distanzieren.

Auf die ungeheuerliche Behauptung Stuhlmann, dass Israels Gründung ein Tag der Trauer sei, und dass jener Tag in den Kalender der christlichen Märtyrer aufgenommen werden sollte, ging Rekowski trotz Nachfragen nicht ein. Dem jüdischen Landesverband blieb daher keine Wahl, als die historische Reise abzusagen.

In einer Pressemitteilung schrieb dazu Dr. Oded Horowitz vom Landesverband der jüdischen Gemeinden Nordrhein: „Umso mehr hat uns der darin enthaltene Beitrag „70 Jahre Staat Israel – ein Datum im christlichen Kalender?“ bestürzt und traurig zurückgelassen. Die darin geäußerte Verunglimpfung des Staates Israel als brutale Besatzungsmacht und die Unterschlagung historischer Fakten sind für uns nicht hinnehmbar. Zur 70. Jubiläumsfeier der Gründung des Staates Israel auf die Lebenslage der palästinensischen Bevölkerung als direktes Resultat der Staatgründung Israels zu verweisen, stellt das Existenzrecht Israels in Frage und hinterlässt einen faden Beige-



Die evangelisch-lutherische Erlöserkirche in der Altstadt Jerusalems

schmack antizionistischer Stereotype.“

Auch in den deutschen Medien wurde diese Affäre um Stuhlmanns „Gottesdiensthilfe“ aufgegriffen. Die Frankfurter Rundschau titelte: „Eklat um Theologen-Papier im ‚Stil der Fatah und Hamas‘.“

In der „Zeit“ erschien ein Artikel unter dem Titel „Antisemitismus – Luthers Erben“. Darin wird zitiert: „Wir fanden in der Arbeitshilfe historische Falschdarstellungen, einen aggressiven Ton gegenüber Israel und Worte, die uns eher an palästinensische Propaganda erinnerten als an den Text einer deutschen Landeskirche“, sagt der Vorsitzende des jüdischen Landesverbandes, Oded Horowitz, gegenüber Christ&Welt. Der Text bewegt sich seiner Meinung nach auf der Grenze zum Antisemitismus, manche im Landesverband sähen die Grenze überschritten.“

Die so hoffnungsvoll begonnene interreligiöse Kooperation der Protestanten und Juden im Rheinland endete abrupt. Wobei sich nun fragt, wieso die

EKD in Hannover ausgerechnet diesen Pastor in Ruhestand, Rainer Stuhlmann, erkoren hat, ein Jahr lang in Jerusalem das Kirchenoberhaupt zu vertreten.

Die israelischen Polizisten, die im Umfeld der Erlöserkirche die Besucher vor Anschlägen bewahren, sind fast ausschließlich christliche Araber. Es grenzt an Rassismus, wenn man diese Israelis aus politischen Gründen gegen ihren Willen als „Palästinenser“ bezeichnet. Es ist daher kaum anzunehmen, dass der interreligiöse Dialog unter Stuhlmann eine positive Erneuerung erfährt. Gerade die Urchristen, die christlichen Aramäer, die besonderen Wert darauf legen, nicht als „Palästinenser“ bezeichnet zu werden, können sich in der deutschen Hauptkirche Jerusalems nicht mehr willkommen fühlen.

Insbesondere, da auch die zweite Pfarrstelle mit der Pastorin Gabriele Zander israeliendlich besetzt ist.

Eher ist zu befürchten, dass weiteres Porzellan zerschlagen wird.

Die Jugendgruppe „Im Tirtzu“ – aktiv und wirkungsvoll gegen BDS

Junge patriotische Juden bieten BDS-Hetzern und antiisraelischen „Touristen“ im jüdischen Staat Paroli.

Von Tina Adcock
(Redaktion Audiatur)

Der 15. Mai war kein normaler Studientag auf dem Gelände der Tel Aviver Universität. Einen Tag nachdem die historische Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel im Jahr 1948 unterschrieben wurde, fanden auf dem Campusgelände Aufmärsche und Feierlichkeiten zum Gedenken an die „Nakba“ statt, was auf Arabisch so viel heißt wie „Katastrophe“.

An diesem Tag gedenken die „Palästinenser“ der Niederlage im Unabhängigkeitskrieg 1947/1948, nach dem sie den UN-Teilungsplan für einen jüdischen und einen arabischen Staat ablehnten und zusammen mit fünf arabischen Armeen den gerade erst geborenen jüdischen Staat angriffen.

Auf dem Campusgelände sind Menschen zu sehen, die die Fahne der PLO schwingen, es werden Reden über den Verlust der „palästinensischen Heimat“ gehalten und einige Studenten beklagen die „ethnische Säuberung der Palästinenser“, was bei der wachsenden Bevölkerungszahl doch ein wenig seltsam anmutet.

Eine Organisation jedoch stellte sich dagegen und organisierte eine Gegen-demonstration – Im Tirtzu, was auf Deutsch so viel heißt wie „Wenn ihr wollt“ und von einem Ausspruch von dem Gründungsvater des Zionismus, Theodor Herzl, abgeleitet ist. Ich unterhielt mich, nach den gesammelten Eindrücken, auf dem Uni-Gelände mit einigen Mitgliedern der Organisation, die das wiedergaben, was mich auch bewegte: Die Universitäten geben jenen eine Plattform, die betrauern, dass die Vernichtung der Juden im Jahr 1948 nicht geglückt ist und die einen eigenen Staat ablehnten, weil sie keinen jüdischen Staat als Nachbarn akzeptieren wollten. Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich auch von Personen, die mittels eines Touristenvisums nach Israel reisen und die Soldaten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) unter anderem mittels Videoaufnahmen belästigen. Ich wollte mehr über die Arbeit von Im Tirtzu wissen und vereinbarte deshalb einen Interviewtermin mit Eytan Meir, dem Direktor für Außenbeziehungen der Organisation.

6.000 freiwillige Aktivisten

Die Nichtregierungsorganisation wurde im Jahr 2006 nach dem zweiten Libanonkrieg von Studenten ins Leben gerufen. Die Moral und das Wohlbefinden der Menschen in Israel durchlief in diesem Zeitraum eine Periode der Infragestellung, ob des Nationalbewusstseins oder der Rechtfertigung des Krieges im Libanon. Einige Studenten wollten dem entgegenwirken und starteten in der Hebräischen Universität in Jerusalem den ersten Im Tirtzu-Ableger. Heute gibt es inzwischen 20 verschiedene Studentengruppen innerhalb der Organisation, mit mehr als 6.000 freiwilligen Aktivisten.

Im Tirtzu widmet sich vor allem zwei Aufgabengebieten. Zum einen möchten sie Menschen darüber aufklären, warum das jüdische Volk das Recht auf einen eigenen Staat in ihrer historischen Heimat hat. Diese Bemühungen erfolgen zum Beispiel durch Vorträge



Junge Mitglieder von „Im Tirtzu“

an Universitäten und anderen Wissenszentren. Zum anderen sind sie aktiv in der Aufklärung von Organisationen wie BDS (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen) oder „Breaking the Silence“, die eine antizionistische und damit antisemitische Agenda verfolgen und diese, in Form von Boykottaufrufen gegenüber dem einzigen jüdischen Staat der Welt, oder der Verbreitung von historischen Unwahrheiten zum Ausdruck bringen. NGOs wie „Breaking the Silence“ werden mit massiven Geldzuwendungen von der EU unter-

zusammen. Diese Personen stehen also Soldaten gegenüber, die zum Schutz der Bevölkerung an gewissen Punkten stationiert sind. Sie stören deren Arbeit, indem sie Filmaufnahmen tätigen, die Soldaten mittels Worten provozieren, oder sogar „Palästinenser“ in ihre Arbeit miteinbeziehen, die gegen die Soldaten vorgehen sollen, um eine Reaktion zu provozieren. Die Provokationen reichen hierbei von verbalen Attacken bis hin zu körperlichen Übergriffen.

Bevorzugt werden dabei natürlich „palästinensische“ Frauen und Kinder

rael, wie bereits erwähnt, getarnt als Touristen und der jüdische Staat verzeichnete im vergangenen Jahr eine Rekordzahl von über 4 Millionen Besuchern. Es ist deswegen also nahezu unmöglich das Betreten des Landes zu verhindern, da die Motive für die eigentlichen Gründe der Einreise verschleiert werden.

Ein weiterer interessanter Punkt ist die Vielfaltigkeit der Menschen, die sich bei Im Tirtzu engagieren, denn nicht nur jüdische Israelis kämpfen für Aufklärungsarbeit in ihrem Land, sondern auch Christen, Drusen und andere, was vor allem bei Vorträgen den antizionistischen Teilnehmern oft den sprichwörtlichen Wind aus den Segeln nimmt.

„Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen.“ – Mit diesen Worten ermutigte einst Theodor Herzl zur Schaffung einer jüdischen Heimat in Israel. Das Land ist heute die einzige Demokratie im Nahen Osten mit den dazugehörigen Attributen wie Freiheit und Gleichheit für jeden Staatsbürger vor dem Gesetz, egal welcher Religion oder Herkunft, sowie Redefreiheit, Meinungsfreiheit und der Einhaltung von Menschenrechten. Trotzdem gibt es Menschen, die es dem einzigen jüdischen Staat der Welt scheinbar nicht gönnen wollen und deren antizionistische und antisemitische Agenda sie dazu antreibt, selbst diejenigen in Gefahr zu bringen, die sie doch vermeintlich schützen wollen. Mittels Manipulation und verbaler, sowie körperlicher Gewalt werden Soldaten bedroht, nur um eine Reaktion zu erzielen, die Israel als Unrechtsstaat darstellen könnte. Welche Wahrheit die Aktivisten durch diese provozierte Lüge verbreiten wollen, ist hierbei fraglich. Organisationen wie Im Tirtzu, stellen sich entschlossen dagegen und versuchen mit friedlichen Mitteln und Aufklärungsarbeit, die Menschen und die Weltgemeinschaft über die tatsächliche Lage in Israel aufzuklären. Weiter so!

Tina Adcock ist Religionswissenschaftlerin und studiert an der Tel Aviv University „Middle Eastern Studies“ und arbeitet daneben am Moshe Dayan Centre for Middle Eastern and Africa Studies.

„ Bei Im Tirtzu kämpfen nicht nur jüdische Israelis für Aufklärungsarbeit in ihrem Land, sondern auch Christen, Drusen und andere – was vor allem bei Vorträgen den antizionistischen Teilnehmern oft den sprichwörtlichen Wind aus den Segeln nimmt.“

stützt, doch sie finden auch Rückhalt in Form von Werbung und öffentlich Zuneigungsbekundungen von israelischen Professoren, gegen die im Tirtzu ebenfalls vorgeht.

„Touristen“ filmen Soldaten – Im Tirtzu filmt zurück

Nach all diesen Informationen wollte ich noch ein wenig mehr über die „Touristen“ in Erfahrung bringen, welche die israelischen Soldaten belästigen. Auch hier stand mir Eytan offen Rede und Antwort. Inspiriert von den antiisraelischen NGOs, den Falschinformationen, die allzu oft in den Medien Einzug finden, reisen Menschen nach Israel, um die vermeintlich unmenschlichen IDF-Soldaten bei ihren Verbrechen zu filmen. Dies geschieht vor allem an Orten wie Hebron und der Grenze zu Gaza, wo die Spannungen am größten sind. Die „Touristen“ sind einfach zu erkennen, denn sie tragen zumeist Westen, filmen die Soldaten und arbeiten mit Organisationen wie zum Beispiel B'Tselem

eingesetzt, um der Welt zu zeigen, dass der Unrechtsstaat Israel nicht einmal vor dieser Bevölkerungsgruppe Halt macht und sie im besten Falle gewaltsam unterdrückt. Die Soldaten sind einem immensen Stress ausgesetzt und werden daran gehindert, ihre eigentliche Arbeit, die gesamte israelische Bevölkerung, also Juden, Christen, Beduinen, Muslime, Drusen und andere zu schützen. Aus diesem Grund entschied sich Im Tirtzu dazu, den Spieß einfach umzudrehen, die sogenannten „Touristen“ bei ihrer Arbeit zu filmen und der Welt diejenigen Gesichter zu zeigen, die alle Bewohner Israels in Gefahr bringen, einschließlich der „Palästinenser“, die sie doch eigentlich angeblich schützen wollen.

Man kann nicht alle Touristen überprüfen

Viele Menschen fragen Im Tirtzu, wie es sein kann, dass Israel diese Menschen in ihr Land einreisen lässt. Die Antwort ist sowohl einfach als auch logisch, denn die vermeintlichen Aktivisten besuchen Is-

◀ Fortsetzung von Seite 2

ernsthaft und lautstark zu hinterfragen, wann die Judenfreund-Pretender unserer Politik sich endlich wirklich hinter die jüdischen Menschen in Israel und hier stellen, wann sie endlich aufhören, Morde an Juden und Atombomben-Gelüste gegen Israel zu finanzieren und islamische „Juden ins Gas“-Rufe auf unseren Straßen zu dulden.

Taten und Worte gehen auseinander

Wir haben nicht mehr, so lange jüdische Fürsprache für die bisherige Politik nichts anderes liefert als eine Alibi-Plattform für die stets gleichen Beschwichtigungs-Lügen der etablierten Parteien, die – wie im Falle der Merkel'schen Staatsräson-Sprechblase – das eine in Richtung der Juden sagen und das Gegenteil tun.

So lange sind hysterische jüdische Angriffe auf die wegen des vollständigen Versagens der etablierten Parteien leider einzige wirkliche Oppositionspartei in diesem Lande, die sich gegen die islamische Verachtung unseres demokratischen Rechtsstaates stellt und damit implizit – mit oder auch ohne diesbezügliche Intention oder Sympathie mit den Juden – auch den jüdischen Menschen hier die Angst vor muslimischen Hassangriffen und dem Herausprügeln jüdischer Kinder aus Islam-dominierten deutschen Schulen nimmt – solange ist das ganze nur in die dortige Richtung zielende, aufgeregte Geifern über den selbstverschuldeten erstarkenden rechten Rand nichts anderes als inhaltsleerer polemischer und armseliger Doppel-Standard.

Derartige von unseren, sonstig handzahn angepassten jüdischen Vertretern mit Schaum vor dem Mund vorgetragenen Attacken sind unter den gegebenen Umständen ein von jedem vernünftigen Urteil ungetrübtes, inhaltsleeres Nachplappern der ausschließlichen Vernebelung des eigenen Versagens dienenden Beschimpfungen seitens der ausschließlich um die eigenen schwindenden Posten bangenden, zu jeder Lüge und jeder Niedertracht fähigen Bereitern eines neuen jüdischen Exodus aus unserer – durch ausnahmsloses Verschulden der gegenwärtigen politischen Führung – zusehends dem islamischen Atavismus und Judenhass preisgegebenen, bisher noch lebenswerten, viele Nachkriegs-Jahrzehnte lang wundervollen und freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland.

Gerade wir Juden, leidgeprüft wie unsere Familien sind – meine Eltern waren die einzigen Überlebenden ihrer von Hitlers Schergen in Majdanek gemeuchelten Familien – sollten dem allzu durchsichtigen und keinesfalls der Sorge um uns Juden geltenden Hassgeifern der ausschließlich um ihre politischen Pfründe besorgten, bislang nur allzu gut versorgten und vom Staat hochbesoldeten linken Islam-Appeaser aufsitzen.

Berlin ist nicht Weimar, und die AfD ist nicht die NSDAP. Sie ist eine nationale aber G'ttlob keine sozialistische – auch keine national-sozialistische Arbeiter-Partei. Und eine Mord-Partei ist sie gleich gar nicht. Trotz der mega-dummen rückwärtsgerichteten nationalen Überhöhungen und intolerablen antijüdischen Stereotype einiger ihrer Funktionäre und nicht weniger ihrer Mitglieder.

Ja – Antisemiten gibt es dort auch. Aber die gibt es kein Stück weniger in allen bislang etablierten, besonders in den linken Parteien – vor allem dort nur allzu durchsichtig als Israelkritiker getarnt und durch ihre Allianz mit den heutigen islamischen Judenmördern deutlich gefährlicher.

Warum verlassen die Juden Europa?

Jedenfalls verlassen Juden Deutschland und Europa nicht wegen eines Herrn Gauland, und schon gar nicht wegen einer Frau Weidel oder Frau Storch, sondern wegen des wachsend unerträglicher werdenden Juden-feindlichen Klimas unserer sich auch unter dem kaum noch zu vermeidenden Diktat der grünen Zeugen Gretas immer mehr islamischer Rechtsverachtung ergebenden Republik.



Freibäder werden in Deutschland und Westeuropa immer öfter zu Gefahrenzonen.

In den schlimmsten Albträumen war nicht anzudenken, dass gerade in diesem Lande, dessen lange frenetisch bejubelte politische Führung in finsterster Zeit derart unsägliches Leid über das jüdische Volk und seine Menschen gebracht hat, nur 7 Jahrzehnte nach dem Ende des Horrors, durch das entseelte und verantwortungslose politische Handeln eines weit nach links gerückten Regierungsbündnisses wieder eine rapide fortschreitende Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens ohne demütigendes Identitäts-Mimikry und islamische No-Go-Areas für Juden das Tagesgeschehen bestimmen würden.

„ Gerade wir Juden sollten nicht den vom Staat hochbesoldeten linken Islam-Appeasern aufsitzen. “

Schlimmer noch, die unerhörte und beschämende Empfehlung eines deutschen Regierungsbeauftragten – ausgerechnet gegen den Antisemitismus – an die Juden, zu ihrer eigenen körperlichen Sicherheit, die Kippa abzusetzen, bestätigt und besiegelt trotz gegenteiliger scheinheiliger Beteuerungen unserer Politik die Berechtigung der Ängste der ohne wirksame Hilfe im Stich gelassenen jüdischen Minderheit und ist eine faktische Kapitulation vor der immer mehr Fahrt aufnehmenden überwiegend islamischen Gewalt gegen Juden.

Trotz des unbestritten vorhandenen und ebenfalls als Resultat des Vernunft-verlassenen Islam-Einlass-Kurses unserer Politik erstarkten ewiggestrigen tradierten Antisemitismus ist es allem voran der unverantwortlich suizidale Strukturauflösungs-Kurs unseres Rechtsstaates durch die gegenwärtige politischen Führung, der verantwortlich zeichnet für diese sich täglich verschlechternde Situation der Juden in diesem Lande und weiteren Teilen Westeuropas.

Ablenkungs-Thema Klima-Hype

Die gezielte Umlenkung der politischen Themen und Schwerpunkte auf einen grüne Klima-hysterischen und sinnentleerten Pseudo-Aktivismus verheißt leider auch nichts Gutes für eine Umkehr dieser Entwicklung. Die Juden Frankreichs und anderer westeuropä-

scher Staaten wandern bereits in großer Zahl aus ihren Heimatländern aus und überlassen den Platz den Muslimen. Deutschland dürfte angesichts des zu erwartenden Abstimmungsverhaltens seiner Klima-betäubten Wähler in nicht allzu ferner Zukunft der französischen Entwicklung folgen.

Da tut es gut – um inmitten des heutigen politischen Irrsinns nicht zu verzweifeln – Stimmen wie die von Henryk Broder, Seyran Ates, Hamed Abdel-Samad, Prof. Wolffsohn, dem Philosophen Alain Finkielkraut, dem die Dinge auf den Punkt bringenden US-Botschafter Richard Grenell und dem Harvard-

Absolventen und Historiker Daniel Pipes zu hören.

Sie alle machen sehr nachdenklich und verdienen – bevor es auch dafür zu spät sein wird – gehört und beachtet und schon gar nicht und vor allem nicht durch jüdische Menschen beschimpft und/oder beleidigt zu werden. In keinem Falle dürfte es hilfreich sein (von Diplomatie gar nicht erst zu sprechen) einen renommierten und engagierten Wissenschaftler wie Daniel Pipes einen Pseudo-Gelehrten zu nennen, nur weil er den Finger auf die bereits weit klaffende Wunde legt und man genau diese aus welchen Gründen auch immer nicht sehen möchte.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU und ich verspüren jedenfalls keine Neigung kritiklos zu schweigen und mit Verlaub als nützliche jüdische Idioten den schrecklichen Leidensweg unserer Vorfahren durch willfähiges Anbieten an den hier geschaffenen Zeitgeist des Ausverkaufs unserer westlichen und demokratischen Werte zu verraten und die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel zu setzen.

Keine, aber auch gar keine Gemeinsamkeiten kann es geben mit der verlogenen Antisemitismus-Heuchelei der in Wahrheit von allen guten Geistern verlassen pro-islamischen Israel-Verurteilungs-Akteure aus der linken „Breaking-the-silence“-nahen Szene der israelischen, deutschen und internationalen jüdischen Politik.

Und wir sind kein Stück bereit, etwa auch

noch gemeinsam mit den hiesigen – „His Master's Voice“ wiedergebenden jüdischen Lobhudlern einer desaströsen Regierungs-Politik konform zu gehen.

Die GroKo verursachte den größten Rechtsruck der Nachkriegsgeschichte

Gerade als jüdischer Migrant und Sohn jüdischer Überlebender aus dem Zentrum des unsäglichsten deutschen Schoah-Mordens in Ostpolen, werde ich trotz aller Beschimpfungen, Diffamierungen, Ausladungen und abstrus-irrwitziger Rechts-Verortungen meiner Person weder schweigen noch in den Lobgesang der hiesigen Hofjuden einstimmen für dieses nicht nur für die Islam-generierte Bedrohung jüdischen Lebens, sondern auch für den größten Rechtsruck in der Nachkriegsgeschichte dieses Landes verantwortlichen Regierungsbündnis.

Undenkenbar für die JÜDISCHE RUNDSCHAU und für mich ist es auch etwa gemeinsam mit den hiesigen Geschichts-vergessenen und die tatsächliche Interessenlage unser jüdischen Menschen aus Opportunismus oder falscher Ideologie hintanstellenden Judenrats-Epigonen, die es aus lauter Liebedienerei zu den hiesigen linken Israel-Dämonisierern nicht einmal geschafft haben, vorbehaltlos zu der überfälligen Jerusalem-Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump zu stehen, etwa das nur allzu gern gesehene und durch hohe gesellschaftliche Aufwertung sattsam honorierte jüdische Alibi für die Fortsetzung der bisherigen desaströsen, für dieses Land und für uns Juden gefährlichen Einlass-Politik gewalttätigen, mörderischen Judenhasses zu liefern.

Israel und seine Menschen dürfte all dieses dank des umsichtigen Handelns seiner Politik und seiner Verteidigungsbereitschaft erspart bleiben.

Der demokratische Rechtsstaat Israel wird im Interesse seiner Menschen auch weiterhin ein prosperierendes Erfolgsmodell bleiben. Allen seinen Feinden hier und weltweit zum Trotz.

In diesem Sinne

Am Israel Chai!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

i.A. Simon Akstinat
Chefredakteur JR

Eine Frau von Bescheidenheit und Anstand

Zum Tode von Nechama Rivlin – First Lady und Ehefrau des Staatspräsidenten von Israel

Von Israelnetz

Israels „First Lady“ Nechama Rivlin ist am Mittwochnachmittag auf dem Herzberg in Jerusalem beigesetzt worden. An dem Staatsbegräbnis nahm auch Premierminister Benjamin Netanjahu teil. Die Zeremonie wurde live auf der Facebookseite von Staatspräsident Reuven Rivlin übertragen. Der wandte sich mit gebrochener Stimme direkt an seine verstorbene Frau: „Meine Nechama, unsere Mutter: Heute Morgen stand ich auf – Du weißt, dass ich nicht schlafen konnte – und habe auf das Datum geschaut, das mir so vertraut ist: der 5. Juni. Meine Liebe, herzlichen Glückwünsch. Ein trauriger Geburtstag.“ Nechama Rivlin wurde am 5. Juni 1945 geboren und starb am 4. Juni 2019. „Das ganze Land liebt Dich“, erklärte Rivlin weiter.

Israelische Medien würdigten Nechama Rivlin in zahlreichen Beiträgen. „Sie hatte kein vornehmes Gebaren, sie war nicht ausgefallen, sie war direkt“, schreibt die „Times of Israel“ und schildert, wie Nechama Rivlin noch selbst bis in die Nacht hinein Kuchen für ihre Freunde gebacken habe. „Sie war ohne Heuchelei, anständig in Allem, was wir von ihr sahen.“ Rivlin werde geliebt, „weil sie ist, wer wir sind“, findet die Onlinezeitung.

„Ha'aretz“ sieht Kontrast zu Netanjahus

Etwas anders äußerte sich die linksliberale Tageszeitung „Ha'aretz“ in einem Meinungsbeitrag. „Die Jahre Nechama Rivlins in der Präsidentenresidenz in Jerusalem strahlen Bescheidenheit, Anstand und aufrichtige Sorge für die Unprivilegierten aus.“ Die Zeitung zeichnet unter Verweis auf Premierminister Benjamin Netanjahu und seine Frau Sara einen starken Kontrast zur „vulgären Anmaßung des selbstgesalbten Königspaares“, das in der Residenz des Premierministers lebe.

„Rivlin hat von seiner Nechama Kraft geschöpft, um Israels zunehmend unter Beschuss stehende Werte von Anstand und Demokratie zu predigen“, meint das Traditionsblatt und befürchtet, dass der Präsident nun von der Trauer „überwältigt, übermannt und letztlich gelähmt wird“. Präsident Rivlin gilt als Gegenspieler von Premier Netanjahu. „Israel dürstet nach mehr Menschen wie Nechama Rivlin“, heißt es auch in einem anderen



Reuven Rivlin mit seiner Frau Nechama

Beitrag der „Ha'aretz“. Jeder ihrer Auftritte sei „ein kleines Vergnügen“ gewesen. „Ihr Charme lag darin, dass sie nicht wie eine offizielle Vertreterin aussah und auch nicht versuchte, so auszusehen“, schreibt die Zeitung weiter.

Auch Erdoğan und Abbas kondolieren

An Nechama Rivlins Bescheidenheit erinnert „Ma'ariv“. „Sie tat Dinge ohne Überheblichkeit, ohne viel Lärm zu machen“, stellt die Tageszeitung fest. „Sie blieb immer außerhalb des Rampenlichts.“ Nach der Wahl ihres Ehemanns habe sie am liebsten in ihren eigenen

vier Wänden bleiben wollen, erinnert sich die Tageszeitung „Yedioth Aharonot“. „Du wolltest nie im Rampenlicht stehen, aber hast verstanden, dass du als Präsidenten-Gattin eine Rolle zu erfüllen hattest“, sagte auch Staatspräsident Rivlin während der Beerdigung.

Unterdessen sind in Israel zahlreiche Trauerbekundungen aus aller Welt eingetroffen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sprach der Familie Rivlin und dem israelischen Volk in einem Brief sein Beileid aus. Er habe „mit großer Trauer“ von dem Tod Nechama Rivlins erfahren. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

erklärte, dass Rivlin „als eine starke und couragierte Persönlichkeit in Erinnerung bleiben wird“. In einer Zeit zunehmender Polarisierung habe sie Toleranz verkörpert. „Frau Rivlin hat ihr geliebtes Land mit Format und Anmut verkörpert“, teilte US-Präsident Donald Trump mit. Am Donnerstag kondolierte auch der Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA), Mahmud Abbas. Staatspräsident Rivlin wird am Donnerstag und Freitag in seiner Residenz Kondolenz-Besucher empfangen. Sie könnten ihm ein wenig von dem bringen, was seine Frau in ihrem hebräischen Namen Nechama trug: Trost.

Alija mit 89

Australisch-jüdischer Milliardär Sir Frank Lowy: „In Israel fühle ich, dass ich zu Hause bin. Das ist alles.“

Von Israelnetz

Sir Frank Lowy will nach einer atemberaubenden Karriere seinen Lebensabend in Israel verbringen. Den laut „Forbes“ 6,5 Milliarden Dollar schweren Unternehmer verbinden nicht nur seine jüdischen Wurzeln mit dem Land.

„Ich fühle, dass ich zu Hause bin. Das ist alles. So einfach ist es“, sagte Sir Frank Lowy in einem Interview des israelischen Fernsehsenders „Kanal 12“ vergangene Woche, nach seiner Alija. Lowy ist Gründer der „Westfield Group“, die weltweit Einkaufszentren betreibt und die er 2017 für 33 Milliarden Dollar verkaufte. Sie ist nun Teil der Unibail-Rodamco-Westfield SE.

Anfang dieses Jahres ist Lowy nach Israel eingewandert und fühlt nun, dass er dort „zu Hause“ ist.

Geboren 1930 in der heutigen Slowakei sah es für Lowy nicht nach einer steilen Karriere aus: Er kam ins Budapester Ghetto. Sein Vater verschwand bei dem Versuch, einen Ausweg für die Familie zu finden. Auf abenteuerliche Weise schlug Lowy sich in das Mandatsgebiet Palästina durch. Dort schloss er sich der zionistischen paramilitärischen Organisation Hagana an, die später in der israelischen Armee aufging. In ihren Reihen kämpfte er im israelischen Unabhängigkeitskrieg. Als junger Soldat habe er „keinen Penny“ gehabt. Die anderen hätten Hummus

und Falafel gegessen, aber er konnte es sich nicht leisten.

Im Jahr 1952 wanderte er mit seiner Mutter nach Australien aus, änderte seinen Namen von Pinchas in Frank und begann seine Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Karriere. Später wurde er von Queen Elizabeth II. zum Ritter geschlagen „für seinen Beitrag zur Wirtschaft des Vereinigten Königreichs durch sein von ihm gegründetes Unternehmen Westfield und seine großen Investitionen in das Vereinigte Königreich“.

Jahrelang vom Vater keine Spur

Sein Leben lang litt Lowy darunter, nichts über das Schicksal seines verschwundenen Vaters zu wissen – bis er

1991 in Kalifornien einen Mann traf, der mit seinem Vater in Budapest gewesen war. Von ihm erfuhr der inzwischen steinreiche Australier, dass die Nazis seinen Vater auf dem Weg nach Auschwitz ermordeten, nachdem er sich wiederholt geweigert hatte, seinen Gebetsschal und die Gebetsriemen abzugeben. Mit diesem Wissen ließ Lowy einen Zugwaggon zu einem Denkmal für Auschwitz umbauen, wo er 2013 das Trauergebet für seinen Vater sprechen konnte.

Frank Lowy war Israel nach seiner Auswanderung stets verbunden geblieben. Er spendet beispielsweise schon viele Jahre für Keren Hayesod, eine Organisation, die Spenden für Israel sammelt.

Der Kampf eines Terroropfer gegen die britische Regierung

Kay Wilson kämpft seit Jahren dafür die Überweisung britischer Steuergelder an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ zu stoppen, weil diese auch Gehälter an ihre Peiniger zahlt.

Von Israelheute

Kay Wilson, eine israelisch-britische Reiseleiterin, die zusammen mit ihrer Freundin Kristin Loken im Jahr 2010 im Jerusalemer Wald von Terroristen überfallen und dabei durch 13 Messerstiche verletzt wurde, beschuldigt die britische Regierung, dem Terroristen, der sie verletzt hatte, ein hohes monatliches Gehalt zu finanzieren. Während ihre Freundin bei dem Anschlag getötet wurde, gelang es ihr, sich zu retten, indem sie sich totstellte, worauf die Terroristen den Tatort verließen.

Wilson, die seit Jahren gegen die britische Regierung kämpft mit dem Ziel, die Überweisung von Geldern an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ einzustellen, behauptet, die Regierung finanziere dadurch terroristische Aktivisten. Sie mobilisierte Millionen von britischen Bürgern, um sie bei ihrer Forderung zu unterstützen, sie zeichnete ein Bild des Terroristen und schrieb: „Das ist der Wilde, der mich mit einer Machete angegriffen hat. Mit so viel Kraft, dass er mir über 30 Knochen gebrochen hat, die britische Regierung (die Abteilung für internationale Hilfe DFID) zahlt sein Gehalt, er hat bereits mehr als 70.000 Pfund erhalten und jetzt wird sein Gehalt voraussichtlich noch erhöht werden. Eine Schande.“

Post im Twitter-Konto

Wilson's Worte lösten viele Reaktionen aus. Das britische Ministerium für internationale Hilfe antwortete auf Twitter: „Großbritannien verurteilt auf der schärfsten jede terroristische und gewalttätige Handlung und die britische Hilfe wird nicht dazu benutzt, um die Gehälter der Gefangenen zu bezahlen. Wir haben Kontrollmaßnahmen eingeführt, um sicherzugehen, dass die Hilfgelder nur für die Gehälter der Lehrer und der Angestellten im Gesundheitswesen verwendet werden.“

Die britische Regierung überweist der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ finanzielle Unterstützungszahlungen, die dazu bestimmt ist, die Gehälter von Lehrkräften und Angestellten des Gesundheitswesens zu finanzieren. Wilson behauptet, dass die britische Hilfe für die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (indirekt) dazu verwendet würde,



Kay Wilson mit einem hebräischen Gebet, das ihr der christliche Araber Wassim Razzouk (links) aus Jerusalem tätowiert hat. 2010 wurde sie und eine Freundin bei Jerusalem von zwei arabischen Männern entführt und gequält. Die Freundin starb. Wilson überlebte, weil sie sich totstellte.

die Gehälter „palästinensischer“ Gefangener und ihrer Helfer zu bezahlen, deren Familien von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ Zulagen erhalten. Ohne britische Hilfe würde die „Palästinensische Autonomiebehörde“ Schwierigkeiten gehabt haben, diese Gehälter zu bezahlen.

Wilson's Geschichte erreichte in der Vergangenheit auch das britische Parlament nach einer parlamentarischen Anfrage zur britischen Hilfe an die „Palästinensische Autonomiebehörde“.

Das Ministerium für internationale Zusammenarbeit antwortete:

„Britische Hilfe wird nicht für palästinensische Gefangene oder deren Familien verwendet. Die britische Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde hilft bei der Einstellung von Bildungs- und Gesundheitspersonal, einschließlich Lehrern, Ärzten und Krankenschwestern im Westjordanland. Und wir haben strenge Prüfungsmechanismen, um sicherzustellen, dass diese Hilfe nicht umgeleitet wird.“

Großbritannien drängt die „Palästinensische Autonomiebehörde“ weiterhin, ihre Zahlungen an Gefangene zu reformieren, um sie an die Bedürfnisse anzupassen und transparent zu ma-

chen. Die britischen Minister haben dies in Gesprächen auf höchster Ebene der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ angesprochen, darunter der „palästinensische“ Außenminister Maliki und der Finanzminister Shukri. In den Jahren 2018-2019 ermöglicht die britische Hilfe für den „palästinensischen“ Gesundheits- und Bildungssektor die Auszahlung von Gehältern an 37.600 Lehrer, Ärzte, Lehrer und anderen. Das ermöglicht die Bildung für 26.000 „Palästinenser“, 3.300 Impfungen für Kinder und 111.000 medizinische Konsultationen.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

● **Sri-Lanka** ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

■ **VIETNAM** ab 1920€ (15 Tage)

■ **MADEIRA** ab 699€ (7 Tage)

■ **GEORGIEN** ab 650€ (7 Tage)

■ **ASERBAIDSCHAN** ab 850€ (7 Tage)

■ **ST. PETERSBURG** ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Ball ab 990€

Linoy Ashram: Israels zukünftiger Superstar

Die israelische Rhythmische Sportgymnastin aus Rishon Lezion ist eine der heißesten Kandidatinnen für Gold bei den bevorstehenden Olympischen Spielen 2020 in Tokio.



Linoy Ashram bei einem Turnier in Minsk im Juni 2019

Von Israel Heute

Die in Israel geborene Athletin gewann bei den Europäischen Spielen 2019 in Minsk (Weißrussland) zwei weitere Goldmedaillen für ihre immer größer werdende Sammlung, sowie eine Silbermedaille. Ashram gewann Gold für ihre individuelle Routine und in der Mannschaftswertung.

Die 19-jährige Ashram brach den Weltrekord für Punkte im Rahmen des Mannschaftswettbewerbs und übertraf damit den Rekord, den die Russin Dian Averina bei der Europameisterschaft

Saison zwei Goldmedaillen gewann. Sie gewann in diesem Jahr auch Gold beim Wettbewerb in Spanien. Die israelische Turnerin wird noch in diesem Jahr an der Weltmeisterschaft in Bulgarien teilnehmen. Letztes Jahr belegte sie bei den Weltmeisterschaften in Italien den dritten Platz im Mehrkampf und war damit die erste Israelin, die jemals eine Medaille in dieser Kategorie gewann.

Israel entsendet seit 1952 Delegationen zu den Olympischen Spielen. Selbst eine unvergessliche Tragödie im Jahr 1972, als elf Mitglieder der israelischen

Ashram gilt als starker Anwärter auf die Goldmedaille bei Mannschafts- und Einzelwettbewerben, bei denen

Israel bei den Olympischen Spielen 2020 in Tokio vertreten sein wird.

„ Das israelische Olympische Komitee wies darauf hin, dass Ashram die erste Person in der Geschichte der internationalen Meisterschaft ist, die in einer Saison zwei Goldmedaillen gewann. “

2018 aufgestellt hatte. Averina gilt als die größte rhythmische Turnerin der Welt.

Russische Turnerinnen dominieren seit vielen Jahren die Wettkämpfe und der Sieg von Ashram zeigt, dass sie in diesem hochspezialisierten und strengen Sport auch unter Druck gut abschneiden kann.

Das israelische Olympische Komitee wies darauf hin, dass Ashram die erste Person in der Geschichte der internationalen Meisterschaft ist, die in einer

Delegation von der „palästinensischen“ Terroristengruppe ermordet wurden, hinderte die Israelis nicht daran, an den Spielen weiter teilzunehmen. Israel hat bisher insgesamt 9 Medaillen bei olympischen Spielen gewonnen, darunter eine Goldmedaille im Surfen bei der Olympiade 2004 in Athen und eine Silbermedaille im Judo bei den Spielen 1992 in Barcelona. Dazu kommen zwischen 1992 und 2016 noch sieben Bronzemedailles in den Disziplinen Judo, Segeln und Kanu.



So viele Medaillen sind bei israelische Sportler eine echte Ausnahme.

Ramat Trump – ein Dorf im Golan trägt den Namen des US-Präsidenten

Auf Veranlassung des Premierministers Netanjahu benennt Israel aus Dankbarkeit für die Anerkennung des Golan als israelisches Gebiet einen Ort auf der Hochebene nach Donald Trump.



Benjamin Netanjahu bei der Eröffnung der Siedlung.

Von Israelnetz

Mit der feierlichen Eröffnung einer nach dem US-Präsidenten Donald Trump benannten Siedlung hat der israelische Premier Benjamin Netanjahu am Sonntag ein Versprechen eingelöst. Die israelische Regierung will mit „Ramat Trump“ (Trump-Höhen) ihre Dankbarkeit für die amerikanische Anerkennung der Golanhöhen als israelisches Gebiet ausdrücken.

Netanjahu sprach bei der Einweihung vor seinen Kabinettsmitgliedern von einem „Meilenstein in der Geschichte des

Golans“. Trump nannte er einen „sehr großen Freund des Landes“. Er sei „ein Freund, der Dinge für dieses Land getan hat, die in der Vergangenheit nicht umgesetzt wurden, aber im Namen von Gerechtigkeit und Wahrheit hätten getan werden sollen“. Der Golan werde immer „ein untrennbarer Teil Israels“ sein.

Gleichzeitig erklärte Netanjahu noch einmal das sicherheitspolitische Interesse Israels an dem Gebiet: „Wenn wir nicht hier wären, dann wären es fanatische iranische Milizen. Wir werden das niemals

zulassen.“ Bei den UN und dem Großteil der internationalen Gemeinschaft war der amerikanische Vorstoß vor zwei Monaten auf Ablehnung gestoßen.

Golan untrennbarer Teil Israels

Trump dankte Netanjahu in einem Tweet für die „große Ehre“. Der anwesende US-Botschafter David Friedman kündigte an, die Arbeit an der „unzerbrechlichen Allianz zwischen den Vereinigten Staaten und Israel“ weiter stärken zu wollen.

Ein Sprecher der israelischen Opposi-

tionspartei Blau-Weiß nannte die Zeremonie „nichts weiter als nicht-bindende Fake-Politik“. Von Ramat Trump gibt es bisher nur das Ortsschild. Die Siedlung soll als Erweiterung der Bruchim-Kommune entstehen. Diese zählt momentan etwa zehn Bewohner. Laut der Tageszeitung „Ha'aretz“ kann die Umbenennung im Moment aber nicht vollzogen werden, da die Regierung nur geschäftsführend im Amt ist. Die Verwaltung kann im Voraus lediglich die nötigen Vorkehrungen treffen.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Das israelische Innovationswunder – wie die Wüste Hightech schafft

Enger Zusammenhalt und die gemeinsame Armee-Zeit spornen die Gründer in Israel zu neuen Leistungen an.



Von Marc Jacob

Startup-Konferenz in Israel

Auf den Golan-Höhen sitzend wirkt Israel noch so wie man es sich aus biblischen Erzählungen vorstellt. Das Land ist weitläufig, unbewohnt, man sieht viel Grün und das Weideland erstreckt sich soweit das Auge reicht. Und auch Israel wirkt so wie man es im Westen kennt: Die Menschen sind lebensfroh, obwohl der Krieg immer nah ist. Syrien ist nur ein paar Kilometer entfernt und auch die Bedrohung aus dem Libanon ist omnipräsent.

Von hier oben blickt man ins weitläufige Tal Israels hinein. Das Leben ist einfach und ruhig. Tel Aviv ist gut zwei Autostunden entfernt und damit auch das pulsierende Leben. Wenn man den Blick durch die Ebene streifen lässt, ist es schwer vorstellbar, dass dieses kleine Land, welches an der schmalsten Stelle nur 15 Kilometer breit ist, aktuell die Welt verändert. Viele junge israelische Unternehmen sind dabei, neue Lösungen zu entwickeln, die die Welt umgestalten.

Israelischer Gründergeist schafft ständig neue Innovationen

Greifbarer ist dieser Zustand in Tel Aviv. In der pulsierenden Metropole am Mittelmeer, die für mich das San Francisco des Ostens ist, wird Zukunft geschaffen. Israels Startups schaffen von dieser Stadt aus neue Standards und entwickeln disruptive Technologien. Doch sie verändern damit nicht nur Israel oder die Welt, sondern auch das Bild Israels in der Welt. Für den israelischen Staat sind die Gründer unbezahlbar wertvoll.

Wie erfolgreich die israelischen Gründer sind, zeigt ein Blick auf den Markt für Risikokapital. Das letzte Jahr war für Israels Gründer ein Rekordjahr.

Eine Summe von 6,47 Milliarden US-Dollar wurde in israelische Startups investiert, eine Steigerung um 17 % im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig stieg auch das Volumen der Transaktionen, auch ersichtlich an 24 Investitionen, die ein Volumen über 50 Millionen US-Dollar hatten. Das alles in einem Land, welches der Größe und Einwohnerzahl Hessens entspricht, gleichzeitig aber ein Investitionsvolumen vergleichbar mit dem Deutschlands aufzeigt.

Nirgends wird Israels Dynamik so sehr sichtbar wie in den Coworking-Spaces der Stadt. Die Idee des Coworkings wird hier perfektioniert, sie wird von allen Beteiligten gelebt und sie macht diese Stadt aus. Im „WeWork“ Herzliya herrscht eine lebendige Aufbruchsstimmung, hier wo junge Gründer sich mit anderen Gründern austauschen und gleichzeitig an ihrer Idee feilen können, wird Zukunft geschaffen.

Es ist dabei keine Überraschung, dass die weltweit bekanntesten Anbieter WeWork und Mindspace beide von Israelis gegründet wurden. WeWork, im Jahr 2009 gegründet, verfügt heute über 100 Büros weltweit – Tendenz stark wachsend. Das Unternehmen ist mittlerweile 47 Milliarden US-Dollar wert und gehört damit zum legendären „Club der Einhörner“. Auch das zeigt, dass Israel zu einem Place to-be geworden ist – es geht nicht mehr ohne.

In der Idee des Coworking steckt auch viel der Identität Israels. Die Büroräume sind darauf ausgelegt, dass Menschen sich treffen und Ideen ausgetauscht werden. Verschiedene Kulturen und Menschen sind überall verteilt. Am Ende fühlt man sich sehr an die Idee des Kibbuz erinnert, bei der viele Lebensbereiche geteilt werden und Aufgaben zusammen erledigt werden, nur eben in kapitalistischer Ausführung.

Deutsche haben mehr Angst vorm Scheitern

Auch noch heute ist Israel die „Startup Nation“, von der Dan Senor und Saul Singer im Jahr 2009 geschrieben haben. Die Dynamik Tel Avivs ist mit keiner anderen europäischen Stadt vergleichbar. Das liegt wohl auch an der Unbekümmertheit und Lockerheit, mit der junge Israelis an ihre Projekte gehen. Sie schaffen Unternehmen aus den Ideen hinaus, ohne sich Gedanken über ein potenzielles Scheitern zu machen.

Eine Gründerkultur ist in dieser Form etwas, was in Deutschland nicht vorhanden ist. Es ist nicht davon auszugehen, dass das nächste Google in München gegründet wird, jedoch kommt es vielleicht aus Tel Aviv. Diese erheblichen Unterschiede in der Perspektive liegen zum einen an der deutschen Gesellschaft, die eher das Risiko scheut, zum anderen aber auch daran, dass die israelische Gesellschaft, seit Ihrer Gründung vor 71 Jahren, vom Erfindereifer lebt. Ohne innovative Pioniere wäre in der Wüste Israels nicht eine Oase wie Tel Aviv entstanden.

Auch verstehen Israelis deutlich besser die Digitalisierung als es deutsche Unternehmen tun, die noch immer nicht begreifen, dass sie erheblich von einem Wandel ergriffen werden. Weder der multinationale Konzern, noch der kleine Mittelständler können heute davon ausgehen auch in 10 Jahren noch erfolgreich zu sein. Durch eine sich immer schneller verändernden Welt werden nur Unternehmen bestehen können, die sich diesen Veränderungen anpassen. Das Verständnis für diese Risiken und Wandel besteht in Israel in einem deutlich größeren Umfang.

Wird die Hälfte der amerikanischen Großunternehmen verschwinden?

Glaubt man einer Studie von Innosight, werden in 10 Jahren über 50 % der Un-

ternehmen im amerikanischen S&P 500 Index, der größten 500 amerikanischen Unternehmen, nicht mehr vorhanden sein. Der Grund dafür sind die steigende Innovationskraft und Veränderungswillen junger Unternehmen, besonders auch israelischer. Sie verändern Branchen und machen Geschäftsmodelle obsolet.

In den letzten Jahren ist das Potenzial und die Dynamik Israels auch in Deutschland mehr in den Fokus gerückt. Unzählige Wirtschaftsdelegationen haben das Land besucht und versuchen zu verstehen, was hier passiert, wie es sein kann, dass in dieser kleinen Oase am Mittelmeer eine solche große Schaffenskraft vorherrscht. Wie kann es sein, dass Israel es schafft die Jugend dazu zu ermutigen, ihre Träume in erfolgreiche Realitäten zu verwandeln.

Um das zu verstehen, muss man mit den Menschen vor Ort nur sprechen. Jeder, der seine Ideen mit anderen teilt, spürt die Euphorie, die ihm zu Teil wird. Jungen Menschen schlägt nicht der Pessimismus reaktionärer Geister entgegen. Sie werden dazu ermutigt, die Zukunft in die Hand zu nehmen, das Land zu gestalten und weiter zu entwickeln. Auch hier spürt man, dass der Pioniergeist in Israel immer noch vorhanden ist.

Israel ist von einem Land in der Wüste zu einem Standort für hochinnovative Technologie geworden. Durch die Unternehmen und jungen Gründer in Tel Aviv und Co. steht Israel eine glorreiche Zukunft bevor. Die Dynamik kann dabei helfen der gesamten Region neue Impulse zu geben, daran wird in Tel Aviv gearbeitet – an einer besseren und glücklicheren Zukunft, das spürt man bis hier oben auf den kühlen Golan Höhen.

Der einfachste wäre der beste Nahost-Friedensplan

Im Grunde ist es ganz simpel: Es gilt nicht nur, keine Muslime, sondern auch keine Juden zu töten. Ein sicher hilfreicher 5-Punkte-Vorschlag unseres Autors.

Von Thomas Eppinger

Der „Deal des Jahrhunderts“ soll der Nahost-Friedensplan von Donald Trump werden. Und wer weiß, vielleicht bringt er ja tatsächlich ein bisschen Schwung in das versteinerte Ritual endloser Verhandlungen, die in der Vergangenheit letztlich alle daran scheiterten, dass die „palästinensische“ Führung weder willens noch fähig war, Kompromisse zu schließen.

Einen ultimativen Deal des Jahrhunderts für den Nahen Osten à la Trump kann ich nicht bieten. Schon allein deshalb, weil es so was wie einen „Friedensplan für den Nahen Osten“ gar nicht gibt. Für die größten Konflikte der Region ist keine umfassende Lösung in Sicht: nicht für die Brennpunkte Syrien und Irak; nicht für das Hegemoniestreben des Iran; nicht für den Kampf der Sunniten gegen die Schiiten und umgekehrt; nicht für den Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran samt ihrem Stellvertreterkrieg im Jemen; vom Kampf der autoritären Regime gegen die eigene Bevölkerung, die immer lauter Bürgerrechte einfordert, die im Westen selbstverständlich sind, ganz zu schweigen. Der Nahe Osten ist instabil und wird es weiter bleiben.

Aber immerhin, für den kleinsten Konflikt in der Region, jenem zwischen Israel und den „Palästinensern“, hätte ich einen Vorschlag.

Der einfachste Friedensplan der Welt

Mein „Friedensplan“ hat drei Vorteile: er kann von den „Palästinensern“ alleine umgesetzt werden, er garantiert den „Palästinensern“ einen eigenen Staat mit einer glänzenden Zukunft, und er umfasst nur fünf Punkte:

1. Hört auf, Juden zu ermorden

Israel will wie jeder andere Staat der Welt Sicherheit und Frieden für seine Bevölkerung. Dafür ist es bereit, einen hohen Preis zu zahlen. Doch für keinen Israeli ist die Sicherheit des Landes und seiner Bevölkerung verhandelbar. Abgesehen davon, dass es sich einfach nicht gehört Menschen umzubringen, schadet ihr euch damit selbst: Für jeden Israeli, den ihr ermordet, bekommt ihr höhere Zäune, schärfere Grenzschutzanlagen und strengere Kontrollen. Also, vor allem anderen: Stop killing Jews!

2. Hört auf, den Mord an Juden zu belohnen

Statt Terroristen als Helden zu feiern und sie selbst und ihre Familien für ihre Taten zu bezahlen, verfolgt und bestraft sie, so wie jedes zivilisierte Land auf der Welt. Der Mord an Juden ist nur eine Zeit lang ein einträgliches Geschäftsmodell, das auch für einen selbst ziemlich böse enden kann. Fragt eure deutschen Freunde.

3. Erzieht eure Kinder nicht zu Hass

Jede Wette: wenn wir 15 Tage lang unangemeldet jeden Tag einen anderen israelischen Kindergarten besuchen, werden wir jeden Tag Lieder und Geschichten über Liebe, Frieden und Ver-



Erzieht eure Kinder nicht zu Hass

söhnung hören. Wenn wir das Gleiche 15 Tage lang im Westjordanland und in Gaza machen, werden wir jeden Tag antisemitische und anti-israelische Hetze zu hören bekommen. Um es mit der Abwandlung eines berühmten Zitats von Golda Meir zu sagen: Nur wenn ihr eure Kinder mehr liebt als ihr die Israelis hasst, werden sie in Frieden und Wohlstand leben.

4. Akzeptiert die Realität

Niemals werden Millionen „Palästinenser“ an Stätten „zurückkehren“, die sie nur vom Hörensagen kennen. Israel wird als jüdischer Staat fortbestehen, das ist seine Bestimmung. Und Jerusalem wird seine Hauptstadt bleiben. Wo heute Israelis leben, werden keine „judenreinen“ Orte mehr entstehen. Ein Gaza ist genug. Und: Die Araber lieben nur Palästina, die „Palästinenser“ sind ihnen bestenfalls gleichgültig. Sie brauchen euch nur als politisches Faustpfand gegen den jüdischen Staat. Sobald sie sich mit dessen Existenz arrangiert haben, seid ihr für sie so wertlos wie ein As im Ärmel bei einem Schachspiel. Ihr opfert eure Kinder vollkommen sinnlos, denn militärisch könnt ihr nichts gewinnen. Akzeptiert Israels substanzielle Sicherheitsinteressen und schließt auf dieser Basis Frieden. Wenn ihr Israel als immerwährenden jüdischen Staat annehmt, werden eure Kinder in Freiheit und Wohlstand aufwachsen, doch wenn sie töten, werden sie getötet. Lernt aus den letzten 70 Jahren: wenn ihr kämpft, verliert ihr.

5. Blickt nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft

Ihr denkt, euch sei Unrecht widerfahren? Na und? Wem denn nicht? So etwas wie eine gerechte Welt gibt es nicht. Damit zurechtzukommen, gehört zum Erwachsenwerden. Also werdet erwachsen und

macht das Beste draus. Die über 850.000 Juden, die seit der Gründung Israels aus arabischen Ländern und dem Iran fliehen mussten, haben hunderte Milliarden Dollar an Vermögen zurückgelassen. Und fünfmal mehr Land als die Fläche Israels! Also nehmt eure arabischen Brüder finanziell in die Pflicht, anstatt noch nach Generationen über ein paar Steinhäufen und Olivenbäume zu jammern. Israel wird euch jegliche Entschädigungszahlungen abtreten, wenn es dafür Frieden bekommt. Schon allein damit könntet ihr die Basis für einen prosperierenden Staat legen, aber ihr könnt von Israel und der Weltgemeinschaft noch sehr viel mehr bekommen – alles, was ihr dafür tun müsst, ist euch für die ersten vier Punkte zu entscheiden. Träumt nicht von der Rückkehr in eine imaginierte Heimat, sondern nehmt das Geld und investiert es in Infrastruktur, Schulen und Universitäten statt in Waffen.

Es könnte so einfach sein

Natürlich hat all das nicht die geringste Chance auf Umsetzung. Darum wird es auch keinen eigenen „Palästinenserstaat“ geben, denn diese fünf Selbstverständlichkeiten wären die Voraussetzung dafür.

Und doch könnte es so einfach sein. Es ist noch nicht so lange her, dass Arbeiter aus Gaza bei jüdischen Familien und Unternehmen in der Umgebung von Sderot beschäftigt waren, dass man gemeinsam Kaffee getrunken und Süßigkeiten gegessen hat, dass die Kinder miteinander gespielt haben. Es ist noch nicht so lange her, dass arabische Familien am Wochenende von Ramallah an den Gazastreifen baden fuhren. Viele Menschen im Westjordanland erinnern sich daran. Für sie ist die „gute alte Zeit“ jene vor der Zweiten Intifada, auf die Israel mit der Errichtung der Sperranlagen reagiert und damit die Zahl

der Anschläge drastisch reduziert hat. Und vom einen oder anderen Älteren hört man gar, dass die israelische Verwaltung besser für die arabische Bevölkerung gewesen sei als jene der Autonomiebehörde nach dem Oslo-Abkommen.

Vor allem aber fragen sich immer mehr, wo denn das ganze Geld geblieben sei, mit dem Europa und die USA die „Palästinenser“ zur höchst alimentierten Bevölkerungsgruppe der Welt gemacht haben. In Ramallah sieht man dieses Geld, nicht nur in den Villen und Arafats Mausoleum. Ramallah ist eine vergleichsweise wohlhabende Stadt. Doch mit jedem Kilometer, mit dem man sich von der unmittelbaren Umgebung der Fatah-Bonzen entfernt, verfällt die Infrastruktur. Die Bewohner des Westjordanlandes wissen, dass sie von einer korrupten Elite angeführt werden, und sie wissen, dass sie in einer Diktatur leben, die jeden Protest bestraft. Nur was sie dagegen unternehmen könnten, das wissen sie nicht.

Für die jungen „Palästinenser“ ist Google Translate in Arabisch das Tor zur Welt. Sie wissen, wie die Straßen in Tel Aviv, New York oder Berlin aussehen, und wie alle Jugendlichen möchten sie vor allem reisen und die Welt sehen, irgendwann eine Familie gründen und einen guten Job haben. Doch nationalistische Indoktrination und arabische Propaganda lassen die Wenigsten erkennen, dass nicht Israel diesem Ziel entgegensteht, sondern die eigene Führung. Noch ist für alle hausgemachten Probleme Israel der Sündenbock.

Unter diesen Voraussetzungen kann es keine Zwei-Staaten-Lösung geben, und mein „einfachster Nahost-Friedensplan der Welt“ hat bestenfalls anekdotischen Wert. Bleibt vorläufig tatsächlich nur die Hoffnung auf einen „Deal of the Century“.

Die sorglose Bar-Mitzva meines Enkels

Der Autor über seine jüdischen Komplexe im Nachkriegs-Österreich und die jüdische Selbstverständlichkeit seines Enkels in den USA

Von Peter Sichrovsky
(Schlaglichter.at)

Da stand ich nun in einer der vorderen Reihen einer orthodoxen Synagoge in New Jersey, zehn Minuten vom Hudson River entfernt, der die Kleinstadt von Manhattan trennt, in der Koreaner und Juden friedlich neben und miteinander leben, und beobachtete meinen Enkel, wie er laut singend aus der Thora las. Ausgerechnet eine Stelle in der Thora über Frauen, die fremd gehen, und wie der Ehemann darauf reagieren sollte, aber sie können es sich nicht aussuchen, die jungen jüdischen Männer, es wird nach ihrer Geburt das Datum der Bar Mitzvah berechnet, und was immer sich so ergibt, muss eben gelesen werden.

Die Kippa auf meinem Kopf fand ich in einem Korb beim Eingang. Ich habe keine eigene, auch keinen Gebetschal, den die anderen Männer um die Schultern trugen, ein meist weißes Tuch mit blauen Stickereien und langen Fäden, die an den Enden hängen.

Ich wurde als Großvater zur Thora gerufen, während mein Enkel die Lesung unterbrach. Der Rabbiner erklärte mir, an welcher Stelle ich mit den Fäden des Schals den Text berühren sollte und zeigte auf einen in lateinische Schrift übertragenen Segensspruch, den ich stotternd vorlas, da mir die Worte und die Betonung fremd waren. Dann las mein Enkel weiter.

Eine jahrtausendealte jüdische Tradition – fremd trotz der eigenen jüdischen Abstammung

Eine jahrtausendealte Zeremonie lief vor meinen Augen ab, der ich trotz langer jüdischer Tradition meiner Familie nicht folgen konnte. Meine Eltern, mit viel Glück dem Horror des Holocaust entronnen, vermieden jede religiöse Erziehung für meine Brüder und mich. Wir wussten nichts vom Judentum, außer, dass wir keine Verwandten hatten, keine Großeltern, eine Tante, einen Onkel, alle anderen hätten nicht überlebt, erzählte meine Mutter manchmal, und als ich ein kleiner Bub war, konnte ich auch ihre Tränen nicht verstehen, wenn sie über ihre eigene Mutter sprach, die in Auschwitz ermordet wurde.

Judentum war für mich und meine Brüder irgendeine tödliche Krankheit, praktisch unheilbar, der man nicht durch richtige Behandlung entkommen konnte, sondern durch Flucht und Zufall. Nur ein Verbergen der Herkunft konnte einen schützen, war die Botschaft meiner Eltern.

Erster Schultag in Wien

Als ich den Enkel beobachtete, wie er frech und selbstsicher, manchmal richtig laut, aus der Thora las, erinnerte ich mich an meinen ersten Schultag in Wien. Unser Klassenlehrer ließ uns in einer Reihe anstellen und trug in ein großes Buch unser Religionsbekenntnis ein. Ich stand irgendwo in der Mitte der wartenden Schüler und vor mir trat einer nach dem anderen zum Pult vor, wo der Lehrer vor dem wichtigen Buch saß, und sie sagten „katholisch, katholisch“ einer nach dem anderen, bis ein Mädchen dazwischen „protestantisch“ sagte.

Meine Eltern hatten mich darauf nicht vorbereitet. Ich hatte keine Ahnung, was die Kinder hier dem Lehrer mit seinem



Junge bei der Bar Mitzva (Symbolbild)

furchterregenden Gehabe zuflüsterten, der jeden zweiten anbrüllte, er oder sie sollte lauter sprechen. Ich bewegte mich langsam zum Ende der Reihe, bis ich tatsächlich der Letzte war, der vor dem Lehrer stand.

Er sah mich an und sagte: „Und? Was ist los, kannst du nicht reden?“

Immer noch sagte ich nichts, doch bevor er mich noch einmal anfuhr sagte ich einfach: „Gar nichts.“

„Was heißt gar nichts?“, fragte er.

Ich sei gar nichts, wiederholte ich und er antwortete: „Also ohne religiöses Bekenntnis, das kannst du auch gleich sagen!“

Lob fürs Verstecken der Identität

Zuhause erzählte ich meinen Eltern, was in der Klasse passiert war, und sie lobten mich, und meinten, ich hätte genau richtig reagiert, wir seien auch gar nichts, was die Religion betreffe, bei uns in der Familie gäbe es andere Werte. Welche, konnten Sie mir allerdings damals nicht erklären.

Zwei Generationen später scheint die Vergangenheit unwichtig und überwunden zu sein. Hier in New Jersey hat mein Enkel endlich den letzten Teil seines Textes erreicht und plötzlich tauchen von überall Kinder auf mit Plastikbübeln voll mit Süßigkeiten. Als der Held des Tages seine Vorführung beendet und mit einer gewissen Erleichterung den letzten Satz eines Textes vorträgt, den er monatelang mit dem Rabbiner einstudiert hatte, beginnen ihn die Kinder mit Süßigkeiten zu bewerfen und ein wahrer Regen von Zuckerln ergießt sich auf den „Zumann-Gewordenen“ als würden ihn sei-

ne Freunde daran erinnern, dass bei allem Erwachsensein das Kind in ihm immer noch seinen Platz hätte.

Wildfremde Männer kommen auf mich zu und gratulieren mir, schlagen mir auf die Schultern und bedanken sich, dass ich den weiten Weg von England auf mich nahm, um hier teilzunehmen. Der Rabbiner spricht mich an, und ich entschuldige mich für meine holprige Lesung des Gebets, versuche ihm zu erklären, dass ich leider nicht die richtige Erziehung bekommen hätte, doch er unterbricht mich und sagt: „Sie sind hier, das ist das Einzige, was zählt.“

Fremde jüdische Normalität

Beim anschließenden Mittagessen in der Synagoge sprechen meine Tochter, der Vater, dessen Eltern, Geschwister des Vaters, deren Kinder, Freunde, Verwandte über den gefeierten Enkel und auch ich werde gebeten, ein paar Worte zu sagen. Es wird gegessen, gelacht, gesungen, getanzt, Menschen sprechen miteinander auf Hebräisch, Jiddisch, Englisch und Deutsch, doch ich sitze irgendwie daneben, fast wie hinter einer gläsernen Wand, und beobachte alles, bis mir einfallt, was mich von Ihnen trennt – es ist die jüdische Normalität, die mir so fremd ist.

Als habe es nie einen Holocaust gegeben, nie einen Krieg, keine Überlebenden und ihre Kinder, die mit der Ermordung der Familien nicht fertig wurden. Hier tanzte die jüdische Normalität, unbeeinflusst von der Vergangenheit, mit einem Selbstvertrauen und einer Selbstverständlichkeit, wozu nur Juden fähig sind,

die im Heute leben und die Geschichte in Büchern und Museen abgelegt hatten.

Ich versuchte in meiner Rede an die Geschichte der Familie zu erinnern, bis ich merkte, dass ich einen Fehler gemacht hatte. Ich beobachtete das Gesicht meines Enkels und spürte, dass es ihn nicht interessierte. Hier ging es nicht um Gestern, sondern um das Heute und Morgen. Meine Enkelgeneration hat keine weinenden Mütter, die den Tod der eigenen Eltern nie überwinden konnten. Er hat auch keinen Vater, der Angst hat, von Fremden als Jude erkannt zu werden, und er wird sicher seine eigenen Kinder zu stolzen Juden erziehen, wie auch meine Tochter ihn erzogen hatte.

Irgendwann im Laufe des Mittagessens betrat ich den inneren Kreis der Feiern, verließ die Position des Beobachters und beschloss, zumindest einen Tag lang, so zu leben wie mein Enkel, unbekümmert, selbstsicher und ohne Zweifel. Er hat sein ganzes Leben vor sich und will offensichtlich nicht, dass es durch Ereignisse beeinflusst werde, die lange vor seiner Zeit geschehen sind. Und er hat Recht.

Ich dachte plötzlich an die Operette „Die Fledermaus“ mit dem Text „glücklich ist, wer vergisst, was nicht mehr zu ändern ist“, und ohne es ihm zu sagen, bedankte ich mich bei meinem Enkel, dass er mich durch seine Ignoranz und Gleichgültigkeit gegenüber der Vergangenheit daran erinnerte, dass es trotz Geschichte ein sicheres und glückliches jüdisches Leben auch vor dem Tod geben muss.

Nein, nicht alle Religionen sind im Kern gleich

Ein Gegenüberstellung der Biografie des Juden Jesus mit jener des islamischen Glaubensstifters Mohammed widerlegt den irreführenden Kulturrelativismus.

Von Gerd Buurmann

Manche behaupten, das Christentum lehre Krieg. Andere behaupten, Islam bedeute Frieden. Dann gibt es Leute, die behaupten, an allem seien die Juden schuld. Es gibt viele Behauptungen. Zu den faulsten und dümmsten Aussagen gehört jedoch der Spruch, alle Religionen seien im Wesen gleich.

Natürlich gibt es unter den Religionen Gemeinsamkeiten. Religionen sind zum Beispiel per Definition nicht moderat. Sie sind immer radikal, da sie eine Manifestation des Glaubens an einen allmächtigen Gott sind. Das ist nicht moderat! Es gibt aber auch bedeutende Unterschiede zwischen den Religionen.

Es ist zum Beispiel unbestritten, dass Mohamed im Gegensatz zu Jesus eine Menge Menschen getötet hat. Mohamed war von Beruf Soldat und bis ans Ende seines Lebens ein überzeugter Feldherr! Jesus war ein Hippie, der mit Huren, Sündern und Trinkern abhing und gerne mal Wein trank. Mohamed trank keinen Alkohol. Unterschiedlicher können zwei Menschen nicht sein und zwei Schriften, in denen es einmal den einen und einmal den anderen Helden gibt, haben eindeutig unterschiedliche Intentionen.

Auch zwischen dem Judentum und dem Islam gibt es Unterschiede. Man muss nur mal die Worte „Islam“ und „Israel“ übersetzen. Islam bedeutet, sich Gott unterwerfen und Israel bedeutet, mit Gott ringen. Das sind zwei vollkommen unterschiedliche Beziehungen zu Gott und vor allem zwei sehr unterschiedliche Menschenbilder in Sachen Emanzipation.

Es gibt ebenfalls Unterschiede zwischen dem Koran und dem Evangelium. Das Evangelium ist ein Sammelsurium diverser Autoren, von denen wir nicht viel wissen. Der Koran jedoch hat einen Autor mit klarer Intention.

Das Evangelium besteht überwiegend aus Geschichten und Gleichnissen. Der Koran besteht aus Geschichten und Befehlen.

Es gibt zwar die Gemeinsamkeit, dass Mohamed wie Jesus fest an Gott glaubte, Mohamed erklärte jedoch, im Namen des einen Gottes müsse man gegen die Feinde kämpfen, weil es gottgefällig sei, Jesus aber erklärte, aller Kampf im Diesseits sei müßig, weil Gott die Bösen im Jenseits strafe und man daher hier auf Erden auch die andere Wange hinhalten könne. Jesus folgte aus dem festen Glauben an Gott Gewaltverzicht, Mohamed nicht!

Im Evangelium steht bei Matthäus 5: „Wenn dich einer auf die linke Backe schlägt, dann halt ihm auch die andere hin.“

Im Koran steht in Sure 5:

„Der Lohn derer, die gegen Allah und seinen Gesandten Krieg führen und Verderben im Lande zu erregen trachten, soll sein, dass sie getötet oder gekreuzigt werden und dass ihnen Hände und Füße wechselweise abgeschlagen werden oder dass sie aus dem Lande vertrieben werden.“

Lassen wir daher zwei ExpertInnen zu Wort kommen. Hamed Abdel-Samad erklärte in einem Interview mit der „Welt“:

„Ich könnte sagen, dass die Terroristen vom IS Mohammed missverstanden haben und fehlinterpretieren, wenn aus



Menschenopfer spielten in der Religion der Azteken eine wichtige Rolle.

den authentischen Quellen und Texten herauszulesen wäre, dass Mohammed ein Mönch gewesen ist, der unter einer Palme seine Botschaft verkündet hat, dann friedlich gestorben ist, und die Menschen nach seinem Tode eine Religion begründet haben, die dann missbraucht wurde. So war es aber nicht. Mohammed war Kriegsherr,

er hat das Gleiche getan, was die IS-Terroristen heute tun. Es ist die Geisteshaltung Mohammeds, der den Menschen misstraute, die sich bis heute erhalten hat. Die Geisteshaltung eines größtenwahnsinnigen Narzissten, der einen inneren Kreis von Gefolgsleuten definiert und alle, die außerhalb dieses Kreises stehen, als Feinde betrachtet, die ausgelöscht gehören. Der IS ist das legitime Kind von Mohammed, in Wort und Tat. Niemand versteht Mohammed so gut wie der IS. Genau wie die Religionspolizei in Saudi-Arabien, die Fanatiker in Indonesien, Boko Haram in Nigeria, al-Schabab in Somalia und die Hamas im Gazastreifen. Sie stammen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten, berufen sich aber alle auf die gleichen multiplen Krankheiten des Propheten und damit auch seiner Religion.“

Margot Käßmann erklärte in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“:

„Jesus hat eine Herausforderung hinterlassen: Liebet eure Feinde! Betet für die, die euch verfolgen! Für Terroristen, die meinen, dass Menschen im Namen Gottes töten dürfen, ist das die größte Provokation. Wir sollten versuchen, den Terroristen mit Beten und Liebe zu begegnen. Ja, eine solche Haltung wird belacht und sie wird auch viele Menschen überfordern. Weil es der menschliche Instinkt ist, Rache zu üben. Aber auf den Hass nicht mit Hass zu antworten, das ist die Herausforderung. Ich würde den Terroristen gerne antworten: Ihr seid die Angstbestimmten! Ihr habt Angst vor unserer Freiheit – der Freiheit der Frauen, der Homosexuellen. Wir sollten unsere Freude und unseren Stolz darüber zeigen, dass wir leben können, wie wir wollen. Wir sollten jetzt erst recht auf die Straße gehen, tanzen, in den Cafés sitzen und Fußballspiele nicht absagen. Damit zeigen wir den Terroristen: Wir lassen uns von euch nicht Angst machen! Wir lassen uns unsere Freiheit nicht nehmen.“

Ich sag mal so, Mohammed hat eine etwas andere Herausforderung hinterlassen.



Der Koran ist mitnichten eine „Frohe Botschaft“

Lea Fleischmann: Ich bin Israelin mit Herz und Seele

Die aus Deutschland stammende Schriftstellerin wurde in einer zum DP-Lager umfunktionierten Wehrmachtskaserne geboren, in der nur Jiddisch gesprochen wurde, hat die westdeutsche Literaturszene beeinflusst und findet nun in Israel zu ihren religiösen Wurzeln zurück.

Von Michael G. Fritz

„Sie fahren mit dem 480er Bus von Tel Aviv bis zur Endstation in Jerusalem, nehmen von dort die Stadtbahn in Richtung Herzlberg. Es gibt nur eine Linie. An der dritten Station, Kikar Denia, steigen Sie aus, die Eisdielen Kazefet werden Sie finden“, schrieb mir Lea Fleischmann. Ich hatte die namhafte Schriftstellerin in Dresden kennengelernt, wo ich ihre Lesung moderierte. „Wenn Sie das erste Mal nach Israel kommen“, sagte sie damals zu mir, „kennen Sie immerhin schon jemanden: mich.“

Sie trifft wenige Minuten nach mir vor der Eisdielen ein, aber noch vor der vereinbarten Zeit: eine hochgewachsene, dabei schlanke, aparte Frau. Ich gehe ihr entgegen, wir erkennen uns nach fünf Jahren sofort und umarmen uns zur Begrüßung. Wir suchen hinter einer hüfthohen Hecke im Garten einen freien Tisch und bestellen Kaffee, Straßenlärm hüllt uns ebenso ein wie die englischsprachige Popmusik aus dem Inneren des Gebäudes.

Lea Fleischmann wurde 1947 in einem DP-Lager in Oberbayern geboren. Sie gehörte zu den Displaced Persons, ihre polnischen Eltern hatten als Holocaustüberlebende ihre Heimat verloren. Sie wollten in die amerikanische Zone und verbrachten danach zehn Jahre in einer ehemaligen Kaserne der Wehrmacht, in dem die einzige Sprache Jiddisch war. Mit ihr haben die Eltern nicht gesprochen, aber durch die Gespräche der Erwachsenen untereinander erfuhr sie von den furchtbaren Geschichten des Holocausts, der ein Teil von ihr werden sollte, obwohl sie ihn nie erlebt hatte. Die Bewohner des Lagers zog es entweder nach Amerika oder Israel, niemand jedoch wollte in Deutschland leben. Fleischmanns Eltern entschieden sich schließlich fürs Hierbleiben. Sie studierte Pädagogik, arbeitete als Studienrätin an einer Fachschule für Sozialpädagogik und heiratete einen jüdischen Mann, verließ aber 1979 Deutschland mit ihren beiden Kindern und lebt seitdem in Israel.

Sie wusste nicht, worauf sie sich einließ. Sie kannte Israel bisher nur als Touristin, ihr war lediglich klar, dort verhungert niemand. „Du hast zwei Hände, hast einen Kopf, es wird sich schon irgendetwas finden.“

Ein Jahr nach ihrer Übersiedlung erschien ihr erstes Buch mit dem ebenso ultimativen wie provozierenden Titel „Das ist nicht mein Land. Eine Jüdin verlässt die Bundesrepublik“, das es bis auf die SPIEGEL-Bestsellerliste schaffte. Die Reaktionen waren durchweg positiv, sogar ehemalige Kollegen hatten ihr geschrieben.

Ursprünglich wollte sie nach einer Umschulung als Lehrerin anfangen; Schriftstellerin zu werden, daran hatte sie nie gedacht. Ihr Verleger Hans-Helmut Röhring indes machte sich auf den Weg zu ihr und sagte: „Sie können gut beobachten, Sie schreiben auch gut. Schreiben Sie! Ich verlege Ihre Bücher.“ Sie hat sich erst in Israel zu einer Schriftstellerin entwickelt. Aber im Grunde genommen, gesteht Lea Fleischmann, ist sie Lehrerin geblieben.

Warum sie Deutschland verlassen hat?

„Ich hatte einen deutschen Pass, aber eine Deutsche war ich nicht. Wenn ich dort geblieben wäre, hätte es mir die Kehle zugeschnürt.“ Letzten Endes haben Beamte den Holocaust ausgeführt,

was ihr erst klar wurde, als sie selbst Beamtin geworden war. Sie dachte, wenn es in Deutschland wieder eine große Arbeitslosigkeit gibt, die Menschen ver-



Lea Fleischmann

armen, eine neue Regierung mit neuen Gesetzen kommt – Beamte werden sie umsetzen, gleichgültig, wie ihr Inhalt lautet. Sie haben nichts anderes gelernt, als auszuführen. Das alles in Verbindung mit ihrer eigenen Biographie hat Fleischmann bewogen, Deutschland mit seinem individuellen und dichten Sicherheitsnetz zu verlassen. Wenn sie Deutsche gewesen wäre, hätte sie versucht, dieses Land auf demokratischem Weg zu ändern, vielleicht indem sie in eine Partei eingetreten wäre.

Alle weiteren Bücher schrieb sie ebenfalls auf Deutsch. Sie spricht zwar gut Hebräisch, doch um Bücher zu schreiben, muss man die Sprache so gut wie die Muttersprache beherrschen. Weil ihre Bücher nur in der Bundesrepublik erscheinen, ist sie als Schriftstellerin in Israel nahezu unbekannt.

Lea Fleischmann hat die „Kulturelle Begegnungstätte“, eine Bildungsinstitution für deutsche Israelbesucher, gegründet. Sie selbst ist zu Schulver-

hafte Straße und erzählt weiter. Eine wesentliche und gleichsam völlig unerwartete Veränderung in ihrem Leben ereignete sich nach ihrer Übersiedlung: Sie wurde religiös.

In ihrem gemeinsam mit dem aus Ostberlin stammenden Schriftsteller Chaim Noll geschriebenen Buch „Meine Sprache wohnt woanders“ heißt es: „In Jerusalem fügten sich die Brüche in meinem Leben zu einer Einheit zusammen. Ich erkannte, dass es keine Zufälle gibt, sondern dass unser Leben in ein göttliches Konzept eingebettet ist.“ Früher war Judentum für sie immer mit dem Holocaust verbunden, die Bibel interessierte sie überhaupt nicht. Sie fragte

sich, was sie als moderner Mensch mit diesen Märchen zu tun hätte. Erst als sie Hebräisch lernte, lernte sie auch die Thora zu lesen, den ersten Teil des Tanach, der hebräischen Bibel. „Man dringt in eine fantastische Welt ein. Wie viele Bücher gibt es, die jeden Tag gelesen werden? So alt die Thora ist, sie gewinnt weiter an Kraft. Ich bin fest davon überzeugt, Hebräisch wird eines Tages Weltsprache werden. Immer mehr Menschen werden ergründen wollen, was sie trägt.“

Das Christentum kann man nicht vom Judentum trennen

Die Kirche hat versucht, sich von ihren jüdischen Wurzeln zu trennen. Das ist so, erklärt Lea Fleischmann, als schneidet man eine wunderschöne Pflanze mit ihren Blüten von der Wurzel ab. Sie bringt immer etwas Neues hervor, die Pflanze jedoch verwelkt. Und das passiert, wenn sich das Christentum vom Judentum trennt.

Die Schriftstellerin hat durch die Lektüre der Thora jüdische Lebensformen

„Ich bin fest davon überzeugt, dass Hebräisch eines Tages Weltsprache werden wird. Immer mehr Menschen werden ergründen wollen, was sie trägt.“

anstellungen in der Bundesrepublik unterwegs, hat viele Projekte entwickelt. Eines davon steht im engen Zusammenhang zu ihrem Buch „Schabbat. Das Judentum für Nichtjuden verständlich gemacht“. In dem Projekt sollen Lehrer beispielsweise lernen, dass ihr Sonntag im Schabbat wurzelt. Sie geht damit zu ihrem ursprünglichen Beruf zurück. Lea Fleischmann sieht ihre Aufgabe darin, Brücken zwischen Deutschland und Israel, zwischen Christen und Juden zu bauen. In Deutschland beobachtet sie ohnehin seit einiger Zeit zunehmend Tendenzen, sich aus ernsthaftem Interesse heraus mit jüdischen Fragen zu beschäftigen. Ihre Aktivitäten werden sehr wohl zur Kenntnis genommen, für die sie von der Bundesrepublik im Januar 2019 mit dem Verdienstorden am Bande ausgezeichnet worden ist.

Die Zugezogene wird religiös

Sie nippt an ihrer Tasse, schaut auf die leb-

angenommen, als Pars pro Toto mag der Schabbat gelten. Er ist nicht nur schlecht ein wichtiger Tag, der die ganze Woche strukturiert. Er beinhaltet ebenso das Nichtarbeiten wie das geistige Befreien von der Arbeit. Donnerstagnachmittag schließt Fleischmann ihr Büro, geht einkaufen, am Freitag, dem Rüsttag, wird gekocht und sich auf den Schabbat vorbereitet. Freitagabend ist die Schabbatfeier, zu dem die Familie zusammenkommt. Ihr ist wichtig, sich schon seit dem Donnerstag nicht mehr mit Arbeit zu beschäftigen, nicht einmal E-Mails werden gelesen.

Mittlerweile wohnen vielleicht dreißigtausend Israelis in Deutschland, besonders in Berlin. Die meisten gehen nach der Armeezeit, um zu studieren oder weil ihre Großeltern von dort stammen. Man nennt sie etwas spöttisch Milkys, weil sie sich dort niederlassen, wo das Leben bequemer und alles billiger ist. Das Pendant des mittlerweile berühmten israelischen Schokopuddings mit Sahne-

häubchen „Milky“ kostet in Deutschland entschieden weniger. Natürlich kann man als Jude in Deutschland leben. Wenn man religiös ist, schließt man sich einer Gemeinde an, geht in eine Synagoge, doch außerhalb Israels findet man nicht den religiösen Geist.

Lea Fleischmann lebte 32 Jahre in Deutschland, mittlerweile 40 Jahre in Israel. Sie hat in diesem Land mit seiner großartigen geistigen Kraft alles gefunden, was ein Mensch braucht. Es gibt auch hier Leute, die bequem und im Konsumrausch leben, man kann alles kaufen. In Israel müssen so viele unterschiedliche Menschen auf engem Raum miteinander auskommen, was manchmal zu Schwierigkeiten führt. Aber man lernt auch, sich selbst zurückzunehmen.

Enttäuscht ist sie von Europa, das blauäugig eine zu einseitig orientierte Politik betreibt. Allen voran die deutschen Medien zeichnen ein voreingenommenes Israelbild, was die Wirklichkeit verzerrt wiedergibt. Außerdem wird ein Szenario entworfen, nach dem das Leben in Israel in permanenter Gefahr ist. Freilich existiert die von Gaza und aus dem Westjordanland ausgehende Gewalt. Fleischmann fühlt sich selbst nicht bedroht, hat allerdings sehr gut die Zeit in Erinnerung, als die Busse durch Selbstmordattentäter in die Luft flogen. Damals sagte sie sich, dass ihr Leben nicht in ihrer Hand liegt. Es ist wie mit einer Krankheit, die trotz aller Voruntersuchungen ausbrechen kann. Dieses Gottvertrauen hat sie erst hier gelernt. Im Grunde möchte jeder Israeli zum Ausgleich mit den „Palästinensern“ kommen. Doch Israel kann noch so viele Vorschläge zur Lösung der verfahrenen Situation machen, sie werden durch die Hamas wie durch die PLO abgelehnt. Bedauerlicherweise können die „Palästinenser“ ihre Führung nicht frei wählen und damit den Weg, den sie einschlagen wollen. Und wenn sie gegen ihre Führung aufbegehren wie im März dieses Jahres gegen die Hamas in Gaza, dann werden sie niedergeknüpelt und verfolgt. Man kann nur Frieden mit jemandem finden, der ihn auch will. Lea Fleischmann zweifelt nicht daran – irgendwann wird es Frieden geben. Israel geht auf die arabische Welt zu, regt den Technologieaustausch mit den Golfstaaten an, das „Palästinenser“-Problem – das wird allmählich erkannt – ist nicht das Hauptproblem im Nahen Osten.

Angelika Schrobsdorff, die deutsche Schriftstellerin, die sich sehr kritisch mit der israelischen Politik auseinandergesetzt und lange in Jerusalem gewohnt hat, ist verbittert und enttäuscht nach Deutschland zurückgezogen. Lea Fleischmann dagegen kann sich nicht vorstellen, dieses Land zu verlassen.

Wegziehen ist keine Option

„Ich bin Israelin mit Herz und Seele. Ich habe einen israelischen Pass und meinen deutschen zurückgegeben. Ich habe nicht diese Identitätsspaltung, ich bin nur Israelin. Meine Kinder sind hier, meine Enkel auch. Mein Sohn spricht noch ganz gut Deutsch, meine Tochter nicht mehr so sehr und meine Enkel überhaupt nicht. Was dieses Land an Gutem und Schlechtem hat – ich bin ein Teil davon.“

„Wann sehen wir uns wieder?“, frage ich zum Abschied.

Sie trinkt ihren Kaffee aus und schenkt mir ein leises Lächeln. „Wer weiß.“

Zwischen Treue und Verrat

Liebesbeziehungen in NS-Deutschland zwischen Prominenten und ihren jüdischen Ehepartnern

Von L. Joseph Heid

Es gab in Deutschland bis 1935 wie selbstverständlich, wie sollte es anders sein, interkonfessionelle oder, wie sie in NS-Diktion hießen, „gemischtrassige“ Ehen. Mit der Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze vom September 1935 wurden diese Ehen oder Partnerschaften zum Problem: Das „Blutschutzgesetz“ verbot unter Androhung von Zuchthausstrafen Eheschließungen und außereheliche Beziehungen zwischen „Deutschblütigen“ und Juden, was als „Rassenschande“ gebrandmarkt war. Die Rassengesetze bestimmten fortan weite Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens der Bevölkerung und spielten zudem eine zentrale Rolle bei der Festlegung des Kreises derjenigen Personen, die im Zuge des NS-Mordprogramms aus großen Teilen Europas deportiert und ermordet werden sollten.

Doch wie sah die Praxis aus, wie ging das Regime insbesondere mit prominenten Paaren aus der Welt des Films, des Theaters, der Musik um, die in einer nunmehr verbotenen Lebensgemeinschaft verbunden waren – die Rühmanns, Albers', Weills und wie sie sonst hießen? Die österreichische Autorin Evelyn Steinthaler verfolgt in ihrem vorliegenden höchst informativen und nachdenklich machenden Buch die Lebenslinien von betroffenen Paaren – Lotte Lenya und Kurt Weill; Meta Wolff und Joachim Gottschalk; Hansi Burg und Hans Albers sowie Maria Bernheim, Hertha Feiler und Heinz Rühmann. Sie stellt dabei Fragen: Wer verließ Nazi-Deutschland, wer blieb? Wer arrangierte sich mit dem System, wer ging daran zugrunde? Die grundsätzliche Frage lautet indes: Was geschah mit der Liebe in der Zeit des braunen Terrors, wenn jemand in den oder die Falsche verliebt war und mit einem Mal zu den vom Staat Geächteten gehörte? Evelyn Steinthalers Buch beschreibt eindringlich die Liebesbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, die Künstler waren und von deren Konfrontation mit den menschenverachtenden, rassistischen Vorgaben des NS-Regimes.

Nach 1933 standen die privaten Verbindungen der im Rampenlicht stehenden Stars nicht mehr nur im Fokus der deutschen Klatschpresse. Das nationalsozialistische Regime forderte von ihnen ein eindeutiges Bekenntnis, Liebesbeziehungen waren nunmehr eine öffentliche Staatsangelegenheit und es stellte sich die Frage, inwieweit es für die Karriere opportun war, in einer Partnerschaft zu verbleiben, die von den Machthabern verfehmt war. Die Liebe wurde bespitzelt und denunziert.

Die Gottbegnadeten-Liste

„Rühmann, Heinz. Auf der Gottbegnadeten-Liste der Schauspieler, die für die Filmproduktion benötigt werden. „Systemerhaltender Komödiant“. Diesen Eintrag findet man in Ernst Klees „Kulturlexikon zum Dritten Reich“. Unter dem Stichwort „Rühmann“ erfährt man weiter, dass laut Speer Hitler sich alle seine Filme angesehen hat und begeistert gewesen sein soll. In seinem Tagebuch notierte Joseph Goebbels unter dem 6. November 1936, das war gut ein Jahr nach den Nürnberger Rassegesetzen: „Rühmann klagt uns sein Ehe-



leid mit einer Jüdin“. Zwei Jahre später, 1938, ließ sich der „jüdisch versippte“ Rühmann von seiner Ehefrau Maria, geb. Bernheim, scheiden und heiratete im Jahr darauf Hertha Feiler. Indes

aus politischen Gründen ein Ende gefunden zu haben. Vermutlich nur die halbe Wahrheit, denn die Trennung war für Rühmann vor allem der Angst geschuldet, seine aussichtsreiche Karriere mit

Bernheims Ehe mit einem Schweden bestand nur auf dem Papier. Sie war jedenfalls gerettet. Rühmann wurde folgerichtig von der „Judenliste“ gestrichen und die Karriere des ein regimerechtes Leben führenden Rühmann gedieh prächtig.

Welch eine Ironie, dass die nächste Gattin Rühmanns, Hertha Feiler, nach der Rassenarithmetik der Nazis „Vierteljüdin“ war! Er war unbedingt auf seine Karriere bedacht, wollte durchkommen, ohne anzuecken, steckte jedoch zu tief in der Quadratur des Kreises der nationalsozialistischen Rassen-Ideologie.

Zwar verkehrte Rühmann mit jüdischen Kollegen, solange sie noch im Film- und Theaterbereich tätig sein durften. Persönlich ließ er es jedoch an Unterstützung für jüdische Kollegen mangeln. Vergünstigungen und Vorteile der NS-Führung nahm Rühmann dagegen gerne entgegen und Gala-Empfänge der NS-Elite ließ er sich selten entgehen.

Die „Vierteljüdin“ Hertha Feiler konnte bis 1945 mit einer Sondergenehmigung vor der Kamera stehen. Sie trug das barbarische System, das ihren Ehemann groß gemacht hatte, mit.

Dem Vernehmen nach gehörte das Mitglied des NS-Kampfbundes Rühmann zum „engeren Kreis“ um Goebbels. Von Hitler persönlich erhielt der Staatschauspieler Rühmann eine steuerfreie Dotation in Höhe von 40.000 Mark. Vielleicht hat er von diesem Geld seine zum Schnäppchenpreis erworbene Villa am Kleinen Wannsee finanziert, die einen jüdischen Vorbesitzer hatte. Er ist erstaunlich, wie wenig Rühmanns Verstrickung in die NS-Kulturpolitik mit allen Verwerfungen nach 1945 zum Gegenstand der öffentlichen Vergangenheitsdebatte geworden ist. Er selbst hat darüber nicht sprechen wollen, fühlte sich, was sein Wirken in der NS-Zeit betraf, ganz und gar nicht „betroffen“.

Den Höhepunkt von Rühmanns Verstrickung in das NS-System mag die Tatsache belegen, dass er 1940, zu Goebbels' 43. Geburtstag einen Film mit den Goebbel'schen Kindern produzierte. Der Minister war ganz gerührt: „Wir schauen gemeinsam den Film an, den Heinz Rühmann mit den Kindern gedreht hat, zum Lachen und zum Weinen, so schön“. Rühmann selbst hat sich indes zeitlebens eine Rolle als „unpolitischer“ Schauspieler zugeschrieben.

Gnadengesuche für verfolgte Kollegen

Rühmann, der gleichwohl auch Gnadengesuche für verfolgte Kollegen verfasste, hat seine Mitwirkung in systemstabilisierenden Filmen während der NS-Zeit und seine Rolle als Werbeträger des Regimes nicht geschadet, im Gegenteil, er war der Deutschen allerliebster Schauspieler: 1966 erhielt er das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik, 1972 das Filmband in Gold für langjähriges und hervorragendes Wirken im deutschen Film, zwölfmal war er Bam-

„ Als die österreichisch-jüdische Schriftstellerin Hilde Spiel nach 1945 ihr vormaliges Stammcafé Herrendorf in Wien besuchte, bemerkte der Oberkellner: „Die Frau Doktor haben gut daran getan, dass Sie fort sind. Allein die Luftangriffe – dreimal haben sie die ganze Stadt in Brand gesteckt“.

war es nicht so, dass sich Rühmann unmittelbar nach Verabschiedung der Nürnberger Gesetze von seiner Frau trennte – die Eheleute hatten sich längst entfremdet. Die Ehe Bernheim/Rühmann schien, das hat Rühmann später betont, aus künstlerischen und weniger

einer Jüdin an seiner Seite aufs Spiel zu setzen. Er fand eine elegante Lösung für die Trennung von seiner Frau – er verkuppelte sie höchstpersönlich. Auch dies war, wie bei Hans Albers, eine Scheinehe, um die Jüdin Bernheim vor dem rassistischen Zugriff der Nazis zu schützen. Maria

bi-Preisträger.

Wussten diese gehätschelten und getätschelten Künstler nicht, worauf sie sich einließen? Sie, die von den Nazi-Granden hofierten Schauspieler, Regisseure, Künstler, die gebraucht wurden, nachdem man die jüdischen Kollegen längst aus dem Land gejagt hatte? Viele dieser gottbegnadeten Mimen haben den „Führer“ geradezu herbeigesehnt als dieser noch eine unbekannte Größe war. Wie etwa Werner Kraus, unter den Nazis zum Reichskultursenator avanciert, der seine antijüdischen Affekte schon lange vor der Inmachtsetzung Hitlers in den 1920er Jahren unter Beweis gestellt und gegen die „Judenwirtschaft“ auf den Bühnen gehetzt hat. Oder die Staatsschauspieler Gustav Knuth, Dieter Borsche, Paul Hörbiger und all die anderen, die ihre patriotische Pflicht im Rahmen der Truppenbetreuung erfüllten, als sie in Konzentrationslagern und Städten, die Standorte von Ghettos und Mordstätten waren, aufspielten und die SS-Wachmannschaften zum Lachen brachten und bei Laune hielten. Dass sie nicht im Sanatorium auftraten, daran erinnerte sie der süßliche Geruch verbrannten Menschenfleisches, der auch ihnen in die Nase stieg.

Mitmachen, Innere Emigration oder Gang ins Exil – das waren die drei Möglichkeiten, die Kulturschaffende in Hitler-Deutschland blieben, um auf die NS-Kulturpolitik zu reagieren. Diese Alternativen galten selbstredend für nicht-jüdische Kulturschaffende. Juden blieben nur drei Möglichkeiten: emigrieren, solange es noch ging, oder brotlos bleiben, ermordet werden oder selbst Hand an sich zu legen. Der 67-jährige Albert Basermann, einer der größten Schauspieler seiner Zeit, kehrte Deutschland 1934 gemeinsam mit seiner jüdischen Ehefrau, der Schauspielerin Else Schiff, den Rücken, da für ihn die Diskriminierungen gegen seine Frau nicht länger zu ertragen waren.

Aus Liebe in den Selbstmord

Vom bekannten Schauspieler Jochim Gottschalk, seit 1930 mit der jüdischen Schauspielerin Meta Wolff verheiratet, forderte der Sonderbeauftragte für „Kulturpersonalien“, Hans Hinkel, die Scheidung – oder Berufsverbot. „Pfui Deibel, wenn man sich vorstellt“, empörte sich der hinkende Doktor Goebbels, „dass dieser Mann tagsüber im deutschen Film dicke Gelder einschiebt und sich nachts mit seiner Judenkaule ins Bett legt“. Gottschalk weigerte sich und wurde fortan nicht mehr besetzt. Als seine Familie nach Theresienstadt deportiert werden sollte – Gottschalks Bitte, zusammen mit seiner Familie deportiert zu werden, war abgelehnt worden –, sah Joachim Gottschalk keinen Ausweg mehr und beging mit seiner Frau Meta und dem Sohn am 6. November 1941 in seiner Wohnung in Berlin-Grunewald Selbstmord. In seiner bekannt zynischen Art notierte Goebbels am 7. November 1941 in sein Tagebuch: „Am Abend kam noch die etwas peinliche Nachricht, dass der Schauspieler Gottschalk, der mit einer Jüdin verheiratet war, mit Frau und Kind Selbstmord begangen hat. Er hat offenbar keinen Ausweg mehr aus dem Konflikt zwischen Staat und Familie finden können. Ich Sorge gleich dafür, dass dieser menschlich bedauerliche, sachlich fast unabwendbare Fall nicht zu einer alarmierenden Gerüchtebildung benutzt wird“. Der Staatsschauspieler Eugen Klöpfer kommentierte den Selbstmord des Ehepaars mit der zynischen Bemerkung, dies sei eine Verzweiflungstat „infolge des schlechten Einflusses seiner jüdischen Frau“ gewesen.

Goebbels verbot jeglichen Nachruf.

Die Teilnahme an der Beerdigung wurde untersagt, die Teilnehmer von der Gestapo fotografiert. Trotzdem gaben einige Kollegen das letzte Geleit.

Welch eine Bigotterie: Der Filmkomponist Wolfgang Zeller komponierte 1940 die Musik zum „Jud Süß“-Film und 1947 zum ostzonalen DEFA-Film „Ehe im Schatten“ über den mit einer „Jüdin“ verheirateten Schauspieler Joachim Gottschalk.

Die Zeitenwende hatte der geniale Komponist und Schöpfer der „Dreigroschenoper“, Kurt Weill, sehr schnell zu spüren bekommen. Ab 1933 erreichten ihn in seinem Haus Briefe mit unmissverständlichen Botschaften:

„Juden wie Sie sind in Kleinmachnow unerwünscht!“

In diesem Berliner Vorort lebte Weill mit seiner Frau, der berühmten Schauspielerin Lotte Lenya. Sich mit dem NS-Regime zu arrangieren, war für das politisch engagierte Paar ein Ding der Unmöglichkeit. Sie waren in das Fadenkreuz der Nazis geraten, nicht nur, weil Weill Jude war. Kurt Weill galt als „entartet“, seine Notenblätter wurden am 10. Mai 1933 am Berliner Opernplatz verbrannt. Weill galt den Nazis als künstlerisch „undeutsch“, Lotte Lenya der Gegenentwurf zum Idealbild einer deutschen Frau: unabhängig, promiskuitiv, kinderlos und laut, kurz, das Ehepaar Weill/Lenya zählte zum Typ „Kulturbolschewisten“. In

Vereinzelt konnten nach den Nürnberger Gesetzen sogenannte Halb- oder Vierteljuden noch weiterarbeiten. Man hatte sie durchaus nicht übersehen oder vergessen, es war vielmehr so, dass durch das Wohlwollen direkter Vorgesetzter und hilfreicher Kontakte vereinzelt Ausnahmen gemacht wurden. Goebbels behielt es sich in selbtherrschender Attitüde vor zu entscheiden, welche Beziehung noch goutiert werden konnte: „Halbjuden sind (...) nur in ganz besonderen Einzelfällen und nur mit meiner persönlichen ausdrücklichen Genehmigung zu belassen; (...) wer mit einer Jüdin verheiratet ist, wird grundsätzlich wie ein Halbjuden behandelt“.

Hans Mosers und Theo Lingens Frauen

Doch es ging auch anders: Wie Rühmann war auch der nuschelnde Hans Moser mit einer Jüdin verheiratet. Er konnte in der NS-Zeit nur mit einer Sonderbewilligung von Goebbels spielen. Moser, auch er auf der „Gottbegnadeten-Liste“ geführt, schrieb Hitler im Oktober 1938 einen persönlichen Brief, den er mit der Anrede „Mein Führer!“ begann: „Ich bitte Sie [...] inständigst, meiner Gattin die für Juden geltenden Sonderbestimmungen gnadeweise zu erlassen“. Moser schloss seinen Brief mit „Heil mein Führer!“ Mosers Frau blieb unangetastet. Ebenso geschah es mit Frau Marianne Zoff, Theo Lingens nicht-

Albers pfeift auf alle Regeln

Bei Empfängen der Nazi-Prominenz sah man Albers nie, stets hatte er eine Ausrede parat. Anders als sein Filmkollege Rühmann gibt es keine Fotos, die ihn mit Goebbels oder Hitler zeigen.

Um seine Liebesbeziehung zu der Jüdin Hansi Burg zu schützen, entschied sich das Paar, dass die Verlobte einen Norweger heiratet, die norwegische Staatsbürgerschaft annahm und dadurch vom Zugriff durch die NS-Behörden geschützt war. Eine Scheinehe! Hansi Burg war nicht die einzige Jüdin, die in Nazi-Deutschland diese Art von Schutzhehe einging, um vor Übergriffen sicher zu sein und unbehelligt ausreisen zu dürfen. Das Paar lebte weiterhin zusammen. Doch ihr unsicherer Status war auf Dauer nicht aufrecht zu halten. Hansi Burg verließ Deutschland, allein, und kehrte erst nach dem Krieg nach Deutschland – und zu Hans Albers – zurück. In dem Film „Wasser für Canitoga“ singt Albers das Lied „Good bye Johnny“, in dem es heißt: „Eines Tages – mag's der Himmel sein? Mag's beim Teufel sein? – sind wir wieder vereint“. Damit drückte Albers zugleich seine Sehnsucht aus, die Geliebte Hansi Burg wiederzusehen.

Auch wenn es nach 1945 keinen „offiziellen“ Rückruf an die vertriebenen jüdischen Künstler gab zurückzukommen, entschlossen sich einige zur Rückkehr in die ehemalige Heimat. Eine war die österreichische Schriftstellerin Hilde Spiel. Als sie ihr vormaliges Stammcafé Herrendorf in Wien besuchte, bemerkte der Oberkellner: „Die Frau Doktor haben gut daran getan, dass Sie fort sind. Allein die Luftangriffe – dreimal haben sie die ganze Stadt in Brand gesteckt“.

Mit den hier versammelten Liebesgeschichten prominenter Menschen wird eigenem Selbstverständnis nach vom höchst willkürlichen Einfluss der Politik auf das Private erzählt, von Egomane der Herrschenden, von der Bedeutung der Kunst für totalitäre Regime, von Grenzen der Zuneigung durch politisch beeinflusste Karriereplanung, von Kunst im Dienste der Propaganda, von Anpassung, Karrierismus, von Opportunismus und widerständischem Verhalten und persönlichen Handlungsspielräumen, die auch in der NS-Diktatur in begrenztem Maße bestanden. Evelyn Steinthaler berichtet auch von Solidarität und von selbstverständlicher Liebe, die imstande ist, Widerigkeiten und Versuchungen zu trotzen.

Viele der in der Steinthaler'schen erwähnten im Rampenlicht gestandenen Stars haben sich später damit gerechtfertigt, während der NS-Jahre eine passive und unpolitische Position bezogen zu haben. Dass jedoch genau dieser vorgegebene scheinbare Rückzug in das Private eine politische Haltung und keineswegs das vermeintliche Gegenteil war, steht außer Frage. Es ging auch zwischen 1933 und 1945 um vorhandene Handlungsspielräume in scheinbar aussichtslosen Momenten. Die von Evelyn Steinthaler porträtierten Personen haben sich in ihren Paarbeziehungen auf höchst unterschiedliche Weise gegenüber dem NS-Regime positioniert. Sie unterwarfen sich dem System, halfen vielleicht da und dort ohne in den politischen Widerstand zu gehen, begegneten ihm mit Zynismus, sahen keinen anderen Ausweg als den Tod, entschieden sich für offene Gegnerschaft oder Flucht.

Evelyn Steinthaler: Mag's im Himmel sein, mag's beim Teufel sein. Stars und die Liebe unter dem Hakenkreuz, Verlag Kremayr & Scheriau GmbH, Wien 2018, 22 Euro.

„Goebbels notierte in sein Tagebuch: „Am Abend kam noch die etwas peinliche Nachricht, dass der Schauspieler Gottschalk, der mit einer Jüdin verheiratet war, mit Frau und Kind Selbstmord begangen hat. Er hat offenbar keinen Ausweg mehr aus dem Konflikt zwischen Staat und Familie finden können. Ich Sorge gleich dafür, dass dieser menschlich bedauerliche, sachlich fast unabwendbare Fall nicht zu einer alarmierenden Gerüchtebildung benutzt wird“.

den Widerstand zu gehen war für die beiden keine Option. So blieb ihnen allein, Deutschland zu verlassen. Es war weniger eine Emigration als mehr eine Flucht. Für Weill war damit das Kapitel Deutschland abgeschlossen. In einem Interview 1978 sagte Lotte Lenya über ihren Mann, mit dem sie eine stürmische Ehe geführt hatte: „Danach sprach er nie mehr über Deutschland, und nie wollte er dorthin zurück. Nicht einmal für einen Tag“.

Eine Besonderheit nazistischer Kulturpolitik war die „repressive Toleranz“, die Goebbels gegenüber jüdischen Künstlern an den Tag legte, die nicht Mitglied der Reichskulturkammer sein durften. Diese durften im Jüdischen Kulturbund tätig sein und bis zum 11. September 1941, d. h. bis kurz vor dem Beginn der systematischen Deportationen aktiv bleiben. Goebbels waren alle Mittel recht, wenn es um die Wirkung ging: Er ließ sogar potentielle Emigranten bitten, in Deutschland zu bleiben und setzte sich zum Teil erfolgreich für die Rückkehr prominenter Flüchtlinge ein – soweit sie „arisch“ waren. Wenn es seinen Zielen diente, unterstützte er sogar in „Ehrenarier“ umgewandelte „jüdischbürtige“ Deutsche oder mit Jüdinnen verheiratete Komponisten und Schauspieler wie Franz Lehár, Hans Moser und Leo Slezak.

„arischer“ Gattin. Zwischen 1933 und 1945 spielte Lingen in sage und schreibe 96 Filmen – mit Sonderbewilligung von Joseph Goebbels.

Hans Moser war einer der wenigen Schauspieler, der mit einer sonst so fragilen Sondergenehmigung auf der „Gottbegnadeten-Liste“ zu finden war.

Hans Albers war innerhalb des NS-Kulturbetriebs eine Ausnahmeerscheinung. Aufgrund seiner großen Beliebtheit nahm er sich gegenüber den Nazi-Führern Dinge heraus, die sich sonst niemand anders zu trauen wagte und nachgerade subversive Züge besaß. Mit Joseph Goebbels, der den gesamten deutschen Film bestimmte, spielte der renitente Schauspieler Albers ein spöttisches Katz-und-Maus-Spiel. Evelyn Steinthaler urteilt über ihn: „Arrangiert und gefeiert und doch von einer Haltung, die zwar nicht von Widerstand gegen die Nationalsozialisten zeugt, sondern als gelebter Dissens verstanden werden kann“. Die braune Elite verlangte von den Stars vorbildhaftes Verhalten im nationalsozialistischen Sinne und damit auch „rassisch“ einwandfreie Beziehungen. Wer diesen immanenten Forderungen des Regimes nicht nachkam, riskierte nicht nur in Ungnade zu fallen, sondern auch schwere Strafen. Es sei denn, man hieß Albers.

Erster jüdischer Bürgermeister im Nachkriegs-Griechenland

Die jüdische Minderheit in Griechenland erlitt während des Zweiten Weltkrieges durch die Nazis einen großen Aderlass. Nun wählten die Bürger im nordgriechischen Ioannina den jüdischen Zentralratsvorsitzenden Griechenlands zu ihrem Stadtoberhaupt.

Von Stefan Frank

In Griechenland wurde bei den Kommunalwahlen am 2. Juni erstmals ein Jude zum Bürgermeister gewählt. Moses Elisaf, der die Geschicke der nordgriechischen Stadt Ioannina in Zukunft lenken wird und am 17. Juli seinen 65. Geburtstag feiert, besiegte als Kandidat einer unabhängigen Gruppierung den bisherigen Amtsinhaber Thomas Bega knapp mit 50,33 zu 49,67 Prozent. Elisaf ist Professor der Pathologie an der Universität Ioannina und steht seit 17 Jahren der örtlichen jüdischen Gemeinde vor.

Die Geschichte der griechischen Juden – die auch als Romanioten bezeichnet werden – reicht 2.300 Jahre zurück. Zu Beginn

Jahre blieben und dann nach Ioannina zurückkehrten, als der Krieg schließlich zu Ende war.“ Manche Juden Ioanninas hätten sich den Partisanen angeschlossen. „Der ganze Rest, fast 2.000 Menschen, wurde am 25. März 1944 in Züge gesteckt. Nicht mehr als hundert kehrten zurück.“ Elisaf, der 1954 geboren wurde, berichtet, dass seine Eltern nach ihrer Rückkehr nach Griechenland „in wirklich schlimmen Verhältnissen“ gelebt hätten. „Viele Mitglieder unserer Gemeinde, die sich den kommunistischen Rebelleinheiten angeschlossen hatten, wurden [nach dem Krieg] auf entlegene Inseln ins Exil verbracht. Etliche Häuser wurden von Einheimischen besetzt, die behaupteten, dass Rebellen ihre eigenen Häuser niedergebrannt hätten.“ Viele der

„Griechenlands Antisemitismus ist völlig anders als anderswo. Er wird niemals gewalttätig.“

des 20. Jahrhunderts gab es 4.000 Juden in Ioannina, damit war die Gemeinde eine der größeren in Griechenland. Damals gehörte die Stadt zum Osmanischen Reich. Nach dessen Zerfall und der damit einhergehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen emigrierten viele Griechen, darunter auch Juden. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs zählte die jüdische Gemeinde noch gut 2.000 Personen. Fast alle von ihnen wurden während der deutschen Besatzung nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Von 2.000 auf nur noch 50

Heute gibt es 50 Juden in Ioannina. In Griechenland sind es etwa 6.000 der 10,8 Millionen Einwohner. Seine Eltern seien während des Holocaust über ein Unterstützernetzwerk in Athen, Chalkida und Izmir nach Palästina geflohen, erzählte Elisaf der israelischen Tageszeitung „Haaretz“. „1944 kamen sie in Tel Aviv an, wo sie für einige

überlebenden Juden hätten ihre Häuser sofort verkauft und seien nach Athen oder Israel gezogen. „So kommt es, dass wir nun nur noch 50 Leute sind.“

Elisaf ist ein renommierter Wissenschaftler, Professor für innere Medizin an der medizinischen Fakultät der Universität Ioannina und Leiter der Abteilung für Arteriosklerose, Übergewicht und Diabetes. Von 1993 bis 1994 arbeitete er an der Sackler-Fakultät für Medizin an der Universität Tel Aviv. Er hat zahlreiche Verwandte in Israel. Bevor er Präsident seiner Gemeinde wurde, war Elisaf Präsident des Zentralrats der jüdischen Gemeinden Griechenlands. Auch in der Kommunalpolitik hat er Erfahrung: Seit mehreren Jahren gehört er dem Stadtrat an und war Präsident des Kulturzentrums. Er beschreibt sich als säkular.

Über Antisemitismus sagte er „Haaretz“: „Wir sollten das klarstellen – Griechenlands Antisemitismus ist völlig anders als anderswo. Ich würde es ‚verbalen Antise-



Moses Elisaf in der Synagoge von Ioannina

mitismus‘ nennen – mehr eine Art Kaffeehausunterhaltung unter Anhängern von Verschwörungstheorien wie: ‚Die Juden kontrollieren die Welt‘ und so. Er wird niemals gewalttätig, das Extremste, was passieren kann, sind Vandalismus gegen Synagogen, Friedhöfe und Holocaustmahnmale.“

Elisaf glaubt nicht, dass seine Religion Einfluss auf die Wahl gehabt habe. „Worauf wir uns konzentrieren müssen, ist die klare Botschaft, die von der Mehrheit gesendet wurde: Trotz Antisemitismus und dem Anwachsen des Rassismus in heutiger Zeit haben die Bürger einen Juden zum

Bürgermeister gewählt, sie haben meine Persönlichkeit bewertet, unseren Plan für die Zukunft der Stadt, unsere Kandidaten, unseren Ethos während des Wahlkampfes. Offenbar basierte ihre Entscheidung auf den richtigen Kriterien und nicht darauf, was jemandes Glaube ist.“

Trotzdem gibt er zu, dass er während des Wahlkampfes auf Antisemitismus gestoßen sei. „Von Zeit zu Zeit kamen einige Sachen an die Öffentlichkeit – aber immer von sehr speziellen Bürgern, die niemand wirklich beachtet.“ So hätten politische Gegner Druck auf Bürger ausüben wollen, die Stadt „nicht den Juden zu übergeben“ oder behauptet, Elisaf habe Verbindungen zum Mossad oder der israelischen Botschaft.

Als eines der dringendsten Anliegen nennt Elisaf die Flüchtlinge in der Stadt, um die sich die Stadt kümmern müsse, statt dies NGOs zu überlassen. „Heute hat Ioannina eine riesige Veränderung, einen großen Sprung des Fortschritts gemacht“, sagte er am Wahlabend. „Ich fühle tiefe Emotionen und große Verantwortung gegenüber allen meinen Mitbürgern.“

„Elisafs Wahlsieg in Ioannina ist von großer Bedeutung und sendet eine starke Botschaft an die Juden in Griechenland“, sagt Avi Azoulay, ein in Thessaloniki lebender Israeli, gegenüber der israelischen Tageszeitung „Jediot Achronot“. „Es gibt ein Gefühl des Stolzes unter den Juden, die noch in Griechenland leben, aber auch unter nicht-jüdischen Griechen, die sich freuen, dass ihr Land bei diesen Kommunalwahlen Geschichte geschrieben hat.“ Azoulay betreibt nach Angaben der Zeitung ein israelisches Reisebüro in Thessaloniki. David Saaltiel, der aktuelle Präsident des Zentralrats der jüdischen Gemeinden Griechenlands, pries Elisafs Wahlsieg als Zeichen der Ablehnung von Antisemitismus.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Die frei erfundene jüdische Familiengeschichte der „Bloggerin des Jahres“

Nach Wolfgang Seibert, dem Gemeindevorsitzenden von Pinneberg, wurde nun eine weitere linke Politaktivistin, die Autorin Marie Sophie Hingst, als pseudo-jüdische Hochstaplerin entlarvt.

Von Israelnetz

Die 31-jährige Historikerin Marie Sophie Hingst betrieb bis vor kurzem ihren Blog „Read on, my dear, read on“ (Lies weiter, Liebes, lies weiter) mit mehr als 240.000 Followern. Nun hat sich herausgestellt, dass die meisten ihrer dort veröffentlichten Geschichten erfunden sind. Die gebürtige Wittenbergerin formte ihre Familie in der Fantasie zu jüdischen Holocaust-Opfern. „Der Spiegel“ legt in seiner Ausgabe 23/2019 dar, wie die mittlerweile in Dublin lebende Hingst die Öffentlichkeit gezielt hinter das Licht führte.

Der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem sandte sie 22 sorgfältig ausgefüllte Bögen mit erdichteten Biografien. Nur drei Menschen davon haben überhaupt existiert. Ihren Urgroßvater Hermann Hingst machte sie samt seiner Frau Marie zu jüdischen NS-Ermordeten – obwohl Hermann Hingst evangelischer Pfarrer war und noch 1947 in der sowjetischen Besatzungszone einen Antrag auf Wiedereinstellung als Lehrer stellte. Ihren anderen Urgroßvater, Josef Karl Brandl, erklärte sie zu einem Auschwitz-Todesopfer. In Wirklichkeit war keiner von Hingsts Vorfahren Jude und keiner von ihnen wurde ermordet.

Niemand schöpfte Verdacht

Mit ihren Lügen täuschte sie die Archive von Yad Vashem. Die angegebenen Daten würden zwar kurz geprüft, grundsätzlich gehe man aber davon aus, dass die Gedenkseiten in ehrlicher Absicht ausgefüllt werden, ließ die Gedenkstätte



Marie Sophie Hingst

mitteilen. Ihre Fake-Geschichten wurden allorts gefeiert: Ein Buch von Hingst ist in zwölf Sprachen erhältlich. Über ihr gleichermaßen ersponnenes Engagement für Flüchtlinge schrieb sie für „Zeit On-

line“ und berichtete bei „Deutschlandfunk Nova“. Die „Financial Times“ verlieh

ihre 2018 den „Future-for-Europe“-Preis. Skepsis regte sich bei aufmerksamen Lesern zunehmend, als sie über eine indische Slumklinik schrieb, die sie mit 19 Jahren selbst gegründet haben will und

„Mit ihren Lügen täuschte sie auch die Archive von Yad Vashem. Ihre Fake-Geschichten wurden allorts gefeiert: Ein Buch von Hingst ist in zwölf Sprachen erhältlich.“

line“ und berichtete bei „Deutschlandfunk Nova“. Die „Financial Times“ verlieh

ihre 2018 den „Future-for-Europe“-Preis. Skepsis regte sich bei aufmerksamen Lesern zunehmend, als sie über eine indische Slumklinik schrieb, die sie mit 19 Jahren selbst gegründet haben will und

Nachweise, Hingst machte widersprüchliche Angaben. Ein wachsendes Team aus Genealogen und Archivaren heftete sich an ihre Fersen, recherchierte auch über ihre Familiengeschichte – und holte irgendwann den „Spiegel“ mit ins Boot.

Mit den Fakten konfrontiert, stritt Hingst zunächst jede Lüge ab und engagierte einen Anwalt. Über diesen ließ sie später mitteilen, dass die Texte in ihrem Blog „ein erhebliches Maß an künstlerischer Freiheit für sich in Anspruch“ nähmen: „Es handelt sich hier um Literatur, nicht um Journalismus oder Geschichtsschreibung.“

Die Opferrolle genossen

Das Team von „Die Goldenen Blogger“, das Hingst 2017 als „Bloggerin des Jahres“ ehrte, hat Hingst per Twitter um eine Stellungnahme gebeten. Mittlerweile wurde ihr der Preis bis auf weiteres aberkannt.

Martin Doerry vom „Spiegel“, der die Geschichte recherchierte, gibt zu bedenken, dass es bei allem Antisemitismus, „den es in diesem Land gibt“, in gewissen Milieus als Auszeichnung gilt, einen jüdischen Hintergrund zu haben. Hingst habe sich wohl damit schmücken wollen. Die Zeitung „Der Tagesspiegel“ kommt in einem Kommentar zu dem Schluss, dass die Bloggerin sich mit ihren Fantasien eine erlogene Dornenkrone aufsetzte und den Nimbus der Opferrolle suchte. Die „Deutsche Welle“ urteilt, Hingst habe „fehlenden Respekt vor der Erinnerungskultur bewiesen und Holocaust-Opfer verhöhnt“.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Erich Salomon: Der „Hoffotograf der Weimarer Republik“

Vor 75 Jahren wurde der Bankierssohn und ehemalige Soldat der kaiserlich-deutschen Armee im KZ Auschwitz ermordet.

Von Martin Stolzenau

Erich Franz Emil Salomon entstammte einem liberalen jüdischen Elternhaus, das dem Großbürgertum Berlins angehörte, machte nach vielfach wechselnden Anfangsbeschäftigungen als früher



Erich Salomon

Wegbereiter des modernen Fotojournalismus Karriere und genoss dabei den Ruf eines „Hoffotografen der Weimarer Republik“. Doch diese Rolle und seine Herkunft als Jude machten ihn für die Nazis zur unerwünschten Person, was den Aufsteiger in die Unwägbarkeiten des Exils zwang, wo er nach der Besetzung der Niederlande von der Gestapo verhaftet und dann ins Vernichtungslager nach Auschwitz deportiert wurde. Dort fand er vor 75 Jahren den Tod.

Doch die erhaltenen Bildschöpfungen sorgten für den „Mythos Salomon“, wurden vom überlebenden Sohn Otto Erich nach 1945 aufgearbeitet und bilden seither die Grundlage für zahlreiche internationale Fotoausstellungen und die Würdigung in kunstwissenschaftlichen Schriften.

Erich Franz Emil Salomon wurde am 28. April 1886 in Berlin geboren. Sein Vater war Emil Salomon, der als Bankier, Effektenhändler und stellvertretender Vorsitzender des Ehrenausschusses der Berliner Börse überliefert ist. Seine

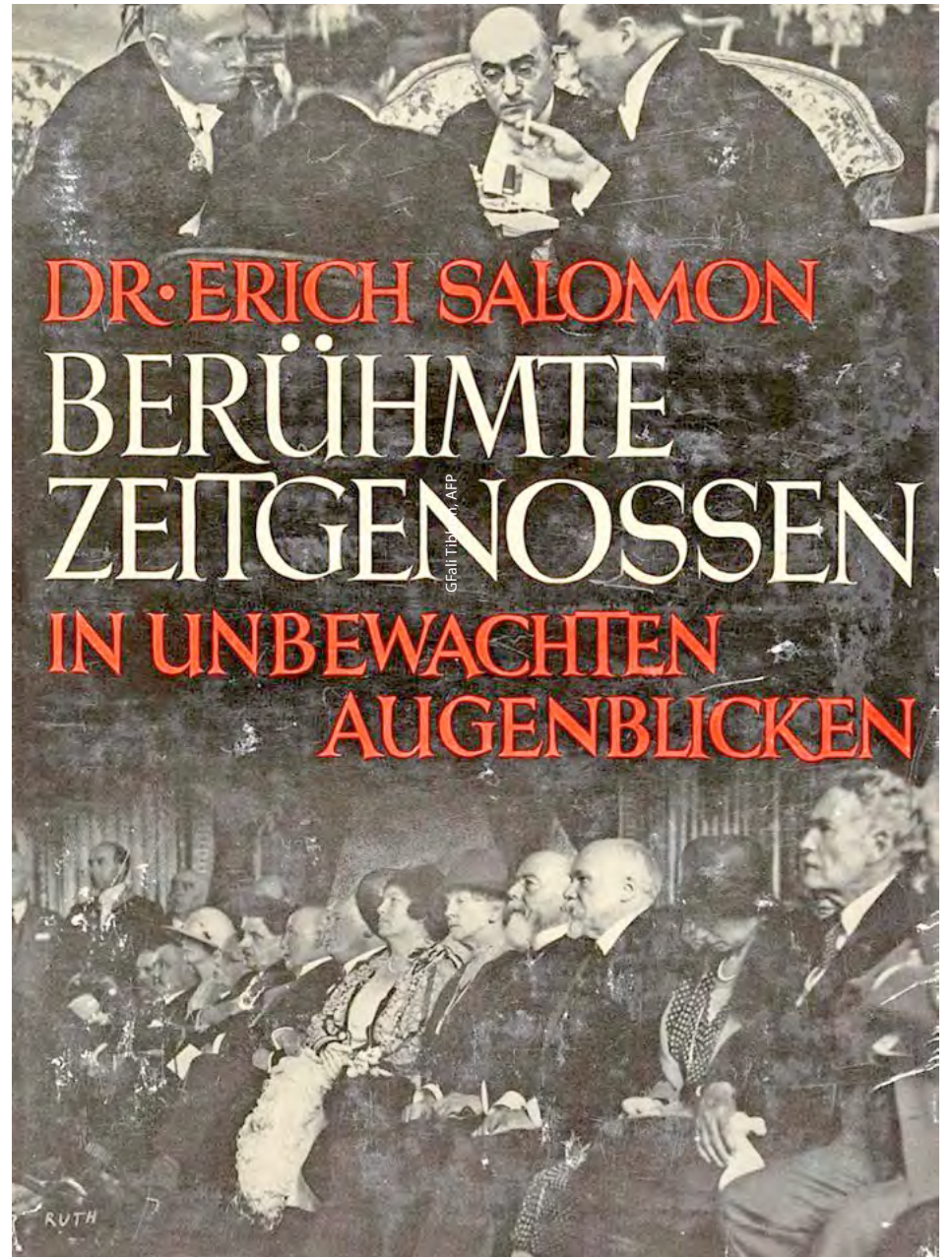
Mutter war eine Tochter des Berliner Bankiers Julius Schüler und verwandt mit Leopold Sonnemann, einem Frankfurter Bankier, Politiker und Stifter der „Frankfurter Handelszeitung“, und eine Cousine von Else Lasker-Schüler. Der Bankierssohn hatte noch vier Geschwister. Seine Herkunft und der Verkehr seiner Familie mit der geistigen Elite des Kaiserreiches sicherten Salomon eine behütete und bildungsinensive Jugend. Ihm standen alle Wege offen. Nach der Reifeprüfung und dem Studium des Maschinenbaus an der TH in Berlin-Charlottenburg studierte er zusätzlich noch Rechtswissenschaften mit dem Abschluss als Dr. iur. 1913.

Dreijährige Kriegsgefangenschaft

Zwischendurch hatte er die Tochter eines Den Haager Modehausbesitzers geheiratet. Alles schien bestens. Aber dann kam der Erste Weltkrieg mit Teilnahme an der Marneschlacht und mit einer über dreijährigen Kriegsgefangenschaft. In den folgenden Inflationsjahren nach 1918 mit dem Verlust des elterlichen Vermögens standen ihm nicht mehr alle Wege offen. Salomon versuchte sich in verschiedenen Tätigkeiten. Das reichte vom Börsenmakler über die Beteiligung an einer Klavierfabrik bis zur Mitarbeit in der Werbeabteilung des Ullstein-Verlages. Erst Ende 1926 fand Salomon nach dem Kauf einer Kamera und ersten Schnappschüssen eine Zukunftsaufgabe, die ihn ausfüllte. Er spezialisierte sich schnell auf verdeckte Aufnahmen von Gerichtsprozessen, politischen Treffen und von Prominenten. Mit Erfolg.

Mit Reichskanzler Brüning bei Mussolini

Salomon beschaffte sich die modernste Fotoausrüstung, arbeitete nun als Fotoreporter und verschaffte sich überall, wo Entscheidungen getroffen wurden, Zugang. Er war ein ständiger Begleiter der wechselnden Regierungen der Weimarer Republik, bei Staatsbesuchen oft der allein zugelassene Fotoreporter und fotografierte am Obersten Gericht in London ebenso wie im Weißen Haus, in Hollywood und beim Völkerbund in Genf. Salomon begleitete Heinrich Brüning zu Benito Mussolini, war für Fotos beim Interview mit Fridtjof Nansen



zugelassen und wurde von berühmten Künstlern wie Pablo Casals sowie Igor Strawinski als Fotograf bevorzugt. Damit entwickelte er maßgeblich den modernen Bildjournalismus mit. Das Geheimnis seines Erfolges ergab sich aus „ausgewogenen Bildkompositionen“ und der Tatsache, dass er als Fotograf keine kompromittierende „Entlarvung“ um jeden Preis anstrebte. Seine Fotos waren international gefragt. Selbst in den USA galt der Bankierssohn nun als Starfotograf. Seine Gesellschaftsporträts, seine fotografischen Blicke hinter die Kulissen und auf das Alltagsleben fanden schnell zahlreiche Nachahmer. Dagegen setzte er gerichtliche Schranken. So durften seine Fotos nur mit dem Zusatz seines vollen Namens erscheinen. Dazu kam, dass seine Fotos und Fotoreportagen nur in liberalen Zeitungen erschienen. Zum rechten Rand hatte er ein sehr kritisches Verhältnis. Das galt besonders für die Nazis, die ihn ihrerseits früh auf eine schwarze Liste setzten. Mit Folgen.

Flucht in die Niederlande

Nach deren Machtergreifung kam Salomon dem Zugriff zuvor, indem er mit seiner Familie in die Niederlande ins Exil ging, der Heimat seiner Frau. Von dort setzte er seinen Fotojournalismus in Westeuropa fort. Er schwamm weiter auf einer Erfolgswelle. 1935 war ihm in London sogar eine Retrospektive gewidmet. Doch er unterschätzte wohl

den Eroberungsdrang der Nazis. Allein sein ältester Sohn Otto Erich lebte ab 1935 in London. Das rettete ihm letztlich das Leben. Vater Salomon wurde 1940 von der schnellen Besetzung Westeuropas überrascht, kam nicht mehr weg und lebte danach im Untergrund in wechselnden Verstecken. Bis 1943. Er wurde nach Denunziation verhaftet, kam mit seiner Frau und dem jüngeren Sohn Dirk zunächst nach Theresienstadt und dann ins KZ Auschwitz, wo er mit seiner Familie am 7. Juli 1944 ermordet wurde.

Sohn Otto Erich überlebte in London unter dem Namen Hunter, arbeitete ebenfalls als Bildjournalist und erschloss nach dem Krieg das gewaltige Bildmaterial des Vaters. Das führte zu mehreren internationalen Ausstellungen und zahlreichen Veröffentlichungen über das Leben und Wirken des herausragenden Bildjournalisten. In Berlin erinnern inzwischen an Erich Salomon und seine Familie als Opfer des Holocaust Stolpersteine. In Yad Vashem wird er in der Aufzählung der Opfernamen erwähnt. Der erhaltene Nachlass gehört jetzt zum Bestand der Berlinischen Galerie. Seit 1971 wird für besondere bildjournalistische Arbeiten ein „Salomon-Preis“ vergeben.

Weiterführende Literatur:
Erich Salomon: Berühmte Zeitgenossen in unbewachten Augenblicken.
Engelhorn Nachf. Stuttgart 1931 /
Nachdruck: München 1978

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Ein Märchenbuch für Emigrantenkinder

Die jüdische Familie Leib flüchtete vor den Nationalsozialisten nach Brasilien. Marga Leib hat für ihre Kinder ein Märchenbuch geschrieben, um ihre Kinder auf Abschied und Neuanfang vorzubereiten.

Von Tina Adcock

Das erst dieses Jahr erschienene „Märchenbuch“ von Marga Leib verkörpert gleich zwei Dinge. Zum einen ist es ein wichtiges historisches Dokument, das die Erinnerung einer Familie, die vor den Nationalsozialisten in Deutschland geflohen ist, konserviert und somit seinen Teil zu der wichtigen Erinnerungskultur beiträgt. Zum anderen zeugt es von einer menschlichen Tragödie, Hoffnung und Liebe, die in den dunkelsten Zeiten Menschen zusammenhalten kann und von Mutterliebe, die nahezu unerschütterlich zu sein scheint.

Das Buch beginnt mit eben jener Märchenerzählung und fährt mit Kommentaren und biographischen Ergänzungen der Tochter der eigentlichen Autorin, Monica Leib, fort. Abschließend nimmt die Pädagogin, Kerstin Dauvermann, die unter anderem Bücher wie „We, the six million – Didaktische Grundlagen für Lehrer: Die Entschädigungsakten der Opfer der Shoah im Schulunterricht“ mit herausgab, eine fantastische und ausführliche Interpretation und Analyse des vorliegenden Werkes vor.

Worum geht es eigentlich in diesem Märchenbuch?

Bei der Erzählung handelt es sich um eine kindgerechte Tatsachenschilderung der Geschichte der Familie Leib. Die Mutter, Marga Leib, schrieb ihre Lebenssituation und die Flucht aus Nazi-Deutschland auf und formte sie, mittels Allegorien, in eine Märchenerzählung um. Sowohl das Buch an sich, als auch die mit Schreibmaschine geschriebenen Worte sind selbstentworfen und werden durch selbstgemalte Bilder der Kinder ergänzt.

Wie in jedem Märchenbuch beginnt die Geschichte mit einer positiv konjugierten Ausgangssituation und deren Protagonisten, sowie den Worten: „Es war einmal...“ eine glückliche Familie, bestehend aus Vater, Mutter und zwei Kindern, die in einer Idylle aus grünen Wiesen, Gesang und Liebe lebt. Doch bald schon zieht ein Gewitter auf, mit Blitz, Donner und Regengüssen, die nicht mehr aufhören wollen und die einst so schöne und friedliche Umwelt verdunkeln, die Wiese in Morast verwandeln und statt Blumen und Schmetterlingen tauchen plötzlich Frösche und giftige Insekten auf. Das heraufziehende Gewitter steht symbolisch für den



aufziehenden Nationalsozialismus, der die Menschen und die Umwelt um sich herum beeinflusst.

Mit den Worten: „Nun, die Leuten in dem kleinen Haus waren gar nicht bang, denn sie hatten schon viele Stürme erlebt und wussten, dass nach einiger Zeit schon alles wieder in Ordnung kommen würde“, wird ausgedrückt, dass Antisemitismus schon vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten existierte, er jedoch wieder abebbte. Dies scheint nun aber nicht mehr der Fall zu sein, dauert das Gewitter doch weiter an. Es wird weiter berichtet, dass der Vater zwar weiterhin seiner Arbeit nachgehen kann, er jedoch große Holzschuhe tragen muss, die beim Gehen den Schmutz in alle Richtungen hochspritzen lässt. Frau Dauvermann interpretiert dies als eine Art von sich ausbreitender Gefahr und die Schuhe, als Schuhwerk eines einfachen Mannes, die der Vater nun tragen muss. Ich persönlich würde noch weitergehen und die Schuhe als Allegorie für das von den Nazis aufgezwungene Tragen des sogenannten „Judensterns“ ansehen, das den Menschen sofort ermöglichte, eine Person als Juden zu identifizieren. Der Schlamm könnte in diesem Fall den Hass repräsentieren, dem sich der Vater, Walter Leib, von Seiten der Mitmenschen ausgesetzt sieht.

Der Erzähler fährt fort und berichtet davon, dass das Lachen in dem Haus verstummt und die Eltern immer öfter in Sorge das Gespräch miteinander suchen, um zu beraten wie es weitergehen soll. Anschließend macht sich der Vater

auf eine lange Reise um auszukundschaften, ob die Familie woanders ein besseres Leben führen kann. Im wahren Leben erhielt Walter Leib auf Grund seiner Profession Einladungen aus der Textilindustrie von Argentinien, Brasilien und Japan. Er besuchte jene Länder, um die jeweiligen Arbeitsmöglichkeiten zu prüfen. Seine Familie blieb zurück und es wird angeführt, dass das Wohnhaus zwar dicke Wände hatte, aber sie immer noch das Hässliche, was draußen vor sich ging, sehen konnten.

Als er zurückkehrte, berichtete er von einem Ort mit blauem Wasser, hohen Bergen, dichten Wäldern und allerlei fröhlichen Menschen. Da sich in ihrer Heimat nichts geändert hatte, wollte die Familie sofort ihre Heimat verlassen und in das neue unbekannte Land ziehen, von dem sie sich ein besseres Leben versprochen. Nachdem sie ihre Reise aufgrund der Erkrankung der Mutter verschieben mussten, zog ein noch größeres Gewitter auf. In diesem Fall könnte es sich um die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 handeln, da die Familie anschließend im Jahr 1939 nach Rio de Janeiro (Brasilien), noch vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, auswanderte. Mit einem großen Schiff waren sie für eine lange Zeit unterwegs. Das Wetter wurde immer wärmer und bald waren Berge und Strand zu sehen. Das Buch endet mit einem typischen, stimmungsvollen Happy End: „Erfüllt von all dem Schönen, dass ihnen im neuen Land begegnete, gingen sie mit gutem Mut an die Arbeit.“

Vertreibung und Grauen kindgerecht erzählt

Im weiteren Verlauf berichtet das jüngste Kind der Leibs, Monica Leib, davon, dass die Eltern zeitlebens ihre Liebe für deutsche Literatur und Musik beibehielten und stets Orte mit Deutschland verglichen. Sie führt weiter an, dass ihre Eltern nie Hassgefühle gegen Deutschland hegten, sondern eher eine tiefe Enttäuschung in sich trugen.

Eine Mutter wandelte die tragische Geschichte von Flucht, Traumata und den Verlust der Heimat in eine Märchengeschichte um, damit ihre Kinder die Geschehnisse besser verarbeiten konnten. Marga Leib schaffe es mittels Allegorien Bilder in den Köpfen der Leser zu kreieren und das tatsächliche Grauen des Nationalsozialismus in ein Gewitter zu verwandeln, vor welchem die Familie fliehen konnte. Das Märchenbuch ist ein Zeugnis von Hoffnung und Liebe, die selbst die dunkelsten Zeiten überdauert. Es ist berührend und gleichzeitig ist es ein historisches Artefakt, das zur Erinnerung mahnt. Marga Leib ist es gelungen die Dunkelheit ein wenig aufzuhellen und ihren Kindern etwas zu geben, was in dieser Zeit ein kostbarer Schatz war – Hoffnung.

Als ich das Buch das erste Mal in Händen hielt, gefiel mir sofort die Aufmachung, weil die Fotokopien des Originalwerks verwendet wurden, inklusive der mit Schreibmaschine geschriebenen Seiten und der Kinderzeichnungen. Dies trägt dazu bei, sich noch besser in die Geschichte einfühlen zu können und eine Art persönliches Gefühl für die Familie und deren Situation zu entwickeln. Die anschließenden Ergänzungen sind liebevoll zusammengetragen und sorgfältig aneinandergereiht, damit der Leser die vorangegangene Geschichte und deren Hintergründe besser versteht. Mein einziger Kritikpunkt wäre, dass der Märchenerzählung ein Vorwort vorangestellt sein sollte, damit dem Leser zumindest in groben Zügen klar ist, worum es sich bei der folgenden Geschichte überhaupt handelt.

Alles in allem ist das „Märchenbuch“ ein einzigartiges Dokument aus der Zeit des Nationalsozialismus, welches bei dem Leser Mitgefühl und Wissensdurst weckt. Zeitzeugenberichte sind wichtig, um die Geschichte besser verstehen und verarbeiten zu können. Das Märchenbuch schafft es etwas zu vereinen, mit dem sich jeder Leser identifizieren kann und was dabei hilft, sich ganz besonders in das Buch hineinzusetzen. Ein jeder war einmal ein Kind, ein jeder liebte Märchen, aber nicht jeder war ein jüdisches Kind zur Zeit des Nationalsozialismus, und hatte das Glück durch eine Auswanderung mit dem Leben davonzukommen und eine Mutter zu haben, die so offensichtlich alles gab, um die Schrecken des Erlebten erträglich zu machen.

Es bleibt der Familie Leib zu danken, die das Märchenbuch dem Verlag Mainz zur Verfügung gestellt hat, da Erinnerung, in solch einer besonderen Form, hoffentlich dazu beiträgt, dass nie wieder eine jüdische Mutter ein Märchen erfinden muss, um eine antisemitische Verfolgung für ihre Kinder erträglicher zu machen.

Ein Märchenbuch
Von Marga Leib
Herausgeber: Christian Bremen
Verlag Mainz - Ratgeber & Sachbücher,
2019, ISBN: 978-3-86317-036-3

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Die jüdische Einwanderung stand für Zukunft und Fortschritt der gesamten Region

Wie die Juden 1947 die UNO für ihren Staat gewannen und wie die Araber sich durch ihren unnachgiebigen „Alles-oder-Nichts“-Kurs selbst um einen eigenen Staat brachten.

Von Karl Pfeifer

Während der arabischen Revolte zwischen 1936 und 1939 verloren 4.000 Menschen ihr Leben, der jüdische Aufstand bis zum April 1947 forderte im Vergleich dazu nur 270 Todesopfer, trotzdem beschlossen die Briten das Mandat niederzulegen und es in die Hand der noch jungen Vereinten Nationen zu legen.

Die damals im Lande lebenden Juden jubelten, als bei den britischen Wahlen im Juli 1945 die Labourpartei die Mehrheit erhielt. Denn diese trat nicht nur für die Schaffung eines jüdischen Staates ein, sondern befürwortete auch den „freiwilligen Transfer“ der Araber nach Transjordanien.

Es folgte eine bittere Enttäuschung. Großbritannien hielt an den Einwanderungsbeschränkungen fest und versuchte die illegale jüdische Einwanderung mit seiner gesamten militärischen Macht zu unterbinden. Darauf reagierte der Jischuv mit Anschlägen auf britische Zivil- und Militäreinrichtungen, auf Brücken, Eisenbahnlinien und Hafenanlagen. Großbritannien zog erneut 80.000 Mann zusammen, um den jüdischen Widerstand niederzuschlagen.

Großbritannien übergibt das Problem an die UNO

Dazu kam im Winter 1946/47 eine schwere Wirtschafts- und Versorgungskrise. Außenminister Bevin erklärte am 25. Februar 1947, das Palästina-Problem an die neugegründeten Vereinten Nationen zu übergeben. Am 28. April wurde aus den Vertretern von 11 Mitgliedstaaten UNSCOP (United Nations Special Committee on Palestine) gebildet, das sich am 26. Mai 1947 in New York traf und am 15. Juni 1947 ins Heilige Land kam. Drei Tage später traf sich die Exekutive der Jewish Agency in Jerusalem, um über eine aktive Initiative für die Teilung des Landes (für einen „lebensfähigen Staat“) zu diskutieren. Lange hatte es gedauert bis die gewählten Repräsentanten des Jischuv bereit waren auf ihre Forderung, das ganze Land unter jüdische Verwaltung zu stellen, zu verzichten.

UNSCOP übermittelte der Generalversammlung der UNO am 31. August einen Bericht, mit dem die Mehrheit von sieben Mitgliedern sich für eine zionistische Lösung aussprach. Sie empfahlen das britische Mandat zu beenden und die Schaffung eines jüdischen und eines arabischen Staates. Dem jüdischen Staat sollten 62 Prozent des Landes westlich vom Jordan gehören (nach Abzug von Jerusalem und Umgebung, die von der UNO kontrolliert werden sollten), obwohl demografisch fast doppelt so viele Araber im Land wohnten wie Juden. Zweifelsohne hat diese eindeutige Stellungnahme den Teilungsbeschluss der Generalversammlung am 29. November 1947 gefördert.

Die Archive geben heute Dokumente frei, die aufzeigen, wie schwierig es der UNSCOP gefallen ist, diese Entscheidung zu treffen und welche Einwände einige Mitglieder bis zum letzten Moment gebracht haben. Die zionistische Führung machte in einer informellen geheimen Sitzung am 14. Juli klar, dass



Weizmann spricht vor UNO-Repräsentanten der UNSCOP.

sie einer Teilung nur zustimmen würde, wenn das Territorium des Staates einen großen Teil der Juden aus der Diaspora aufnehmen kann.

Bereits seit 1937 gab es eine interne zionistische Diskussion, die vom Bericht der Peel-Kommission ausgelöst wurde, der eine Teilung in einen jüdischen Staat mit 20 Prozent des Landes westlich des Jordans, einen arabischen Staat und einen britisch kontrollierten Korridor zwischen Jerusalem und Jaffa vorsah. Noch 1938 hatte die Mehrheit der Jewish Agency einen Teilungsplan ausgearbeitet, doch die Briten unterstützten die Teilung nicht mehr. Die arabischen Proteste dagegen und die geänderte Situation in Europa trugen mit dazu bei, die britische Nahostpolitik radikal zu ändern. Sie gaben im Mai 1939 das Weißbuch heraus, das u.a. eine radikale Einschränkung der jüdischen Einwanderung vorsah. Zwar überlegten die Briten 1943 und 1944 verschiedene Versionen einer Teilung, aber erst nach Ende des Krieges kam eine endgültige Entscheidung.

USA machen Druck auf die Engländer

Der Holocaust führte dazu, dass die zionistische Führung zunächst jeden Kompromiss ablehnte. Neu war die amerikanische Stellungnahme 1945, als Präsident Truman die Briten aufforderte sofort die Einwanderung von 100.000 Juden zu ermöglichen. Die Briten, die auf Seite der Araber waren, jedoch auch die Amerikaner nicht verärgern wollten, schlugen eine anglo-amerikanische Untersuchungskommission vor. Chaim Weizmann und David Ben-Gurion fanden den Weg zu den beiden prozionistischen Kommissionsmitgliedern (der Engländer Richard Crossman und der Amerikaner Bartley Crum) und teilten

diesen mit, sie würden das Prinzip der Teilung akzeptieren. Die Kommission schlug vor 100.000 jüdische Überlebende einwandern zu lassen, doch die Briten stimmten nicht zu und übergaben die Angelegenheit der UNSCOP.

Das Arab Higher Committee (AHC), die Führung der „palästinensischen“ Araber unter dem Mufti Amin Husseini, erklärte, die UNO solle doch in ganz Palästina einen arabischen Staat etablieren und boykottierte UNSCOP. Sie hielten zu Kompromissen bereit Araber davon ab, vor diesem Komitee auszusagen. Die Briten machten keinerlei Vorschläge und schwiegen sich aus.

UNSCOP besuchte jüdische Dörfer und Städte sowie jüdische Institutionen, wo sie mit Respekt empfangen wurden. Sie trafen auch einen Überlebenden, der seine ganze Familie im Holocaust verloren hatte und in einem Kibbutz ein Heim fand. All dies hat einen starken Eindruck auf die Komiteemitglieder gemacht, die sahen, dass der Jischuv der Kern eines zu entstehenden jüdischen Staates sein könnte.

Die Araber waren im Vergleich zu den Juden unterentwickelt

UNSCOP verglich die Errungenschaften der Juden mit der Lage des arabischen Sektors und folgerte, dass diese nicht reif seien sich selbst zu verwalten. Der Vertreter Australiens sprach auch mit Arabern und berichtete seiner Regierung „die rassistische Feindschaft [gegen die Juden] ist stark, die Situation ist gefährlich und nicht lösbar“.

Das Treffen mit den Mandatsbeamten provozierte die Kritik der Komiteemitglieder. „Soldaten, Straßenbarrikaden und überall Stacheldraht“, schrieb Ralph Bunche, ein amerikanischer Mitarbeiter des UNSCOP-Sekretariats in seinem

Tagebuch. Das war nicht übertrieben, kam doch das Komitee zu einer Zeit an, als der Jischuv gegen die Briten vorging. Die Briten hatten gerade drei Juden, Mitglieder des Irgun, die beim Ausbruch aus dem Gefängnis in Akko gefasst wurden, zum Tod verurteilt. UNSCOP machte die Briten aufmerksam auf die möglichen Folgen. Die reagierten verärgert. Der Irgun entführte zwei britische Unteroffiziere und drohte diese hinzurichten, sollten drei ihrer Männer gehängt werden.

Die Briten kümmerte das Leid der Überlebenden nicht

UNSCOP konnte das britische Bestreben, die illegale Einwanderung zu verhindern, beobachten. Am 18. Juli 1947 kam das Schiff „Exodus“ im Hafen von Haifa mit mehr als 4.500 Überlebenden an. Die Briten hatten das Schiff bereits kurz nach der Abfahrt aus Frankreich beschattet. Als es sich der Küste näherte, kaperten sie das Schiff gewaltsam und brachten es in den Hafen. Der jugoslawische Vertreter Vladimir Simic und Emil Sandström, der schwedische UNSCOP-Vorsitzende, kamen nach Haifa, wo sie sahen, wie die Briten mit Gewalt die Passagiere vom Schiff und auf ein anderes Schiff brachten, um sie abzuschleppen. Stanley Grauel, ein amerikanischer Geistlicher, der sich auf der „Exodus“ befand, gab in Jerusalem dem Komitee einen emotionalen informellen Bericht. Das britische Verhalten, sich nicht um das Leiden der Holocaustüberlebenden zu kümmern, wurde international scharf kritisiert. Die Komiteemitglieder fühlten, dass die Briten nicht in der Lage waren die Situation zu kontrollieren und ihr Verhalten problematisch war.

David Ben Gurion hatte in seiner öffentlichen Aussage vor der UNSCOP die Er-

richtung eines jüdischen Staates auf dem ganzen Territorium des Palästinaamandats gefordert. Er verurteilte die Briten und ihr Verhalten und vermied es, von einer Teilung zu sprechen. Nur nach einer scharfen Befragung teilte er dem Komitee mit, die Juden würden auch die Errichtung eines „lebensfähigen“ jüdischen Staates in einem Teil Palästinas „diskutieren“. Schertok (Scharet) kam das Wort „Teilung“ nicht über die Lippen. Doch Weizmann, der damals keine offizielle Position hatte, aber zuvor die Zustimmung der zionistischen Exekutive einholte, erklärte dem Komitee die Vorteile einer Teilung für die Lösung des Palästinaproblems. Er lud sie auch in sein Haus nach Rechovot ein und traf Mitglieder informell. Er erklärte, dass UNSCOP das machen müsse, was die Briten nicht wollten – das Land teilen. Weizmann argumentierte, dass ein jüdischer Staat zur Entwicklung des ganzen Nahen Ostens beitragen würde und das Araber und Juden lernen würden miteinander umzugehen. Quellen der Hagana-Nachrichtenabteilung berichteten, dass Weizmanns Aussagen die wichtigen Mitglieder des Komitees überzeugten, sich für die Teilung auszusprechen.

Hinterzimmer-Treffen

Am 14. Juli 1947 lud Mosche Schertok (später Scharet) die meisten Mitglieder des Komitees in seine Wohnung. Bunche machte während der Diskussion Notizen, die er allen Mitgliedern der UNSCOP sowie dem Sekretariat übergab. Anwesend waren Ben Gurion, der Vorsitzende der Jewish Agency, Schertok, der Leiter der politischen Abteilung und seine Stellvertreterin Golda Meyerson (später Meir); Eliezer Kaplan, der Schatzmeister der Jewish Agency, Leo Kohn, Sekretär der politischen Abteilung, sowie die für die Verbindung zum Komitee verantwortlichen Abba Eban und David Horowitz.

Zu Beginn des Gesprächs stand der Vorschlag des Direktors der Hebräischen Universität, Juda Magnes, eines binationalen Staates, der zu einer Koexistenz zwischen Juden und Araber beitragen würde.

Ben Gurion und Schertok argumentierten, dass diese Idee von einer Mehrheit der Juden und der Araber abgelehnt wird, und sich nicht durchführen lasse.

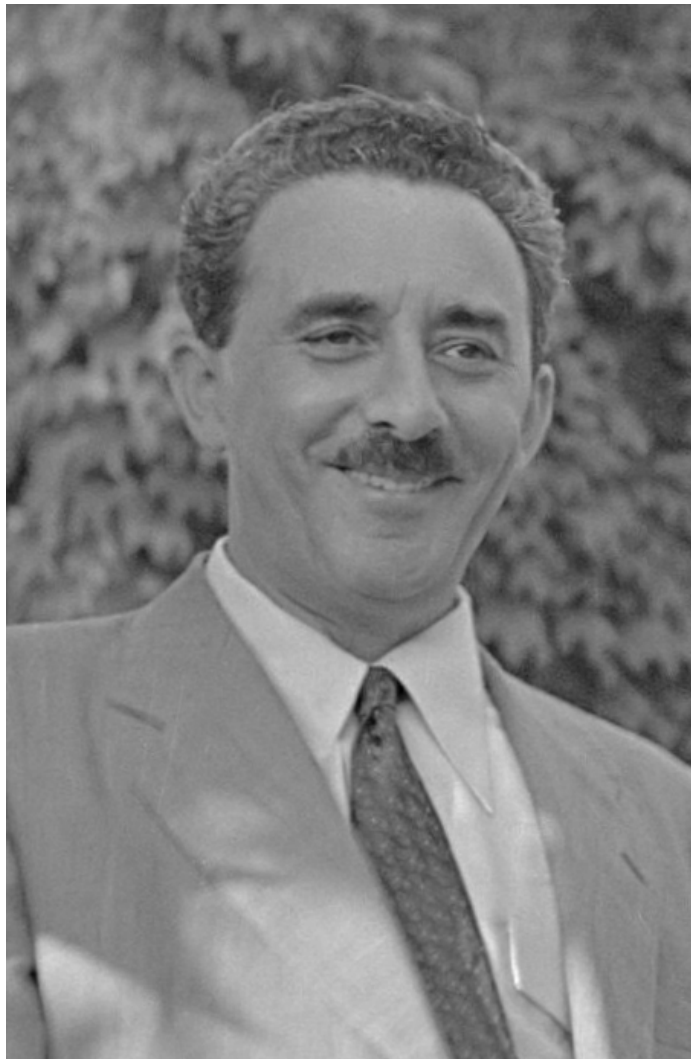
Später wurde die Frage gestellt, wie der Vorschlag des kanadischen Vertreters Ivan Rand beurteilt wird. Rand schlug eine Gemeinschaft von zwei autonomen Staaten vor mit einer zentralen Administration unter neutraler Aufsicht. Ben Gurion, Schertok und Golda Meyerson lehnten dies ab, denn eine solche Gemeinschaft würde die unbegrenzte Einwanderung von Juden verhindern, ein wesentliches Ziel, das den zu schaffenden jüdischen Staat von jedem anderen unterscheidet.

Die zweite Hälfte des Treffens war den „möglichen Grenzen des jüdischen Staates“ gewidmet. Aba Eban bemerkte viele Jahre später, Ben Gurion hatte sogar seine Kollegen überrascht. Denn er skizzierte mit Bleistift eine Karte, die er allerdings nicht dem Komitee übergab.

Eine Woche nach diesem geheimen Treffen hat UNSCOP das Land verlassen, doch fast im letzten Augenblick, am 16. Juli hatte das Komitee ein informelles Gespräch mit dem AHC-Mitglied Hussein Khalidi geführt, der sich als Sekretär vorstellte. Er schlug vor, das ganze Mandatsgebiet sollte zu einem unabhängigen arabischen Staat werden und lehnte eine Diskussion über andere möglichen Alternativen ab.

Jordanien spielt mit

Das Komitee besuchte noch Transjordanien (heute Jordanien). Die zionistische



Mosche Schertok



US-Präsident Truman

Führung hoffte darauf, dass König Abdullah UNSCOP die mit ihm vereinbarte Lösung vorschlagen wird, dass alle arabischen Territorien von Transjordanien annektiert werden. Doch der König schloss sich öffentlich den arabischen Forderungen an, was die zionistischen Funktionäre erzürnte. Doch in den vertraulichen Gesprächen sagte er Sandström, dass er alle arabischen Bezirke, die nicht zum jüdischen Staat gehören werden, annektieren wolle. Er hat also den zionistischen Vorschlag zur Teilung unterstützt.

Nach kurzen Besuchen von DP-Lagern in Europa, kam das Komitee in Genf zusammen, um den Bericht schreiben. Alle Mitglieder waren sich einig, dass das britische Mandat beendet werden müsse und die Einwohner ein Recht auf Unabhängigkeit haben. Bunche resümierte: „Juden und Araber sind sich nur in einer Sache einig – die Briten müssen gehen.“ UNSCOP verstand, nur die Unabhängigkeit und Souveränität würde von beiden Völkern akzeptiert werden.

Noch im August übten Bunche und der Franzose Henri Vigier Druck aus, um die Zionisten zu überzeugen, ihre territorialen Forderungen zurückzu-

schrauben. Doch diese blieben bei ihren Forderungen und UNSCOP gab nach. Sandström, der am Anfang neutral war, machte eine prozionistische Kehrtwende und unterstützte den Teilungsplan. Er war ganz sicher, dass die Briten raus wollten. Die arabische Elite beschrieb er als „antisemitisch“. Was aber Sandström am meisten bewog seine Haltung zu ändern, war die jeden Kompromiss ablehnende Haltung der arabischen Führung, die auch jede Autonomie für Juden ablehnte.

UNSCOP publizierte ihre Empfehlung am 31. August 1947. Die Mehrheit sprach sich für eine Beendigung der Mandatsverwaltung und für eine Teilung in einen jüdischen und einen arabischen Staat mit einem internationalisierten Jerusalem aus. Die von Delegierten aus Indien, dem Iran und Jugoslawien formulierten Vorschläge der Minderheit traten für einen einzigen, aber föderativen Staat ein.

Es folgten Wochen einer intensiven politischen Geschäftigkeit. Die arabischen Staaten lehnten den Bericht ab und bemühten sich diesen zum Scheitern zu bringen. Die zionistische Führung betrieb erfolgreich Lobbyarbeit, um die Zwei-Drittel-Mehrheit sicherzustellen.

Ben Gurion schrieb seiner Frau, wenn der Plan verwirklicht wird, „wäre das wirklich der Anfang der Erlösung und vielleicht mehr als ein Anfang“.

Drei Monate später hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 1947 die Vorschläge von UNSCOP mit leichten Änderungen angenommen und die Mehrheit stimmte für die Errichtung eines jüdischen Staates.

Im Grunde genommen hatten die Araber dem Komitee keine andere Wahl gelassen. Die zionistische Haltung, keine territorialen Kompromisse zu schließen, sonst jedoch zu pragmatischen Kompromissen bereit zu sein, beeindruckte die Delegierten. Die harte britische und arabische Haltung führte dazu, dass UNSCOP die jüdischen Vorschläge akzeptierte.

Das geheime Treffen in Schertoks Wohnung wurde nicht bekanntgemacht und die Öffentlichkeit sah in der „Exodus“-Affäre den Grund dafür, weshalb UNSCOP einen jüdischen Staat befürwortete. Doch entscheidend war, die – nicht öffentlich bekanntgemachte – Bereitschaft der damaligen zionistischen Führung auf einen Teil des Landes Israel zu verzichten.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Chiune Sugihara – Japans mutiger Konsul in Kaunas

Nach dem deutsch-sowjetischen Einmarsch half der japanische Diplomat zahlreichen jüdischen Flüchtlingen aus Polen.

Von Matthias Dornfeldt
und Urs Unkauf

Vergangenes Jahr wurde mit der Präsentation der Ausstellung „Beyond Duty“ durch die israelische Schoah-Gedenkstätte Yad Vashem im Auswärtigen Amt an das Wirken zahlreicher couragierter Diplomaten erinnert, die Juden in Europa während des Zweiten Weltkrieges gerettet haben. Unter ihnen befindet sich auch der japanische Konsul Chiune Sugihara. Die Geschichte dieser Persönlichkeit verdient vor dem Hintergrund, dass das Reich der aufgehenden Sonne mit dem Deutschen Reich im Krieg verbündet war, eine besondere Aufmerksamkeit.

Chiune (Sempo) Sugihara genoss eine behütete Kindheit im Kreise seiner Familie. Aufgewachsen als zweiter Sohn von insgesamt sechs Kindern einer Familie aus der Mittelklasse, schloss er die Schulausbildung mit Auszeichnung ab, widersetzte sich jedoch dem Wunsch des Vaters, Medizin zu studieren. Stattdessen studierte er englische Literatur an der Waseda-Universität in Tokio. 1919 wurde er in den auswärtigen Dienst Japans aufgenommen und direkt auf einen Posten nach China entsandt. In dieser Zeit eignete sich Sugihara auch fundierte Kenntnisse der deutschen und russischen Sprache an. Weitere Verwendungen führten ihn in das Auslandsbüro Japans in der Mandschurei sowie in die japanische Gesandtschaft in Helsinki.

Zwischen Hitlers Hammer und Stalins Amboss

Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 flohen etwa 15.000 Juden ins benachbarte Litauen. Der Fluchtweg nach Westen war durch das NS-Regime unmöglich und die Sowjetunion konnte nur durchqueren, wer ein Visum für das Zielland hatte. Seine Regierung sandte Chiune Sugihara Ende 1939 in die damalige litauische Hauptstadt Kowno (heute Kaunas), weil Tokio die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes besorgt verfolgte. Litauen genoss zu jener Zeit einen bedenklichen Frieden zwischen Hitlers Hammer und Stalins Amboss. Japan hatte seine eigenen Interessen mit den Verbündeten Deutschland und Italien im Blick. Bis zum 23. Juli 1940 stellte Sugihara kein einziges Visum aus. Der Posten des Konsuls war nicht der wahre Grund, warum er nach Litauen entsandt wurde. Offensichtlich sollte er als Spion arbeiten. Die darauffolgenden Monate unterzeichnete er hunderte von Visa täglich – alle für Juden, die nach der Invasion der deutschen Wehrmacht aus Polen flüchteten. Unter den Empfängern der Papiere befanden sich Dr. Serach Wahrhaftig, später israelischer Minister für religiöse Angelegenheiten, ebenso Menachem Savidor, später Sprecher des israelischen Parlaments, der Knesset, und die 300 Schüler und Lehrer der berühmten Mir Yeshiva. Mir, gegründet im Jahr 1815, war die einzige von Europas 20 wichtigsten Torahschulen, die den Krieg überlebte und ihre Arbeit fortführen konnte. Rabbiner Eliezer Yehuda Finkel, der Leiter der Yeshiva, hielt fest: „Wir befinden uns in einer Lage, die uns selbst unbegreiflich ist, denn jeder Tag kann unser Ende bedeuten. Unser Recht auf Aufenthalt kann uns jede Minute abgesprochen werden und wir müssen vielleicht weg, wohin immer der Wind uns treibt. Was umso schlimmer ist, da uns die ganze Welt versperrt bleibt und die über Europa hinwegfegenden Stürme uns auch hier erreichen.“

Am Ende des Arbeitstages waren Sugiharas Hände so steif, dass seine Frau Seishiro diese pflegen musste, damit er wieder ein Gefühl in den Fingern verspürte. Dreimal

forderte ihn seine Regierung zum Stopp auf, dreimal widersetzte er sich den Anweisungen. Während eines Besuchs in Israel drei Jahrzehnte später erzählte er Wahrhaftig „Ich sah Deine Misere und dachte, ich sollte helfen“. Obgleich es ihn nach dem Kriegsende teuer zu stehen kam, bereute er nichts. „Vielleicht muss ich mich meiner



Chiune Sugihara

Regierung widersetzen, aber wenn ich es nicht tue, widersetze ich mich Gott“, ist von ihm überliefert.

Die Holländer helfen

Die Geschichte, die dem vierzigjährigen Spion einen unüblichen Platz in der Geschichte der Judenrettung einbrachte, begann, als zwei niederländische Studenten der polnischen Telz Yeshiva, den amtierenden Konsul der Niederlande mit der Bitte ersuchten, dass er ihnen in einer der Kolonien Asyl vor der drohenden Verfolgung gewähren möge. Der Konsul, Jan Zwartendijk, nannte ihnen als einzig mögliche Destination die Insel Curaçao in der Karibik und Suriname an der Nordküste Südamerikas. Er stimmte zu, die Einreiseerlaubnis ohne Visum in ihren Pässen zu vermerken. Mit dem Segen seines Vorgesetzten, des niederländischen Botschafters in Riga, übergab er die üblichen Bestimmungen. Die Studenten, Nathan Gutwirth und Leo Sternheim, wussten, dass wenn sie einmal im Besitz einer Einreiseerlaubnis für ein Zielland waren, andere Konsuln ihnen die Transitvisa gewähren mochten, um aus Europa zu entkommen. Gutwirth und Sternheim berichteten an Wahrhaftig sowie an einen 33-jährigen Rechtsanwalt und Leiter der religiösen Bewegung Hehalutz Hamizrahi, der in Kaunas ein Komitee leitete, welches jüdische Flüchtlinge bei der Ausreise ins britische Mandatsgebiet Palästina unterstützte. Wahrhaftig schickte die beiden Studenten zu Consul Zwartendijk zurück, um zu erfragen, ob er ähnliche Dokumente für polnische Juden ausstellen würde. Der Konsul stimmte zu. Unverzüglich wurde das niederländische Konsulat überrannt. Wahrhaftig berichtete später, dass kein einziger Ausreisewerber weggeschickt wurde, was den Mitarbeitern einen übermäßigen Einsatz ihrer Kräfte abverlangte. Die Niederlande haben nach eigenen Angaben 1.200 bis 1.400 Einreiseerlaubnisse ausgestellt. Viele weitere wurden gefälscht und abgekupfert. Natürlich waren diese Dokumente ein Bluff. „Es gab niemals eine Intention, nach Curaçao zu gehen und keiner der polnischen Juden versuchte es“, erzählte Wahrhaftig 50 Jahre später. In den 1970er Jahren traf Wahrhaftig den Mann, der damals Gouverneur der Karibikinsel war. Er wurde als Botschafter nach Jerusalem versetzt. Als Wahrhaftig ihn fragte, was er getan hätte, wenn plötzlich hunderte jüdischer Flüchtlinge aufgetaucht wären, antwortete er: „Ich hätte sie

zurück auf die hohe See geschickt“. Nichtsdestoweniger öffneten die holländischen Einreisestempel ein Tor zur Flucht. Und Chiune Sugihara verfügte über das Schloss.

Wahrhaftig erklärte dem Japaner in seinem gebrochenen Englisch, dass die Juden nicht in Polen bleiben konnten. Sie waren weder litauische, noch russische Staatsbürger, somit mussten sie fliehen. Die Leute kamen mit Visa für Curaçao, wohin der einzige mögliche Reiseweg über Japan führte. Japan würde keinen Schaden erleiden, wenn diese Leute sich dort einige Wochen aufhalten würden. Nach neun Tagen lehnte das japanische Außenministerium Sugiharas Gesuch und damit sämtliche Abweichungen von den vorgesehenen Bestimmungen im Prozess der Visumsvergabe ab. Sugihara empfand Sympathie für die Juden und schaute als liberal eingestellter Mensch sehr misstrauisch nach Nazi-Deutschland. Allmählich fühlte er, er tue etwas Außergewöhnliches. Das japanische Konsulat war in einigen bescheidenen Räumen untergebracht. Lange Schlangen von Juden sammelten sich in der Straße davor. Zwischen den Leuten gab es Diskussionen, ob es das wert sei, für ein Visum anzustehen, da nur sehr wenig Zeit blieb. Es war bekannt, dass alle Konsulate beseitigt werden würden. Wenn einmal die Russen die Macht übernommen haben, würde kein Platz für Konsulate oder Botschaften sein. In den letzten Tagen waren die Schlangen der Wartenden sehr lang. Die Schlangen waren so lang, dass die Antragsteller teilweise bis zu drei Tagen warten mussten. Manchmal wurde das Visum einer Person abgeschrieben. Immer wieder tauchten dieselben Namen und Daten auf den Dokumenten auf.

Litauische Kollaborateure

Im Rückblick war Sugihara selbst beeindruckt von seinem eigenen Mut. Er sagte in einem Interview: „Jemand musste ein Opfer bringen, um all diese Leben zu retten. Ich sah all diese Menschen, die am Eisenzaun des Konsulats klammerten, bettelnd um Visa und ich dachte, ich muss einfach etwas für sie tun. Sie würden aus reiner Freude und Dankbarkeit darüber auf die Knie fallen. Ich war so erweckt von dem Anblick, dass ich einen Monat pausenlos am Schreiben der Visa arbeitete“. Sugihara machte sich keine Illusionen über die „Curaçao-Visa“. Während seines Besuchs in Israel 1969 erklärte er, dass er über den fiktiven Charakter der Dokumente sehr wohl Bescheid wusste, aber solange er nichts Illegales tat, war er bereit zu helfen. Nach eigenen Angaben rettete Sugihara 4.500 Juden. Alex Triguboff, ein Angehöriger der kleinen jüdischen Gemeinde Japans, der ehrenamtlich bei der Einreisekontrolle half, setzt die Zahl der geretteten Leben sogar bei 10.000 an. Wahrhaftig verwarf alle diese Einschätzungen als Übertreibungen. Nach seiner Zählung waren es 2.500 Gerettete. Niemand bestreitet, dass Sugihara bis zum Umfallen gearbeitet hat oder dass er seine Karriere in Gefahr brachte. Er und seine Frau unterschrieben selbst noch Papiere, als der Zug sie bereits aus dem sowjetisch besetzten Kaunas transportierte, nachdem die Schließung des Konsulats Ende August 1940 infolge der sowjetischen Annexion Litauens angeordnet wurde. Als Sugihara die Zeit ausging, warf er die Papiere mit dem Konsulatssiegel und seiner Unterschrift aus dem Fenster, damit die Flüchtenden in der ihm folgenden Menge die Visa selbstständig ausstellen konnten. Ein Jahr später, im Juni 1941, fiel Litauen aus den Händen der Sowjets in die Hände der Nationalsozialisten. Sie und ihre litauischen Kollaborateure schlachteten Tausende von Juden ab, bis die Rote Armee die Stadt 1944 zurückeroberte.

Die Juden aus Kaunas, ausgestattet mit den Curaçao-Dokumenten und japanischen Transitvisa, kamen mit dem Zug nach Moskau, von wo aus sie etwa zehn Tage mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Wladiwostok weiterfuhren. Von dort ging es mit dem Schiff nach Kobe, wo sie Unterstützung von der ansässigen jüdischen Gemeinschaft erhielten. Anschließend ging es weiter auf dem Festland nach Tokio und Yokohama. Dort ließ sich auch Wahrhaftig nieder und organisiert von hier aus die Weiterreise der jüdischen Überlebenden nach Israel und Schanghai.

Von Litauen aus ging Sugihara weiter, um als japanischer Generalkonsul im von den Nationalsozialisten okkupierten Prag und an der Gesandtschaft in Bukarest tätig zu werden. Am Ende des Krieges wurden er und seine Familie für eineinhalb Jahre als Kriegsgefangene von den Sowjets interniert. Als er schließlich nach Tokio zurückkehrte, reichte er 1947 sein Austrittsgesuch beim Außenministerium ein, diese Formalität wurde von allen verlangt, die dem besiegten Regime zu Zeiten des Krieges gedient hatten. Die meisten zurückkehrenden Diplomaten erhielten eine Empfehlung für eine Anstellung im privatwirtschaftlichen Bereich, aber Sugihara wurde diese Unterstützung verweigert. Er wurde informiert, dass dies deshalb geschah, weil er sich Anweisungen widersetzt, um Juden in Kaunas zu helfen. Zunächst bestritt er seinen Lebensunterhalt als Außendienstler im Vertrieb, danach arbeitete er als Manager für den US-amerikanischen Militärpostdienst in der Nähe von Tokio, bevor er für sechzehn Jahre als Repräsentant der Exportfirma Kawakami nach Moskau ging. Sugihara wurde 1969 nach Israel eingeladen, als seinem Sohn Nobuki ein Stipendium zum Studium an der Hebräischen Universität Jerusalem verliehen wurde.

„Gerechter unter den Völkern“

1984 wird Chiune Sugihara von Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt. Er war jedoch zu gebrechlich, um 1985 selbst an einer Zeremonie zu seinen Ehren in der israelischen Botschaft in Tokio teilzunehmen und weigerte sich, eine monetäre Auszeichnung der israelischen Regierung anzunehmen. „Mein Vater hat mir als Kind nichts [über seine Arbeit in Litauen] gesagt“, erklärte Nobuki Sugihara auf Hebräisch. Erst mit 19 Jahren erfuhr er von den Taten seines Vaters. Dieser verstarb zwei Jahre später, am 31. Juli 1986 im Alter von 86 Jahren. Die Zahl der mithilfe von Sugiharas Wirken geretteten Personen wird heute von Historikern auf circa 6.000 geschätzt. Auch sind heute mehrere Straßen in der israelischen Stadt Netanya sowie in Kaunas und Vilnius nach ihm benannt. Die Mir Yeshiva, die nach Brooklyn umzog, arrangierte ein Sugihara-Stipendium, um dem fünfzigsten Jahrestag der Rettung aus Kaunas zu gedenken.

Im Oktober 1991 erhielt die Familie Sugihara eine Nachricht des Außenministeriums, dass Chiune aufgrund von Personalabbaumaßnahmen nach dem Kriegsende entlassen wurde und keine disziplinarischen Anordnungen gegen ihn vorlagen. Am 24. März 2006 folgte eine offizielle Stellungnahme, die den individuellen Rücktritt Sugiharas unterstrich und die Gründe dafür als schwierig nachzuvollziehen deklarierete. Die Erklärung des Außenministeriums würdigte Sugiharas Wirken zugleich als eine mutige und humanitäre Entscheidung. Und so erfährt der beherzte Sohn des Reichs der aufgehenden Sonne schließlich jene Anerkennung von seinem Vaterland, die ihm zuvor bereits in Israel und bei überlebenden Juden und deren Nachkommen auf der ganzen Welt zuteilwurde.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)

Wierteljährliche

I. durch die Expedition:

a) in Berlin M. —,50.
b) nach auswärts M. 1,—
c) für das Ausland M. 1,50.

II. im Postabonnement M. 1,25

III. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,50.

Inserate
die viergespaltene Zeile 25 Pf.
Inseratenbeilagen
15 Al.



Organ



der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau,
E. G. m. b. H.
Berlin N 54, Auguststrasse Nr. 49a.

Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:
Dr. Heinrich Wexler, Berlin NW. 40,
Behrierstrasse 14/15.
Unverlangte Manuskripte werden nur bei Beilegung genügenden Rückporto zurückgesandt.

No. 27. — 2¹/₂

Berlin, 6. Juli 1904. 25. Tammuz 5664.

IX. Jahrgang.

Das Jüdische Volk in seiner Trauer.

| | |
|---|--|
| <p>Joseph ward eingetan zu seinen Vätern. (H. L.)</p> <p>Theodor Herzl. Von Adolf Friedemann.</p> <p>Aus Theodor Herzls Schriften.</p> <p>Der Judenstaat. (1896.)</p> <p>Begrüßungsrede Theodor Herzls vom ersten Zionistenkongress. (Basel 1897.)</p> <p>Russische Juden.</p> | <p>Der Baseler Kongress. Mauschel. Von Benjamin Seff. (1897.) Altneuland. (1902.)</p> <p>Vom Aktionskomitee.</p> <p>Von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.</p> <p>Herzl tot! Von Elias Auerbach.</p> <p>Die ersten Zeitungsstimmen.</p> |
|---|--|

Ein Fluch, der zum Segen wurde

Folgenreiche Streitereien, gefährliche Lebensphasen, Segnungen, Flüche und Trennung für Frieden in der Übersicht der Wochenabschnitte der Thora im Monat Juli



Thora-Lesen im Gottesdienst

BEHROUZ MEHRI / AFP

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Im Monat Juli werden wohl die spannendsten und abenteuerlichsten Wochenabschnitte nicht nur des Buchs „Bamidbar“, sondern der ganzen Thora gelesen. Die Parschijot „Korach“, „Chukat“ (Satzung), „Balak“ und „Pinchas“ sind so ereignisvoll und spannend, dass sie jeden Triller überbieten können.

Epischer Fall

Im 1. Wochenabschnitt des Julis „Korach“ wird über den Aufstand von Korach ben Jitzar erzählt. Korach ist nicht nur einer der Adligen des Stammes Levi, sondern einer der reichsten Männer in der Geschichte der Menschheit. Laut der Überlieferung war er in Ägypten vor dem Auszug Finanzminister und hat ein Drittel des versteckten Vermögens von Josef gefunden. Auf diese Weise hatte Korach, wie die Midraschim berichten, alleine mehrere Esel mit den Truhen, die mit den Schlüssel von Truhen mit dem Gold und Silber gefüllt waren!

Jedoch ist Geld bekanntlich nicht alles im Leben. Korach wollte auch Ehre und hohe Posten. Allerdings blieb ihm das verwehrt: zu seiner großen Überraschung und Enttäuschung wurde zum Fürsten der Geschlechter Kehati nicht er, sondern Elizafan ben Usiel ernannt. Nach der Stammeshierarchie wäre eigentlich Korach dran gewesen, jedoch entschied sich G'tt für seinen jüngeren Cousin Elizafan.

In einem prophetischen Traum sah Korach, dass sein Nachkomme Schmu-el zum großen Anführer des jüdischen Volkes wird. Das war ein Zeichen für Korach, dass er Besseres verdient und eventuell unberechtigt ohne wichtigen Posten gelassen würde. Er wartete auf eine passende Gelegenheit und begann einen großen Streit mit Mosche und Aharon.

Korach war jedoch ein kluger Mensch und verstand, dass er noch Mitstreiter von anderen Stämmen gewinnen muss-

te, um möglichst breite Unterstützung zu haben. Mosche war ziemlich beliebt und gegen ihn zu rebellieren war gefährlich.

Als Korach durch Redekunst und Populismus doch eine breite Koalition gegen Mosche schmieden konnte, musste Mosche handeln. Da Zweifel aufkamen, dass nicht G'tt, sondern Mosche selbst Entscheidungen getroffen hat, stand die Zukunft des jüdischen Volkes und sein Glaube an G'tt auf dem Spiel.

Mosche bat G'tt um einen eindrucksvollen Beweis „Daran sollt ihr merken, dass der Ewige mich gesandt hat, alle diese Werke zu tun, und dass sie nicht aus meinem Herzen kommen: werden diese sterben, wie alle Menschen sterben, und gestraft werden mit einer Strafe, wie sie alle Menschen trifft, so hat der Ewige mich nicht gesandt; wird aber der Ewige etwas Neues schaffen, dass die Erde ihren Mund auftut und sie verschlingt mit allem, was sie haben, dass sie lebendig hinunterfahren ins Totenreich, so werdet ihr erkennen, dass diese Leute den Ewigen gelästert haben!“.

Gott tötet Korach und seine Gefolgsleute auf Bitten von Mosche

Und G'tt beantwortete diese Bitte: „Und es geschah, als er alle diese Worte ausgesprochen hatte, da zerriss die Erde unter ihnen; und die Erde tat ihren Mund auf und verschlang sie samt ihren Häusern und samt allen Menschen, die bei Korach waren, und mit aller ihrer Habe“.

Unsere Weisen empfehlen uns daraus etwas sehr Wichtiges zu lernen: ein Streit ist sehr gefährlich. Auch wenn man denkt, dass man recht hat, wird man nie gewinnen. Je länger der Streit dauert, desto mehr verhärten sich die Fronten, desto mehr Menschen sind darin involviert, desto schlimmer ist die Spaltung. Und kein Streit bleibt ohne Folgen: Freunde werden zu Feinden, Gemeinden werden zerrissen usw.

Unsere Weisen zeigen auch, dass

Korach nicht zufällig auf diese Weise bestraft wurden: er hatte alles, wollte jedoch mehr, als ihm zustand. Deshalb hat er alles verloren: Vermögen, eigenes Leben und sogar seine Kinder wurden mitgerissen. Und deshalb warnt uns die Thora ausdrücklich vor diesem folgenreichen Fehler: „Seid nicht wie Korach und seine Gemeinde“!

Pass auf, wenn sich etwas ändert

Der Wochenabschnitt „Chukat“ knüpft mit seinen Krisen und Tragödien scheinbar an die vorigen an: Streit bei „Mej Meriwa“ um Wasser, das Verbot für Mosche ins Land Israel zu ziehen, der Tod von Miriam, der Tod von Aharon, der Angriff der Amalekiten usw.

Jedoch, wenn man ganz genau hinschaut, dann merkt man, dass es sich um keine Fortsetzung der Ereignisse von den vorherigen Parschijot handelt. Alles, was wir bis jetzt gelesen haben, passierte in den ersten zwei Jahren nach dem Auszug aus Ägypten. Ab dem Wochenabschnitt „Chukat“ lesen wir über die Ereignisse, die im letzten, also im 40. Jahr der Wüstenwanderung passierten.

Da stellt sich die Frage, was in den vorherigen 38 Jahren geschehen ist. Warum erzählt uns die Thora nichts davon? Rav Frand (zeitgenössische Rosch Jeschiwa in Baltimore) in seiner Dwar Tora bei Jüfo bringt im Namen von Rabbi Simcha Sissel Ziv („Alter von Kelm“, 1824–1898) eine inspirierende Erklärung:

Von 40 Jahren Wüstenwanderung sind 38 in der Thora gar nicht beschrieben

Rabbi Sissel bemerkte, dass wenn man die Mischna „Pirkej Avot“ und eine Stelle im talmudischen Traktat „Arachin“ betrachtet, sich herausstellt, dass während dieser 38 Jahren absolut nichts passierte. Keine Krisen, keine Streitereien, keine Tragödien! Wenn das so ist, fragte sich Rav Sim-

cha Sissel, was ist dann im Jahr 1 und 2, und im Jahr 40 passiert, dass das Volk der Israeliten über die Stränge geschlagen hat – und immer wieder gegen G'tt und Mosche rebelliert, geklagt und gemurrt hat?

Rav Simcha Sissel offeriert einen wertvollen Einblick in die Natur des Menschen, dessen Kenntnis sehr wichtig ist – für uns selbst und für unsere Kinder. Die Jahre 1 und 40 waren Jahre des Übergangs für das jüdische Volk. Sie gingen von einer Ebene zur nächsten. Sie hatten Ägypten verlassen, wo sie Sklaven gewesen waren – und kurz darauf wurden sie zu einer g'ttlichen Nation. Die Reise von der 49. Stufe der Unreinheit bis hin zur Empfängnis der Thora war ein Jahr von atemberaubender, spiritueller Erhebung und des Übergangs in ihrem Leben. Jetzt, am Scheideweg des Eintritts in das Land Israel, sahen sie sich ebenfalls einem traumatischen Übergang gegenüber. Sie schickten sich an, von einer Existenz des Verzehr von Manna und des Trinkens von Wasser, das von einem Felsen herabfloss, in eine normale Existenz überzugehen, wo sie pflanzen, sähen und ernten, geschäftlichen Tätigkeiten nachgehen und für ihre Familien sorgen mussten. Wieder einmal standen sie an einem Übergang.

Von Underdogs zum auserwählten Volk G'ttes

Wenn sich ein Mensch an einem Übergang befindet, ist er nicht ausgeglichen. Wenn eine Nation eine plötzliche Veränderung durchleben muss, hat sie keinen Seelenfrieden und ist nicht im Reinen mit sich selbst. Dieses Fehlen von innerer Ruhe macht Menschen anfällig, schlechte Entscheidungen zu treffen und dumme Fehler zu begehen. Ohne Ausgeglichenheit können Menschen keine gehaltvollen Entscheidungen treffen. Die Lehre, die Rav Simcha Sissel daraus zieht, ist, dass man extrem vorsichtig sein muss, wenn man eine neue Situation im Leben betritt,

selbst wenn die Veränderung eine gute ist.

Ob eine neue Stelle, Zuwachs in der Familie, Heirat oder Scheidung – all diese Phasen repräsentieren tiefgreifende Übergänge im Leben. Es sind meistens wundervolle Übergänge, aber Übergänge können mit Leichtigkeit zu Unruhe im Leben führen. Wenn die Dinge sich verändern und von allen Richtungen auf einen Menschen einprasseln, fehlt ihm „Jischuw HaDa‘at“ (Seelenfrieden) und in solchen Situationen muss er besonders vorsichtig sein.

Vorsicht vor Flüchen – es kann den Fluchenden selbst treffen

Der Wochenabschnitt „Balak“ kann sicherlich mit den spannendsten Krimis konkurrieren und man kann sich nur wundern, warum er noch nicht verfilmt wurde.

Der König von Moab, Balak, erfährt, dass der König der Amoriter von Baschan und Sichon von der jüdischen Armee vernichtet wurde, und dass das jüdische Lager nun direkt vor seinem Land steht.

Balak vermutet zwar, dass die Juden Moab nicht angreifen werden, jedoch kann er vor Angst nicht schlafen: „Als aber Balak, der Sohn Zippors, alles sah, was Israel den Amoritern getan hatte, fürchtete sich Moab sehr vor dem Volk, denn es war zahlreich; und es graute den Moabitern vor den Kindern Israel“.

Der König entscheidet zu handeln. Er lädt den bekanntesten zeitgenössischen Zauberer und nicht-jüdischen Propheten Bilam ein, der für seine Verfluchungs-Fähigkeiten berühmt-berüchtigt ist, und bittet ihn das jüdische Volk zu verfluchen.

Bilam, der die Juden sowieso hasst, hofft auf große Entlohnung und kommt ohne Zögern zu Balak. Bei ihm unternimmt Bilam drei Versuche die Juden zu verfluchen. Jedoch verhindert G'tt die Tragödie und statt verflucht zu werden, wird das Volk G'ttes von Bilam viermal gesegnet! Dabei sind es nicht nur die schönsten und eindrucksvollsten Segen, sondern auch die Prophetie über das Ende der Tage und die Messianische Ära, die einzigartig in der Thora ist. Also ein atemberaubender Triller mit Happy End!

Wenn man jedoch ein wenig über die Ereignisse in der Parascha nachdenkt, wird man sich über einiges wundern. Warum, zum Beispiel, möchte der König Balak, dass Bilam Juden verflucht, was sicherlich G'tt nicht gefallen würde? Wäre es nicht einfacher, dass Bilam stattdessen sein eigenes Volk segnet, um der Gefahr von potenzieller Eroberung vorzubeugen?

Und wenn Balak sich doch fürs Verfluchen entscheidet, dann klingt seine Bitte doch ein wenig komisch: „So komm nun und verfluche mir dieses Volk, denn es ist mir zu mächtig; vielleicht kann ich es dann schlagen und aus dem Lande treiben; denn ich weiß: wen du segnest, der ist gesegnet, und wen du verfluchst, der ist verflucht.“

Balak bittet also den mächtigen Zauberer Bilam die Juden einfach abzuschwächen, damit er sie selbst dann besiegen könnte. Da stellt sich die Frage, warum er sie von dem Zauberer nicht gleich vernichten lassen will!

Nur gute Menschen können segnen

Die faszinierenden Antworten, die unsere Weisen auf diese Fragen geben, können auch für uns wichtig und hilfreich sein.

König Balak war kein einfacher Mensch, auch er war ein erfahrener Zauberer und die Midraschim schildern atemberaubende Talente von Balak in

diesem Bereich. Deshalb wusste er auch ganz genau, was der Kollege Bilam kann und was nicht, und welche Folgen das Ganze nach sich ziehen kann.

Als der König über einen Boten den Bösewicht Bilam um seine Dienste bat und ihm übermittelte „wen du segnest, der ist gesegnet, und wen du verfluchst, der ist verflucht“ – war das einfach nur eine Schmeichelei. Balak wusste sehr genau, dass nur ein guter Mensch segnen kann. Ein niederträchtiger und neidischer Mensch wie Bilam konnte nur verfluchen – segnen konnte er sicher nicht. Deshalb gab es auch keine Option Moab zu segnen statt die Juden zu verfluchen und deshalb musste Balak den bösen Zauberer Bilam nur um Verfluchung bitten.

Jedoch wusste der sachkundige König, wie es mit dem Verfluchen funktioniert, und dass Flüche gefährlich sein können. Der Fluch bringt „Midas haDin“ (Strenge G'ttes) über das potenzielle Opfer. Damit soll G'tt den Verfluchten strenger richten, ohne zu ihm barmherzig zu sein. Ist allerdings dieser Mensch frei von Sünden und Fehlern, wird ihm nichts passieren, der Fluch wird also keine Wirkung haben. Da wird aber G'tt den Fluchenden unter die Lupe nehmen: wie sieht es mit ihm aus? Ist er auch rein von Sünden? Wenn nicht, dann wird sein eigener Fluch ihn selbst mit voller Wucht treffen. Genau das hat Balak befürchtet und genau deshalb bat er Bilam das jüdische Volk „nur“ zu schwächen. Einen „Kehrschlag“ nach dem Vernichtungs-Fluch hätte Balak nicht überlebt, und das wollte er nicht riskieren.

Daraus lernen wir zwei lebenswichtige Dinge: wenn wir andere segnen möchten, müssen wir selbst gütig und barmherzig sein. Und sicherlich darf man keinen anderen verfluchen, nicht einmal zum Spaß: die Folgen können fürchterlich sein, vor allem für den Fluchenden.

Trennung für den Frieden

Der Wochenabschnitt „Pinchas“ ist nach dem Enkel von Aharon HaKohen, Pinchas ben Elasar, genannt. In unserem Wochenabschnitt bekommt Pinchas eine Auszeichnung von G'tt für die Tat, die er im vorigen Wochenabschnitt vollbracht hatte: „Darum sprich zu ihm (Pinchas): Siehe, ich gebe ihm meinen Bund des Friedens, und es soll ihm und seinem Samen nach ihm, der Bund eines ewigen Priestertums zufallen dafür, dass er für seinen G'tt geeifert und für die Kinder Israel Sühne erwirkt hat“.

Was hat denn Pinchas so gemacht, um den „Bund des Friedens“ und „Ewiges Priestertum“ zu verdienen? Man würde es kaum glauben, aber die Großtat von Pinchas war, dass er einen Menschen ermordet hatte! Und zwar niemand anderes als den Stammesfürsten vom Stamm Schimon! Wie kam es dazu und warum wurde Pinchas nicht nur nicht verurteilt, sondern mit großem Lob überschüttet?

Eine Falle mit verbotenen Frauen

Als Bilam die Juden nicht verfluchen konnte, gab er Balak einen Tipp, wie man den Juden doch noch schaden könnte. „Der G'tt der Juden hasst die Unzucht“, sagte Bilam, „deshalb, wenn man sie zur Unzucht verführt, wird G'tt sie selbst vernichten“. Balak griff die Idee auf, veranstaltete in der Nähe vom jüdischen Lager einen großen Markt und mischte dort zwischen den Verkaufsständen, als Verkäuferinnen getarnt, für diesen Zweck vorbereitete Frauen unter. Die Juden, die dachten, dass nichts mehr schiefgehen



Bilam und der Engel (Gemälde von Rembrandt, 1626)

könne, fielen auf diese Falle herein und begannen Beziehungen mit ihnen verbotenen Frauen. G'ttes Zorn brannte auf und Mosche bekam den Befehl alle Schuldigen zu ermitteln und hinzurichten. Da die meisten „Liebhaber“ vom Stamm Schimon stammten, drohte es für diesen Stamm dramatisch zu werden. Da entschied sich der Stammesfürst Simri zu handeln und seine Leute zu retten, koste es was es wolle.

Er nahm eine midianitische Prinzessin ins jüdische Lager mit und forderte Mosche mit ihr heraus: wenn es Mosche erlaubt war, die Midianiterin Tzipora (die Tochter von Jitro) zu heiraten, warum darf er (und entsprechend auch seine Männer) nicht mit Midianitern zusammen sein? Auch wenn die Antwort offensichtlich war, war Mosche wegen dieser Chutzpa sprachlos und Simri nahm die Prinzessin Kosbi in sein Zelt, um mit ihr Beischlaf zu vollziehen.

Im Zelt mit dem Speer durchbohrt

Jetzt drohte es zu einem richtigem Debakel zu werden: Der Zorn G'ttes entflammte sich, zu Tausenden begannen Menschen an einer Epidemie zu sterben, und die Ältesten weinten wegen eines unbeschreiblichen Hillul HaSchems (Entweihung des G'tlichen Namen). Pinchas sah dies alles, stand auf, nahm einen Speer in die Hand und tötete den Sünder und die Prinzessin zusammen in seinem Zelt. G'ttes Zorn legte sich, die Epidemie endete (mit „nur“ 24.000 Opfern) und so wurde das jüdische Volk gerettet.

Genau für diesen mutigen Schritt wurde Pinchas mit dem „Brit Schalom“ (Bund des Friedens) von G'tt belohnt.

Sicherlich scheint nicht nur für uns heutzutage ein Friedenspreis für eine solche Tat ein wenig unangemessen. Auch Zeitgenossen von Pinchas waren trotz ihrer Rettung von seinem Vorgehen ziemlich schockiert. Deshalb gibt

uns die Thora einen Hinweis, wie man das Ganze verstehen soll. Der Buchstabe „Vav“ im Wort Schalom ist ein „Vav-Ktija“ – ein getrenntes Vav. Es gibt also eine Trennung inmitten des Buchstaben in der Thora-Rolle. Das ist ein himmlischer Hinweis, dass die Trennung nicht immer schlecht ist.

Man muss ja im Frieden leben, und man sollte ja zu allen Menschen nett und freundlich sein. Jedoch muss man manchmal, um des Friedens willen, eine harte Trennung vollziehen.

So trennte sich der barmherzige Avraham, der sogar für die ultimativen Bösewichte aus Sedom gebetet hat, von seinem Neffen Lot, weil seine Gesinnungslosigkeit Avrahams guten Ruf zu zerstören drohte. Auch in nicht allzu fernen Zeiten haben wir Ähnliches erlebt. Als der berühmte deutsche orthodoxe Rabbiner und Vordenker Rav Samson Rafael Hirsch (1808-1888) gesehen hat, dass die Liberalen in der altherwürdigen jüdischen Frankfurter Gemeinde die Oberhand gewinnen und das jüdische Leben dort zerstören, stand er auf und gründete die sogenannte „Austrittsgemeinde“. Damit rettete er für die wenigen Familien, die gesetztreu geblieben sind, ein authentisches jüdisches Leben nicht nur am Frankfurt am Main, sondern für ganzes Deutschland.

Das gleiche passierte auch mit der Tat von Pinchas: als er sah, dass wegen eines Sünders das ganz Volk in Gefahr kam, stand er auf und machte eine harte Trennung zwischen Gut und Böse.

Wir sind nicht auf der Stufe von Pinchas und wir sind auch nicht in seiner Situation. Deshalb dürfen wir niemanden außergerichtlich angreifen und richten. Jedoch können wir von Pinchas lernen, dass manchmal eine Trennung nötig ist, um das Gute zu retten. Der große Rabbiner Hirsch hat das verstanden und das deutsche traditionelle Judentum mit seinem Austritt gerettet

Anknüpfen an die Tradition der Preßburger Jeschiwa

Ein Interview mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Bratislava, Tomáš Stern

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Stern, 2019 jährt sich gerade zum 180. Mal der Todestag des berühmten Preßburger Rabbiners Chatam Sofer, der einst als der Haupttrabbiner und Vorstand der berühmten Preßburger Jeschiwa amtierte. Was für ein Gefühl ist es für Sie in die Fußstapfen einer solchen Tradition jüdisch-europäischer Bedeutung zu treten?

Tomáš Stern: Ja, es ist eine große Verantwortung gegenüber unserer Tradition, aber auch gegenüber unseren Gemeindemitgliedern und den Gläubigen der jüdischen Gemeinde in Bratislava. Mein persönliches Anliegen ist es Wege zu finden, wie man unseren Gemeindemitgliedern ihre fast verlorene Identität zurückgeben kann und sie vereinigen kann. Sowohl im geistigen Sinne als auch im Sinne der Förderung gemeinsamer Aktivitäten. Auch dank Chatam Sofer (geboren 1762 in Frankfurt am Main – gestorben in 1839 in Preßburg, Anmerkung der Redaktion) und der Preßburger Jeschiwa, die er leitete, war Preßburg (Bratislava) zu dieser Zeit vielleicht das wichtigste Zentrum der klassischen, jüdischen Ausbildung in Europa. In der Zeit ihrer Blüte verzeichnete die Jeschiwa 400 Studenten und man sagt, dass es die größte Jeschiwa seit den Babylonischen Zeiten war.

Sie hatte auch einen klaren Bezug zu Deutschland. In Preßburg studierten die späteren Haupttrabbiner von Berlin, Frankfurt am Main oder von Hamburg. Unter den Studenten waren auch der Wiener Haupttrabbiner, sogar der Haupttrabbiner von Jerusalem. Chatam Sofer (mit bürgerlichem Namen Mosche Schreiber) selbst war der Student des Rabbiners Nathan Adler in Frankfurt am Main und studierte auch in Mainz. Man kann sogar sagen, dass er zu seiner Zeit vielleicht der bekannteste „Deutsche“ in Preßburg war. Heute kämpfen wir mit den demografischen Folgen und Assimilationsfolgen des Holocaust und zwei Totalitätsregimen. Deswegen ist unser Versuch an diese komplexe Tradition anzuknüpfen heute leider fast unmöglich.

JR: Welche Kulturaktivitäten plant Ihre Gemeinde demnächst in Bratislava?

Tomáš Stern: In Zusammenarbeit mit der Stadt Bratislava planen wir eine Ausstellung zum 180. Todestag des bereits erwähnten berühmten Preßburger Rabbiners Chatam Sofer. Zum Grab von Chatam Sofer kommen jährlich mehr als 5.000 Juden aus der ganzen Welt nach Bratislava und wir erwarten, dass es dieses Jahr anlässlich seines Todestages noch mehr sein werden. In Bratislava haben wir zurzeit nur eine erhaltene und funktionsfähige Synagoge. Die übrigen zwei Synagogen gingen paradoxerweise in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts verloren. Das bedeutet, dass die Synagogen nicht zur Zeit des Slowakischen Staates, der Hitlers Verbündeter war, zerstört worden waren. Sie wurden erst während des kommunistischen Regimes, zusammen mit dem ehemaligen Ghetto und dem Großteil der Bratislaver Altstadt komplett abgerissen. Auch deshalb planen wir eine virtuelle 3-D-Rekonstruktion der Modelle von diesen zwei wichtigsten Bratislaver Synagogen. Die Modelle werden sich im neurekonstruierten Hof unserer einzigen Synagoge in Bratislava auf der Heydukova-Straße befinden. Wir haben die Herausgabe unserer eigenen Zeitschrift, die in ihrer Qualität jü-



Der Eingang der einzigen Synagoge von Pressburg

dischen Periodika in Berlin oder Wien entspricht, neugestartet. Es gibt viele Projekte und noch größer ist unser Streben sie zu realisieren.

JR: Wie sieht es mit dem Feiern jüdischer Feiertage aus?

Tomáš Stern: Natürlich feiern wir alle jüdischen Feiertage – es ist ja die natürliche Tätigkeit unserer Gemeinde, die auch unsere Identität prägt und ausmacht. Einen anderen Charakter haben natürlicherweise die Begleitveranstaltungen der traditionellen jüdischen Feste. Beispielsweise anlässlich von Chanukka haben wir im Stadtzentrum einen großen Kerzenleuchter angezündet und eine traditionelle kulturelle Veranstal-

Gläubigen sowohl den orthodoxen als auch den liberalen Glauben. Wir überlassen es den Gläubigen, für welche religiöse Richtung sie sich entscheiden. In diesem Sinne agieren wir also als eine Art von Einheitsgemeinde. In diesem Zusammenhang arbeiten wir mit vier Rabbinern zusammen. Zum ersten Mal seit 1968, als die meisten jüngeren Mitglieder unserer Gemeinde nach dem Prager Frühling die Tschechoslowakei verließen, wurde ein Haupttrabbiner gekürt. Es ist der schon seit 25 Jahren in Bratislava amtierende Lubawitscher Rabbiner Baruch Myers. Die Gemeinde arbeitet auch mit dem liberal orientierten Rabbiner Miša Kapustin zusammen, der zu

Herkunft. Wir wollen unsere Gemeindemitglieder überzeugen, den Traditionen treu zu bleiben. Die Kremation der verstorbenen Mitglieder unserer Gemeinde ist im Moment eins der aktuellen Probleme, dem wir entgegenwirken.

JR: Sie betreiben auch den Koscher-Speisesaal und fördern die Sonntagsschule des Judentums für die Kinder der Gemeinde.

Tomáš Stern: Ja, unsere Gemeinde möchte den Mitgliedern erschwingliches Koscher-Essen zugänglich machen. Hier essen vorwiegend unsere Senioren. Manche von ihnen leben im Seniorenheim OHEL DAVID, das sich im Gebäude des ehemaligen Jüdischen Waisenhauses der Gemeinde befindet. Das geistige Leben der jüdischen Kinder fördern wir in der sogenannten Sonntagsschule der Gemeinde. Diese Schule besuchen durchschnittlich 15 Kinder im Vorschul- und Schulalter. Mit der Unterstützung der Stiftung durch Ronald Lauder, wird in Bratislava unter der Leitung der Frau unseres Haupttrabbiners Channie Myers, der jüdische Kindergarten Gan Menachem betrieben. Dies ist die einzige zertifizierte jüdische Ausbildungsinstitution in der Slowakei. Diesen Kindergarten absolvierten bis heute mehr als 120 jüdische Kinder. Leider ist Bratislava von einem einst großen Zentrum der jüdischen geistlichen Ausbildung „nur“ auf das Niveau eines jüdischen Kindergartens geschrumpft. Unsere Gemeinde hat zurzeit etwas mehr als 500 Mitglieder und die Arbeit mit der jüdischen Jugend gehört zu den wichtigsten Schwerpunkten. Es ist uns wichtig, dass es in unserer Gemeinde ein kontinuierliches Weitergeben des jüdischen Glaubens und der jüdischen Traditionen von einer Generation zu der anderen gibt. Das schulden wir unseren Vorfahren und uns selbst!

ZUR PERSON

Dr. med. Tomáš Stern entstammt einer Familie bekannter slowakisch-jüdischer Intellektueller. Sein Vater, Prof. Juraj Stern ist anerkannter Wirtschaftsexperte, ehemaliger Rektor der größten staatlichen Wirtschaftsuniversität der Slowakei und derzeitiger Rektor einer privaten Wirtschaftsuniversität in Bratislava. Seine Mutter Prof. Zuzana Sternová lehrt an der Fakultät für Bauwesen der Technischen Universität in Bratislava. Sein Urgroßvater – Adolf Stern war ein bekannter Publizist und Bankdirektor in Preßburg. Die größte Bedeutung hatte jedoch seine enge Zusammenarbeit mit Graf Coudenhove-Callergi. Er und der Graf beteiligten sich an der Gründung der Paneuropäischen Union – der ältesten noch bestehenden europäischen Einigungsbewegung. Er war in einem intensiven Briefkontakt mit mehreren europäischen Persönlichkeiten seiner Zeit, und schrieb sich auch mit dem deutschen Kanzler und Außenminister Gustav Stresemann.

Tomáš Stern leitet als Mitinhaber und Chefarzt die größte private Klinik für ästhetische Medizin in der Slowakei namens Interklinik. Als Student fuhr er durch die ganze Slowakei und dokumentierte den trostlosen Zustand der dortigen jüdischen Denkmäler. Die Jüdische Gemeinde in Bratislava leitet er seit 2017 und knüpfte damit an die Tradition seines Urgroßvaters an, der Rosch ha-Kehila der orthodoxen jüdischen Gemeinde im ostslowakischen Humenné war.

Die übrigen zwei Synagogen gingen paradoxerweise in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts verloren.

ung in einem Bratislaver Theater organisiert. Es kamen fast 150 Mitglieder unserer Gemeinde. In einem anderen Theater haben wir in Zusammenarbeit mit der christlichen Organisation ICEJ, mit dem Vorlesen der Namen der slowakischen Holocaustopfer, an dieses traurige Ereignis unserer Geschichte erinnert. Dieses Jahr war einer der Vorlesenden der Präsident der Slowakei, Andrej Kiska. Natürlich sind es nur einige von vielen Aktivitäten der Gemeinde.

JR: Die jüdische Gemeinde in Bratislava, die Sie leiten, möchte dieses Jahr systematisch an der Revitalisierung der geistigen Aktivitäten arbeiten. Können Sie das unseren Lesern näher beschreiben?

Tomáš Stern: Wie ich schon teilweise erwähnt habe, ist die Revitalisierung der geistigen Aktivitäten eines unserer langfristigen Ziele, wobei wir hier auch die Jugend der Gemeinde stärker einbinden möchten. Ohne die Jugend hat das Streben keinen Sinn. Wir als Gemeinde fördern und respektieren bei unseren

uns von der Krim kam.

Man muss dabei betonen, dass die Bratislaver Gemeinde leider die einzige jüdische Gemeinde in der Slowakei ist, in der regelmäßige Gottesdienste stattfinden. Wir fördern auch die Übersetzung der hebräischen Gebetsbücher aus dem Hebräischen ins Slowakische. Hiermit möchten wir die geistigen Texte und Gebete auch den jungen Juden der Gemeinde und den Menschen, die kein Hebräisch beherrschen, zugänglich machen.

JR: Mit Ihrem Antritt als Gemeindevorsitzender wurde der Verein „Chevra Kadisa“ konstituiert. Was ist das Ziel dieses Vereines?

Tomáš Stern: Es handelt sich mehr um eine Neukonstituierung. Der Verein wurde in unserer Stadt schon im 17. Jahrhundert gegründet und funktionierte bis in die 1960er Jahre. Dann wurde er durch das damalige kommunistische Ministerium für Kultur zwangsaufgelöst. Jetzt fördert dieser Verein wieder unter anderem die traditionellen, rituellen Begräbnisse der Menschen jüdischer